Montag, 23. Dezember 1985 - D ***

...xel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ...04-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 298 - 52. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spitzenkandidat: Der hessische CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann wird seine Partei 1987 als Spitzenkandidat und Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten in den Landtagswahlkampf führen. – Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth, die bislang kein Bundestagsmandat hatte, will bei der Bundestagswahl 1987 in Göttingen für die CDU kandidieren.

Polen: Arbeiterführer Walesa soll wegen Staatsverleumdung angeklagt werden. Ihm wird vorgeworfen, über die Beteiligung an den Wahlen im Oktober falsche Zahlen veröffentlicht zu haben. (S. 5)

Drohung: Die sechs Albaner, die am 12. Dezember in die italienische Botschaft in Tirana geflüchtet waren, drohen mit Selbstmord für den Fall, daß sie nicht ausreisen dürfen. Die albanische Regierung beschuldigte Italien des Mißbrauchs der diplomatischen Privilegien, weil es sich weigere, die Flüchtlinge auszuliefern.

Assam: Neuer Ministerpräsident des nordindischen Bundesstaats Assam, wo bei den jüngsten Wahlen die in Delhi regierende Kongreß-(I-)Partei eine schwere Niederlage erlitten hatte, wird der 32jährige Jurastudent Prafulla Kuimar Mahanta.

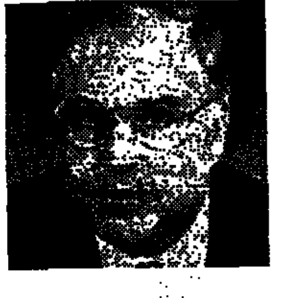
Für die NATO: Die in Spanien regierende Sozialistische Arbeiterpartei hat sich für den Verbleib des Landes im Nordatlantikpakt ausgesprochen. Der Bundesausschuß der Partei billigte mit großer Mehrheit ein „Frieden und Sicherheit" betiteltes Papier von Regierungschef Gonazalez, in dem die weitere NATO-Zugehörigkeit Spaniens verteidigt wird.

Entschärft: US-Präsident Reagan hat den von ihm angeordneten Lügendetektor-Test für Geheimnisträger in der Regierung abgeschwächt. Ressortchefs in der Regierung sollen selbst entscheiden, ob Mitarbeiter einem solchen Test unterzogen werden sollten. Außenminister Shultz hatte mit Rücktritt für den Fall gedroht, daß auch er sich einem Lügendetektor-Test unterziehen müsse.

Nahost: Israel hat Syrien davor gewarnt, weitere sowjetische Luftabwehrraketen an der syrisch-libanesischen Grenze aufzustellen. Dies könnte zu einem ernsten Konflikt führen.

Südafrika: In Durban wurden bei einem Bombenanschlag in einer belebten Straße acht Personen verletzt. Ein schwarzer Jugendlicher hatte unter den geparkten Kleinbus einer weißen Familie einen Sprengsatz geworfen. Er konnte entkommen. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



»Vor allem ist es entscheidend, daß wir Abschied nehmen von dem Gedanken, die Freizeit sei in der Gesellschaft das wichtigste«

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview der „Bild am Sonntag" (S. 12)
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Haustürgeschäfte: Nach dem Scheitern der Initiative der Bundesländer Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen im Bundesrat, den vom Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf über den Widerruf von Haustürgeschäften – mit Ausnahme von Versicherungsverträgen – zu Fall zu bringen, beklagt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, daß sich die Versicherungslobby gegenüber dem Parlament durchgesetzt habe. (S. 13)

Bauindustrie: Das Bauvolumen wird nach Berechnungen des Ifo-Instituts von 1987 an mindestens drei Jahre lang real wieder deutlich steigen.

Fischfang: Die für Fischereifragen zuständigen EG-Minister haben sich nach langwierigen Verhandlungen auf die Fischfangquoten für die ab 1. Januar um Spanien und Portugal erweiterte EG geeinigt. (S. 13)

US-Aktien: Unsicherheit über die Wirtschaftsentwicklung führte in der vergangenen Woche zu ungewöhnlich starken Kursausschlägen. Hohe Gewinne am Morgen gingen regelmäßig nachmittags verloren. (S. 13)

KULTUR

Ballett: Zwei Tage nach seiner Rücktrittserklärung stellte Generalmusikdirektor Hans Zender in der Hamburgischen Staatsoper seine Qualitäten als Interpret neuer Musik abermals unter Beweis. Er sicherte den beiden neuen Choreographien von John Neumeier – „Daphnis und Chloe" und „Feuervogel" – einen triumphalen Erfolg. (S. 19)

Buchhandel: Die von Frankreich angestrebte Preisvereinheitlichung im Buchhandel in den EG-Staaten ist endgültig gescheitert. Die zuständigen Minister kamen nach Angaben des EG-Kommissars Carlo Ripa di Meana zu dem Ergebnis, daß die „derzeit in den Mitgliedsstaaten geltenden Systeme zufriedenstellend sind und keiner Veränderung bedürfen".

SPORT

Fußball: Im Halbfinale des DFB-Pokals sind die Bundesliga-Klubs unter sich: Dortmund, Stuttgart, Mannheim. Den vierten Teilnehmer ermitteln München und Kaiserslautern. (S. 10)

Tennis: Nach den ersten beiden Einzelspielen und dem Doppel stand es beim Davis-Cup-Finale zwischen Deutschland und Schweden in München 2:1 für Titelverteidiger Schweden. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Medien: Showmaster Joachim Fuchsberger steigt aus der Eurovisionssendung „Auf los geht's los" aus. Er wolle eine „Denkpause" einlegen. (S. 20)

Beben: Ein Erdbeben am Südhang des Erzgebirges in der Tschechoslowakei hat auch Nordbayern und Österreich erschüttert. Im Seismologischen Zentralobservatorium in Erlangen wurden Beben mit einer Stärke von 5,1 auf der nach oben offenen Richter-Skala registriert. Menschen kamen in Deutschland nicht zu Schaden. (S. 20)

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. 5 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Die Sowjetunion gesteht „Fehler" in Afghanistan ein

„Prawda" nennt Widerstand „bedeutend" / USA: Moskau verlor 10 000 Soldaten

DW. Moskau

Die Sowjetunion hat zum ersten Mal zugegeben, daß der Widerstand gegen die „April-Revolution", die Babrak Karmal 1979 in Afghanistan an die Macht brachte, „bedeutend" ist. Die Revolution werde längst nicht von allen Afghanen akzeptiert, so die Parteizeitung „Prawda".

Beobachter in Moskau hatten für diesen ungewöhnlichen publizistischen Vorstoß zwei Erklärungen: Einerseits könnte damit die sowjetische Bevölkerung auf eine langfristige Intervention vorbereitet werden. Andererseits könnte dies die Ankündigung eines Truppenabzugs sein. Nach dem jüngsten Bericht aus dem US-Außenministerium über die Lage in Afghanistan sind die Sowjets dem Ziel einer „Unterjochung" des Landes noch nicht näher gekommen. Die Besatzer mußten im Gegenteil hohe Verluste an Menschen und Material hinnehmen. Moskau habe bisher ungefähr 10 000 Soldaten, die sowjetische und die afghanische Luftwaffe zusammen mehr als 800 Flugzeuge verloren, sagte der stellvertretende Abteilungsleiter für Südostasien im Außenministerium, Arnold Raphel.

Wie eine Rechtfertigung für die längere Präsenz sowjetischer Truppen klingt die Bemerkung in dem ungezeichneten „Prawda"-Leitartikel, es brauche Zeit, um die angesammelten Vorurteile in der afghanischen Bevölkerung und Illusionen zu beseitigen. Dabei sei der Widerstand gegen die Revolution in einem „rückständigen, halbfeudalen Land" mit tiefverwurzelten religiösen Traditionen und fast völligem Analphabetentum nicht verwunderlich.

Moskau erweckt den Eindruck, von dem auf militärischer Stärke basierenden Engagement zugunsten einer Verständigungspolitik abrücken zu wollen. Es sei notwendig, so „Prawda", eine „Atmosphäre des positiven Dialogs zwischen öffentlichen und politischen Kräften einschließlich derjenigen zu schaffen, die bisher gegenüber der Revolution feindliche Positionen beziehen".

SEITE 2:
Moskaus Eingeständnis

Ob diese Haltung jedoch auch gegenüber den aktiven Widerstandskämpfern gilt, ließ „Prawda" offen. Eine klarere Sprache hingegen spricht die Regierungszeitung „Iswestija". Dort hieß es als Reaktion auf den US-Bericht, Washington versuche, „gedungene Mörder" als „legitime Vertreter des afghanischen Volkes" darzustellen.

Für den wachsenden Widerstand der Afghanen macht die „Prawda" die in der ersten Revolutionsphase begangenen Fehler verantwortlich. Auf diese Weise soll offenbar die Regierung Karmals gegen Kritik abgeschirmt werden. Bei der „Vorliebe für revolutionäre Phrasen" und der „Erzwingung sozialer Reformen" seien die gesellschaftlichen und nationalen Besonderheiten des Landes nicht in dem nötigen Maß berücksichtigt worden. Gemeint war die Phase nach dem Sturz der Monarchie im April 1978 durch Nur Mohammed Taraki sowie nach dessen Ermordung im September 1979 unter dem Regime von Hafisullah Amin, das mit dem sowjetischen Einmarsch im Dezember 1979 gestürzt wurde.

Nach Auffassung der USA steht einer politischen Lösung des Afghanistan-Krieges der Abzug der sowjetischen Truppen im Wege. Um sie zu erreichen, müssen nach Ansicht Raphels der internationale politische, diplomatische und militärische Druck in Afghanistan verstärkt werden.

DER KOMMENTAR

Üppige Freude

PETER GILLIES

Ist die Weihnachtsfreude eine umsatzabhängige Erscheinung? Manchem, der die Meldungen des Einzelhandels vernimmt, drängt sich dieser Eindruck auf. Die Verballhornung „Süßer die Kassen nie klingeln" soll wie folgt belehren: Die Jagd nach dem Konsum erstickt das Fest und seine Botschaft; wer Geschenke kauft, muß ein schlechtes Gewissen haben.

Nun sind die „Konsumterroristen" schon lange tot. Sie hatten dem Bürger einzureden versucht, das Pelzjäckchen für die Frau sei Teufelswerk, die Einrichtung eines neuen Lehrstuhles für Soziologie dagegen diene dem Gemeinwohl. Geglaubt hat es niemand, aber eingeschüchtert hat es manche. Ende der siebziger Jahre gewann die konjunkturelle Ermunterung die Oberhand. Der damalige Bundeskanzler wies höchst persönlich darauf hin, daß eine lebhafte Kaufneigung Arbeitsplätze sichere.

Heute bedarf es weder der einen noch der anderen Ermahnung. Die Deutschen schenken gern, kaufen munter und spenden freudig. Sie wollen üppige Freude bereiten, wohl wissend, daß die wichtigsten Dinge wie Gesundheit oder Liebe nicht käuflich sind. Eine Mutter wird den ersten selbstgestrickten Topflappen ihres Töchterleins nicht mit Gold aufwiegen wollen – sie freut sich dennoch über ein Goldkettchen vom Gatten.

Der Weihnachtsumsatz, wenn er denn überhaupt errechenbar ist, läßt Rückschlüsse nur insoweit zu, als Verbraucher ihr sauerverdientes Geld dann lebhaft ausgeben, wenn sie optimistisch in die Zukunft blicken. Krisenfurcht läßt sie die Taschen zuhalten. Insofern sind die Umsatzmeldungen Anlaß zur Genugtuung, weil Zuversicht auch den Weg in mehr Arbeitsplätze ebnet.

Ob die Verkaufsergebnisse die christliche Botschaft fördern oder behindern, hängt allein von den Kaufenden ab. Jedenfalls steht den Miesmachern des Weihnachtsgeschäfts ein Urteil darüber nicht zu. Man darf sich dem Geschenkekauf hingeben und dennoch der Ansicht sein, daß Nächstenliebe nicht per Umsatz zu messen ist. Sie hat stets Konjunktur.

Vorwurf gegen Spranger „Vorwand"

Zimmermann im WELT-Interview: SPD will die Grünen für 1987 von jedem Verdacht befreien

ms. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat die Angriffe der SPD gegen seinen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger als „haltlos" und als „Vorwand" zurückgewiesen. In einem WELT-Interview sagte Zimmermann gestern: „In Wahrheit geht es der SPD in dieser Auseinandersetzung darum, die Grünen als ihr Koalitionspartner für 1987 insgesamt von jeglichem Verdacht des extremistischen und terroristischen Hintergrundes zu befreien. Das ist das strategische Ziel der SPD, die genau weiß, daß sie 1987 nicht gewinnen kann und deshalb – trotz aller Beteuerungen – dann die Grünen als Koalitionspartner will."

Der SPD werde es aber schwerfallen, ihrer Anhängerschaft eine Zusammenarbeit mit den Grünen verständlich zu machen, solange deren Hintergrund bewußt bleibe. „Deswegen soll hier eine Sperre eingebaut werden, die verbietet, daß es Nachforschungen und Aufzeichnungen über extremistische und terroristische Hintergründe bei den Grünen gibt."

WELT: Die Grünen selbst sind kein Beobachtungsobjekt?

Zimmermann: Nein, sie sind kein Beobachtungsobjekt. Aber natürlich müssen Mitglieder, wenn sie aus extremistischen Gruppen kommen und zu den Grünen gehen, weiter beobachtet werden. Es kann nicht so sein, daß jemand durch das Tor der Mitgliedschaft bei den Grünen schreitet, wie durch eine Himmelspforte, und danach frei von allen irdischen Verfehlungen ist. Die SPD versucht mit ihrem strategischen Ziel nach dem Motto vorzugehen: Wer Extremist ist, bestimmen wir. Das darf in einem demokratischen Staat nicht sein. Hier gibt es klare Aufträge, auch an die Ämter für Verfassungsschutz. Sie haben den Auftrag, gerade auch gegen extremistische Bestrebungen von links und rechts vorzugehen. Ich will das an einem anderen Beispiel deutlich machen: Wenn wir nicht so verfahren würden, dann könnte theoretisch einmal die Situation kommen, daß beispielsweise Hoffmann, der Führer der gleichnamigen Wehrsportgruppe, in eine Partei geht, dort ein Mandat erwirbt und dann frei wäre von jeglicher Beobachtung. Eine solche Entwicklung kann der demokratische Staat nicht zulassen.

WELT: Sie haben erklärt, auch die Grünen, die jetzt in Parlamenten sitzen, müßten sich an ihre Vergangenheit erinnern lassen. Was meinten Sie damit?

Zimmermann: Nach unserer Verfassung sind alle Bürger vor dem Gesetz gleich. Es kann nicht so sein, daß es Sonderregelungen für Mitglieder von Parteien oder auch für Abgeordnete gibt. Das heißt konkret, wenn jemand als Extremist erkannt ist, in eine Partei geht und dann in ein Parlament gewählt wird, dann ist er nicht frei von jeglicher Beobachtung. Dies wäre nicht im Sinne unserer Verfassung. Gingen wir einen anderen Weg, dann hätten beispielsweise auch spionageverdächtige Abgeordnete wie Frenzel oder Abgeordnete, die rechtsextremistischen Parteien angehören, niemals unter Beobachtung des Verfassungsschutzes gestellt werden können.

WELT: Ihnen geht es um die Beurteilung von grünen Abgeordneten wegen terroristischer Straftaten?

● Fortsetzung Seite 12

Windelen: Nation darf sich nicht auseinanderleben

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, haben am Wochenende an die „DDR"-Führung appelliert, weitere Reiserleichterungen und mehr menschliche Begegnungen in beiden deutschen Staaten zu ermöglichen. Als Ziel der Deutschlandpolitik für das kommende Jahr gab Kohl in einem Interview mit der „Bild am Sonntag" an, „daß möglichst viele Menschen aus der DDR zu uns kommen können".

Minister Windelen versicherte im Süddeutschen Rundfunk, die Bundesregierung werde auch 1986 alles Erforderliche tun, „damit die Menschen auf beiden Seiten der Trennungslinie in Verbindung bleiben und sich die Nation nicht auseinanderlebt". Er richtete an Ost-Berlin den Appell, „großzügiger" mit Reiseerleichterungen auch für diejenigen Bürger umzugehen, die noch nicht das Rentenalter erreicht hätten.

Seite 12: Wichtigstes Ziel

Industriespione bringen „DDR" jährlich Millionen

DW. Köln

Die „DDR" spart nach Angaben von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann durch Spionage im Westen jährlich 300 Millionen Mark an Forschungs- und Entwicklungskosten für ihre Industrie. In einem Interview des Kölner „Express" teilte Rebmann ferner mit, das „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit wende dafür im Jahr rund sechs Millionen Mark auf. In der Bundesrepublik Deutschland habe die „DDR" mindestens zwischen 1500 und 2000 Spione angesetzt. Der tatsächliche Schaden für die Wirtschaft der Bundesrepublik sei aber sicherlich erheblich höher. Rebmann verwies darauf, daß die „DDR" ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem in Staaten der Dritten Welt durch solche Spionage-Informationen aus der Wirtschaft verbessere. Dies koste die Industrie in der Bundesrepublik wiederum Aufträge und Arbeitsplätze. Nach Ansicht des Generalbundesanwalts müssen in der Bundesrepublik die Sicherheitsüberprüfungen daher verbessert werden.

In der SPD wächst der Groll gegen Rau

Entscheidung über Ibbenbüren stößt auf harte Kritik / WELT-Gespräch mit Günther Jansen

GEORG BAUER, Kiel

In der SPD und ihrer Bundestagsfraktion schwelt weiter die Diskussion um die umstrittene Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Ibbenbüren in Nordrhein-Westfalen. In einem Gespräch mit der WELT verurteilte jetzt der SPD-Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins, Günther Jansen, mit harten Worten die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten, Johannes Rau, Ibbenbüren ans Netz gehen zu lassen. Unter Hinweis auf die Kritik, die die SPD bei der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus an Raus christdemokratischem Kollegen Ernst Albrecht geübt hatte, meinte Jansen: „Wenn man in Buschhaus so zugeschlagen hat wie wir, können wir Ibbenbüren so nicht laufen lassen."

Deutlich gab der SPD-Landesvorsitzende zu verstehen, daß die Glaubwürdigkeit der Partei mit ihrem Engagement für den Umweltschutz aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus in Frage gestellt worden ist. Seiner Meinung nach hätte Ibbenbüren als Beweis dafür dienen müssen, die politische Forderung nach mehr Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in „Sonntagsreden" zu beschwören, sondern auch in die Tat umzusetzen.

In diesen Zusammenhang erwähnte Jansen auch die Kritik der SPD an der Entscheidung der Bundesregierung, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen nicht einzuführen.

Jansen äußerte Verständnis für die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Argumente, mit denen die Landesregierung in Düsseldorf die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks verteidigt hatte. Allerdings hätten Bauablauf und der Einbau neuer Technologien zum Schutz der Umwelt parallel gestaltet werden müssen, selbst auf die Gefahr hin, das Werk erst 1987 einzuschalten.

Jansen: „Die Landesregierung hätte einen Weg finden müssen, wie die Kohle weiter gefördert werden kann."

Der SPD-Landesvorsitzende, der in der Ära des Kanzlers Helmut Schmidt zu den Kritikern an der Bundesregierung gehört hatte, sieht weiterhin einen tiefen Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Sozialdemokratie. Der Wille zum Umweltschutz sei auch in den Gewerkschaften vorhanden, doch fehle er in der Praxis.

Die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten war auch vom SPD-Oppositionsführer in Schleswig-Holstein, Björn Engholm, beanstandet worden. Er hatte die Verwirklichung von Parteitagsbeschlüssen angemahnt.

Nach einer Zusammenkunft mit den Fraktionsvorsitzenden in den vier norddeutschen Bundesländern zog Engholm seine Kritik wenig später zurück. Nach den nun zustimmenden Worten des früheren Bildungsministers hagelte es Proteste von seiten der Jungsozialisten. Wie ihr Parteivorsitzender Jansen zogen sie die Parallele zwischen Ibbenbüren und Buschhaus und stellten die Glaubwürdigkeit dieser Partei in Frage.

„DDR" beschränkt Asylantenstrom

DW. Berlin

Die „DDR" hat der schwedischen Regierung zugesagt, Flüchtlinge aus neun Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Südasiens sowie Staatenlose nicht mehr ohne gültige schwedische Einreisepapiere durch das skandinavische Land reisen zu lassen. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) aus gut informierter Quelle in Berlin erfuhr, wurde diese Regelung nach Gesprächen eines schwedischen Sonderbotschafters mit „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker sowie Verhandlungen der schwedischen Botschaft mit dem Ostberliner Außenministerium getroffen.

Zufrieden mit dem Weihnachtsgeschäft

DW. Hamburg

Der Einzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland wird im Weihnachtsgeschäft 1985 – wie erwartet – rund 18 Milliarden Mark umsetzen. Die Erwartungen werden damit erfüllt, berichtete die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels nach dem vierten verkaufsoffenen Samstag vor dem Fest. Auch heute und an Heiligabend wird noch mit guten Geschäften gerechnet. 18 Milliarden Mark in den Weihnachtskassen bedeuten rund 3,8 Prozent des gesamten Jahresumsatzes des Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland.

Seite 13: 18 Milliarden Umsatz

USA: Flottenbewegungen auf See bleiben unkontrolliert

Forderungen der Sowjetunion strikt zurückgewiesen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Bewegungen der amerikanischen Flotte auf hoher See werden nicht zum Gegenstand von Kontrollen und Beobachtungen im Rahmen von vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa gemacht, über die bei der Abrüstungskonferenz in Stockholm verhandelt wird. Mit dieser kategorischen Erklärung haben die Vereinigten Staaten einen Versuch der Sowjetunion zurückgewiesen, der darauf hinauslief, außerhalb der vorgesehenen Vertragszone im Atlantik kreuzende US-Kriegsschiffe Kontrollen zu unterwerfen.

Botschafter Lynn Hansen, der stellvertretende US-Delegationschef in Stockholm, erklärte: „Beobachter (des Warschauer Pakts, d. Red.) werden nicht auf unseren Flugzeugträgern oder Flaggschiffen eingeschifft. Es wird ihnen auch nicht gestattet werden, unsere bodengestützten Befehlszentren für die Luftkriegsführung zu betreten, noch dürfen sie sich an Bord von Awacs-Frühwarnflugzeugen begeben." Mit der Erklärung antwortete der amerikanische Diplomat auf Bemerkungen des sowjetischen Generalmajors Tatarnikow.

In Stockholm wird im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen mit dem Ziel gesprochen, einen Überraschungsangriff zu verhindern. Das Mandatsgebiet schließt Europa vom Ural bis zur Atlantikküste ein. Die Vereinigten Staaten haben zugestanden, Marineoperationen anzumelden und von Beobachtern inspizieren zu lassen, wenn diese in direkter Verbindung mit Manövern in Europa stehen. Botschafter Hansen gab jedoch zu verstehen, daß Washington die neueste sowjetische Forderung auf Einbeziehung amerikanischer Flottenbewegungen, die nicht im Zusammenhang mit Übungen oder Truppenverstärkungen in Europa stehen, als Zumutung betrachte. Sie gehe weit über das hinaus, was in Madrid als Mandat für die Stockholmer Verhandlungen vereinbart worden sei, und drohe den gesetzten Rahmen der Konferenz zu sprengen. (SAD)

Konflikt in Wien um Finanzskandal

DW. Wien

In Österreich ist am Wochende ein heftiger Konflikt um die hohen Verluste der Tochterfirma Merx des größten Chemiekonzerns des Landes entbrannt, der verstaatlichten Chemie Linz. Während der Minister für Verkehr und verstaatlichte Industrie Ferdinand Lacina die Geschäftsführer beschuldigt, ihn „hinters Licht geführt" und Ölspekulationen mit unzulässig hohem Risiko durchgeführt zu haben, bestreiten diese die gegen sie erhobenen Vorwürfe energisch. Die Verluste der Merx von 550 Millionen Schilling (70,6 Millionen Mark) seien eine rein kalkulatorische Größe gewesen, wie die Geschäftsführer Jürgen Posch und Helmut Scheichl erklärten.

Kontakt zu Moskau eingestanden

DW. Washington

Der am Freitag abend in Washington als mutmaßlicher Sowjetspion festgenommene Randy Jeffries hat nach Angaben der US-Behörden zugegeben, geheime Dokumente an sowjetische Vertreter in Washington übergeben zu haben. Der Festgenommene habe bei seiner Vernehmung vor dem Obersten Gerichtshofs des District of Columbia erklärt, er habe insgesamt 60 Seiten Dokumente an die Sowjets übergeben und für drei weitere Dokumente 5000 Dollar von den Sowjets verlangt. Der 26jährige Jeffries war in einer Firma beschäftigt, die für die amerikanische Regierung Druckaufträge ausführte. Er war von Agenten des FBI festgenommen worden.

Katastrophe in Neapel

DW. Neapel

Bei der gewaltigen Explosion einer Ölraffinerie in Neapel sind am Samstag nach jüngsten Informationen mindestens vier Menschen ums Leben gekommen. Die Angaben über die Zahl der Verletzten schwankten zwischen 100 und 250. Nach der Explosion kurz nach fünf Uhr in der Frühe weitete sich der Brand immer mehr aus. Die Flammen waren bis zur Insel Capri zu sehen. Die Toten sind zwei Angestellte der Agip-Raffinerie, die zur Zeit des Unglücks dort arbeiteten, und zwei Frauen, deren Haus direkt neben der Industrieanlage zusammenstürzte. Die Sicherheitsvorkehrungen in der Raffinerie sollen unvollkommen gewesen sein.

Seite 20: Ein Moment lang

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Deutliches aus Washington

Von Enno v. Loewenstern

Man muß, um die Bedeutung von Präsident Reagans Kritik an den sowjetischen Vertragsverstößen gegen SALT II zu würdigen, diese Kritik im Zusammenhang mit seiner Feststellung sehen, im US-Kongreß habe sich ein Konsens zwischen den Republikanern und den Demokraten entwickelt. Er verwies dabei sowohl auf die Unterstützung einer starken nationalen Verteidigung als auch auf gemeinsame Entscheidungen zugunsten antikommunistischer Widerstandsbewegungen.

Die Tatsachen, die er den Sowjets vorhielt, sind nicht ganz neu; Verteidigungsminister Weinberger hat schon über die Aufstellung der SS 25 berichtet. Auch die elektronische Anlage von Krasnojarsk ist bereits in den Erklärungen zu SDI erwähnt worden. Wichtig ist etwas anderes. Die US-Regierung hat wiederholt auf vertragswidrige Handlungen der Sowjets hingewiesen, aber die lange Zeit in Washington herrschende Lehre bestand darauf, solche Vorgänge als entweder Aufbauschungen des Pentagon herunterzuspielen oder als unnötige Verschärfungen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen abzutun. Sowjetische Proteste gegen amerikanische Maßnahmen – zuletzt vor allem SDI – dagegen wurden gern als berechtigt hervorgehoben, eben weil die Sowjets stets als vertragstreu hingestellt wurden.

In diesem Klima sind wichtige verteidigungspolitische Fortschritte (B-1-Bomber, Neutronenwaffe) vernachlässigt worden, während die Sowjets den Westen mit massiven Vorrüstungshandlungen wie der Mittelstreckenrakete SS 20 überraschen konnten. Indem nun der Präsident sich die Beschwerden des Verteidigungsministers nachdrücklich zu eigen macht, hebt er sie sozusagen auf eine neue Stufe der Öffentlichkeitswirkung. Schon seit einiger Zeit ist es nicht mehr üblich, die Angaben des Pentagon zu sowjetische Übergriffen grundsätzlich anzuzweifeln. Amerika wird auf die großen Anstrengungen der kommenden Jahre eingestimmt. Durch die Worte des Präsidenten macht es sich zugleich selbst klar, daß ein nationaler Konsens zur Stärke besteht. Damit wird dieser Konsens auch Moskau vermittelt, und das entscheidende Kriterium der Abschreckung wird erfüllt: Glaubwürdigkeit.

Lehrstück für Rau

Von Dankwart Guratzsch

Genau drei Wochen nach jenem denkwürdigen Auftritt, bei dem der SPD-Kanzlerkandidat und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in Ibbenbüren feierlich den „größten Stinker der Nation" in Betrieb genommen hat, hat ihm jetzt Baden-Württemberg ein erstklassiges umweltpolitisches Lehrstück erteilt: Dort hat Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) am Wochenende in Altbach bei Esslingen die erste europäische Entstickungsanlage in einem großen Kohlekraftwerk eingeschaltet.

Raus Worte, es gebe auf der ganzen Welt noch kein praktikables Verfahren zur Entstickung der Abgase aus Kohlekraftwerken, wirken damit umso seltsamer. Während Rau sein Kohlekraftwerk als Beispiel für „Umweltschutz auf dem neuesten technischen Stand" gepriesen hat, obwohl es 2500 Milligramm Stickoxide pro Kubikmeter Rauchgas auswirft, begrenzt die neue Anlage in Altbach den Ausstoß auf 200 Milligramm – den Wert, auf den sich die Umweltminister aller Bundesländer im April 1984 einigten. Sie hat 65 Millionen Mark gekostet – ein Klacks gegen die 1,4 Milliarden, die in das neue Kohlekraftwerk der RWE/Preussag in Ibbenbüren gesteckt wurden.

Schon spürt die SPD in Niedersachsen den Flurschaden, der ihrem Wahlkampf für die Landtagswahl 1987 durch die von Rau persönlich geweihte Dreckschleuder zugefügt worden ist. Das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt", mit dem später auch im Bundestagswahlkampf geworben werden soll und das 750 000 neue Arbeitsplätze in der Umwelttechnologie verheißt, kann nur noch unter Gelächter verkauft werden. „Der Spitzenkandidat der SPD für das Bundeskanzleramt", so wird den Wahlrednern entgegengehalten, „hat doch ein anderes Konzept. Er sichert 4500 Arbeitsplätze in Ibbenbüren."

Wenn nicht alles täuscht, braucht Rau für Wahlkampf und Kanzlerkandidatur nun eine politische Entstickungsanlage. Das Rezept von Altbach – nämlich Stickoxide unter Zugabe von Ammoniak durch den Katalysator chemisch in Stickstoff und Wasser umzuwandeln – wird sich so leicht dafür nicht übernehmen lassen.

Anklagen gegen Nicaragua

Von Günter Friedländer

Nicaraguas sandinistische Regierung hat sich soeben ein Führungszeugnis für gutes internationales Verhalten erteilt – anscheinend, weil andere es ihr nicht erteilen wollen: „Wir haben nicht wie Terroristen gehandelt, sondern wie eine Regierung, die das internationale Gesetz respektiert."

Zu dieser Erklärung sah Comandante Ortega sich genötigt, weil die Berichte über eine Beteiligung sandinistischer Terroristen bei der blutigen Besetzung des kolumbianischen Justizpalastes am 6. November sich immer mehr verdichten. Die Zeitung „El Espectador" in Bogotá meldete, daß die dafür von der Guerrillagruppe 19. April (M-19) benutzten Waffen von Nicaragua geliefert worden seien. „El Tiempo" meldete nun, ein sandinistisches Kommando aus Leuten, die 1978 das Parlament in Managua stürmten (damit wurde der Untergang des Somoza-Regimes in Nicaragua eingeleitet) sei am Vortag der Aktion in Bogotá eingetroffen und habe den Angriff über Sprechfunk gelenkt. Die Regierung habe in einer Wohnung in Bogotá Dokumente und einen Geheimcode entdeckt, mit dem das Kommando Verbindung mit Nicaragua und Kuba hielt.

Als erster, nur wenige Tage nach dem Attentat, hatte US-Außenminister Shultz die Sandinisten der Mitwirkung beschuldigt. Damals versicherte Kolumbiens Verteidigungsminister noch, daß man nicht feststellen könne, ob diese Waffen aus Nicaragua gekommen seien. Auch nach den neuesten Veröffentlichungen wiegelte das Heer ab. Nun aber sah Präsident Betancur sich genötigt, seinen Botschafter Abelardo Duarte aus Nicaragua nach Hause zu rufen, um sich bei der Untersuchung der angeblichen nicaraguanischen Hilfe für Kolumbiens Guerrilla von ihm beraten zu lassen.

In Kolumbien hat der Wahlkampf um die Nachfolge Betancurs begonnen, und die Parteien tolerieren die Politik einer Regierung nicht mehr, deren Leitsatz oft zu sein schien, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf". Kolumbien hat eine wichtige Rolle in den Friedensbemühungen der Contadora gespielt. Wenn sich herausstellen sollte, daß Managua dafür Terroristen nach Bogotá geschickt hat, kann das eine schwerwiegende Wende fü das Sandinisten-Regime einleiten.



„Wenn noch mal ein Kind nach einem Amstrad CPC 6128 Computer mit Interface-Centronics fragt, sagen Sie bitte nicht wieder: ‚Hau ab, du kleiner Klugscheißer!'" JAK / EVENING STANDARD

Moskaus Eingeständnis

Von Carl Gustaf Ströhm

Kurz vor dem sechsten Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan hat die Moskauer Parteizeitung „Prawda" erstaunliche Eingeständnisse gemacht. Sie spricht von „schweren Fehlern" in der ersten Phase der afghanischen Revolution. Bei der „Erzwingung" der sozialen Revolution habe man die „reale Situation" sowie – man höre und staune – die „nationalen Besonderheiten" des Landes nicht genügend berücksichtigt. Die „Prawda" bezeichnet Afghanistan als „rückständiges, halb feudales Land" mit „tief verwurzelten religiösen Traditionen". Und schließlich spricht das sowjetische Parteiorgan von der Notwendigkeit eines „positiven Dialogs", und zwar auch mit jenen Kräften in Afghanistan, welche gegenüber der „Revolution" feindliche Positionen beziehen.

Zwar erwähnt die sowjetische Parteizeitung den massiven Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan nicht, aber dennoch wird deutlich, was hier gemeint ist. Die Intervention ist, trotz oder wegen eines sowjetischen Truppenkontingents von 118 000 Mann, auf Sand gelaufen. Der Versuch der Sowjets, westlichen Reisenden das Bild eines „fest in kommunistischer Hand" befindlichen Landes zu vermitteln – zuletzt fand diese Sicht in einem deutschen Nachrichtenmagazin ihren Niederschlag –, entpuppt sich als Propaganda-Ente. Das US-Außenministerium spricht von zehntausend gefallenen und zwanzigtausend verwundeten oder vermißten Sowjetsoldaten in Afghanistan und von achtundert abgeschossenen Flugzeugen. Die Unterwerfung des Landes sei den Sowjets nicht gelungen, die Lage der Interventionstruppen gegenüber den Widerstandskämpfern sei und bleibe festgefahren, es sei denn, die Sowjets steigerten ihr Engagement erheblich.

Das aber kann sich Gorbatschow schwerlich leisten. Schon seit dem Genfer Gipfel kursiert in Osteuropa das Gerücht, der neue Kreml-Chef wolle in Afghanistan Ballast abwerfen, weil er die negativen Rückwirkungen des Krieges auf die innere Stabilität der Sowjetunion fürchten muß. Mehrfach hatte es geheißen, daß die Sowjets ihre aus Sowjetisch-Zentralasien stammenden usbekischen oder turkmenischen Soldaten – die enge Bluts- und Stammesbrüder der Afghanen und außerdem gleichfalls Moslems sind – auf dem Kriegsschauplatz kaum noch einsetzen können. Es wäre ein Wunder, wenn die zentralasiatischen Sowjetrepubliken von der Welle des islamischen Fundamentalismus und Nationalismus verschont blieben, welche seit Jahren die Welt des Halbmonds erfaßt hat.

Zum anderen: Zehntausend tote junge Russen und Ukrainer, dazu die doppelte Zahl an Verschwundenen und Verkrüppelten – das ist für das Bewußtsein der sowjetischen Gesellschaft des Jahres 1985 nicht so leicht zu verkraften. Eine moderne Armee, die ärmliche Bergdörfer ausräuchert und sich dabei an grauenvollen Kriegsverbrechen beteiligt, kommt, was die Moral der Truppe (und die Moral des Volkes) angeht, nicht ungeschoren davon. Soll der „Prawda"-Artikel die sowjetische Bevölkerung und die Parteikader auf eine Schwenkung in der Afghanistan-Politik vorbereiten? Die Schuld am gegenwärtigen Zustand wird den Vorgängern angelastet, aber auch die sowjetischen Militärs werden es nicht gerne lesen, daß in Afghanistan während der letzten sechs Jahre so gut wie alles falsch gemacht wurde.

Die Sündenböcke sind also gefunden. Nur fragt es sich, ob Gorbatschow so leicht aussteigen kann, wie er vielleicht möchte. Die „Prawda" gibt zu verstehen, daß Afghanistan als halbfeudales Land für die Revolution nicht reif war. Aber auf ähnliche oder auf andere Weise sind alle kommunistisch gewordenen Länder – die Sowjetunion nicht ausgenommen – im Zeitpunkt der Machtergreifung nicht „reif" gewesen.

Wenn die Frage nach der ideologischen Legitimität der kommunistischen Herrschaft über Afghanistan in der sowjetischen Parteizeitung gestellt wird, muß dann nicht auch die Frage nach der Berechtigung solcher Machtergreifungen in allen anderen Bereichen aufgeworfen werden: von den baltischen Republiken bis Georgien und von der Mongolei bis nach Mitteldeutschland? Überall in diesen Ländern haben seinerzeit nicht die vielzitierten „Volksmassen", sondern gewaltsam eindringende sowjetische Truppen die sogenannte Revolution gemacht. In Georgien geschah das vor fast 65 Jahren, in den baltischen Staaten vor 45 Jahren – in Afghanistan ist es knapp sechs Jahre her.

Wenn man Gorbatschow, der offenbar hinter diesem „Prawda"-Artikel steht, richtig interpretiert, so möchte er in der kommenden kritischen weltpolitischen Phase der Sowjetunion wieder Manövrierraum verschaffen. Solange die offene Wunde Afghanistan sich an der sowjetischen Flanke befindet, wird es der Kreml-Chef schwer haben, mit China, den Asiaten, den Arabern, aber auch mit den Amerikanern und dem Westen klarzukommen. Hier aber setzt die Tücke der Dialektik ein, und hier offenbart sich die Zwickmühle, in der sich Gorbatschow befindet.

Um das Imperium zu retten, müßte er ein Stück Imperium – Afghanistan – aufgeben. Wenn er das aber tut, stellt er automatisch den übrigen Besitzstand des Imperiums gleichfalls zur Diskussion oder gar zur Disposition. Und wenn die „Prawda" für Afghanistan einen „positiven Dialog" mit den Gegnern der Revolution (und das heißt: den Gegnern des Kommunismus und Sowjetismus) ankündigt – warum sollte es einen solchen Dialog dann nicht auch in Warschau mit Walesa geben? Selbst wenn Gorbatschow nur einen Versuchsballon starten wollte – er hat eine Lawine ideologischer Konsequenzen losgetreten.



Nach sechs Jahren unbesiegt: Freiheitskämpfer in Afghanistan auf einem erbeuteten Sowjetpanzer FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Yoweri Museveni

Durchbruch in Uganda

Von Volker Stahr

Ein Mann auf dem Weg zur Macht. Nairobi ist für ihn nur eine Zwischenstation." So umschreibt ein Exilugander den Aufstieg von Yoweri Museveni. Der mächtige Guerrillaführer unterzeichnete am 17. Dezember im kenianischen Nairobi ein „Friedensabkommen" mit Ugandas Präsident General Tito Okello. Es soll dem Land nach zwanzig Jahren Blutvergießen den Frieden bringen, befreit aber erst einmal die regierenden Militärs von ihrem wichtigsten Widerpart und beschert Musevenis Guerrillabewegung NRA (Nationale Widerstandsarmee) viel Sitz und Stimme im Militärrat und dem Rebellenführer selber den Posten des Vizevorsitzenden, faktisch stellvertretender Staatschef.



Auf dem Weg zur Präsidentschaft? Museveni FOTO: AP

Viele halten ihn damit für den neuen „starken Mann" in Kampala. Der entschlossene und geradlinige Guerrillachef ist erst Anfang 40, Staatschef Okello hingegen bereits über 70 und zudem nicht gerade ein Mann, der alles sicher in der Hand hat. Auch an Ausbildung und Intelligenz scheint Museveni den Militärführern überlegen.

Er ist kein Berufssoldat. Vielmehr hat der Bauernsohn aus einem kleinen Dorf im Südwesten des Landes eine abgeschlossene Oberschulbildung und studierte 1966 bis 1970 Wirtschaftswissenschaften im tansanischen Daressalam. Dort ist er auch politisch geprägt worden: vom „afrikanischen Sozialismus" Nyereres. Zeitweise nannte er sich selbst einen Marxisten, seit den traurigen Erfahrungen Tansanias und Moçambiques aber spricht er nicht mehr von Marxismus. Bezeichnend sind wohl die hartnäckigen Gerüchte, daß die Briten (lange an der Seite Obotes) nun Museveni unterstützen sollen.

Museveni war 1970 (noch unter Obote) nach Uganda zurückgekehrt und arbeitete im Staatsdienst. Nach dem Putsch Idi Amins 1971 ging Museveni wieder nach Tansania und baute eine Guerrillaarmee auf.

Nach dem Sturz Idi Amins 1979 gehörte er den verschiedenen Übergangsregierungen an, aber nachdem Obote durch fragwürdige Wahlen wieder an die Macht kam, ging Museveni in den Busch. Als im Juli die Militärs Obote ein zweites Mal stürzten, verweigerte Museveni vorerst seine Mitarbeit. Man wollte damals nicht auf seine heute erfüllten Forderungen eingehen. Doch der Guerrillaführer hatte ein Faustpfand: Mit seinen rund achttausend Mann beherrschte er etwa ein Drittel des Landes und konnte somit warten.

Museveni werden jedoch weitgehende Ambitionen auf die Präsidentschaft nachgesagt. Nun soll die ugandische Armee neu aufgebaut werden. Damit würden Okello und die anderen Generäle ihre Machtbasis verlieren. Eine „nationale Konferenz" mit allen politischen Gruppierungen soll zudem den baldigen Übergang zu demokratischen Wahlen einleiten. Museveni könnte dann an der Spitze einer auf die NRA aufbauenden Partei Präsidentschaftskandidat werden.

Wobei ihm eine möglichst baldige Wahl entgegenkäme: Noch ist er in weiten Teilen des Landes sehr populär. Seine Truppen waren in den vergangenen Monaten des Bürgerkrieges rücksichtsvoll gegenüber der Bevölkerung, während die Regierungssoldateska mordete und plünderte. Mit ihr müßte sich auch der aussichtsreichste zivile Kandidat, der mit den Militärs zusammenarbeitende Paul Ssemogerere, identifizieren. Hier hat Museveni offenbar seinen Wahlkampf begonnen: Noch in Nairobi warf er den Militärs ihr „sinnloses Morden" der letzten Monate vor.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Abtreibungs-Diskussion im Bundesrat beschäftigte viele Zeitungen:

Westfälische Nachrichten

Statt dem eklatanten Mißbrauch des Paragraphen 218 mit gesetzlichen Maßnahmen zu begegnen, begnügten sich die von der Union – der sich christlich nennenden Partei – geführten Länder mit einem wohlklingenden Appell, der nichts nützen wird. (Münster)

Kölner Stadt-Anzeiger

Die Union mußte sich zurückbewegen: von Plänen für eine gravierende Änderung des Paragraphen 218 über die Absicht zu einer Verfassungsklage, dann einer minimalen Gesetzeskorrektur, später einer Resolution mit der Aufforderung zu einer Gesetzesinitiative hin zu einem bloßen Appell. Dies zeigt, daß es der Union politisch nicht gelang, das als Norm durchzusetzen, was etwa in der christlichen Wahlbevölkerung Niederbayerns ganz selbstverständlich verlangt wird.

Aachener Volkszeitung

Über der Bundesrepublik Deutschland schwebt der Stern der Ungeborenen. Das ist leider keine Dichter-Aussage, sondern die erschütternde Botschaft, die der Bundesrat in seiner vorweihnachtlichen Sitzung verkündete. 1984 standen 529 000 Geburten mehr als 200 000 Schwangerschaftsabbrüche gegenüber, die bei den gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet wurden. Der überwiegende Teil davon war offiziell mit „schwerer Notlage" begründet... Wie kann man die falsche Notlagenindikation in einem der reichsten Länder der Welt abschaffen und die tödliche Notlüge unter Kontrolle bekommen?

RHEINISCHE POST

Nicht nur die Parteien, die das Eigenschaftswort „christlich" im Namen führen, können sich mit der Entwicklung nicht abfinden, sondern auch die anderen sind genauso betroffen, weil es um den Respekt vor dem menschlichen Leben geht. (Düsseldorf)

TAGESZEITUNG

Es ist das Verdienst der Frauen, in diesem Falle besonders mutiger CDU-Frauen, daß die Reform des Paragraphen 218 nicht rückgängig gemacht werden kann... Erfolgreich halten sie zusammen und können darauf verweisen, daß eine Verschärfung des Abtreibungsparagraphen die Union entscheidende Wählerstimmen kosten würde. (Berlin)

Arbeitsmoral, Vertragstreue und Keramikmotoren

Die Wunschliste des RGW zum Thema „entschiedene Wende" / Von Dieter Fuchs

Knapp eine Woche vor Heiligabend verabschiedeten die Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine lange Wunschliste, die sie sich selber nach spätestens fünfzehn Weihnachtsfesten erfüllen wollen. Erhofft werden Glanzleistungen, zum Beispiel die gesteuerte Kernfusion als Energiequelle oder Keramikmotoren für Kraftfahrzeuge.

Um an diese und andere schöne Sachen heranzukommen zu können, wurde der alte Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" durch die neue Aufforderung ergänzt, mit vereinten Kräften „das höchste Niveau in Wissenschaft, Technik und Produktion in den wichtigsten Richtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erreichen". Dies verlangt das neue Komplexprogramm für die Zeit bis 2000.

Man hat es satt, auf so vielen Gebieten stets hinter dem Westen herzuhinken. Zwar kann die UdSSR Spitzenleistungen der Rüstungsproduktion vorweisen. Doch selbst hierfür muß sie sich vereinzelt – wie auf breiter Front für zivile Entwicklungen – westliches Knowhow besorgen.

Auf höchster RGW-Ebene wurde 1984 beschlossen, das jetzt unterzeichnete Programm auszuarbeiten, um die eigenen Volkswirtschaften gründlich zu modernisieren und gemeinsam nach den Sternen der Hochtechnologie zu greifen. Gorbatschow forderte „Unabhängigkeit und Unverwundbarkeit gegenüber Druck und Erpressung seitens des Imperialismus".

Den Weg dazu sieht er in einer „entschiedenen Wende zur Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion". Dieser von ihm schon der sowjetischen Wirtschaft verordnete Schwenk soll im ganzen RGW durch engste Zusammenarbeit beim Streben nach wissenschaftlich-technischem Fortschritt geschafft werden.

Als Musterknabe der sozialistischen Familie kann sich dabei die „DDR" fühlen. Sie hat bereits 1981/85 „eine grundlegende Wende zur umfassenden Intensivierung" vollzogen, lobte Honecker sich selbst Mitte Oktober in der „Prawda". Für die neue Fünfjahrplanperiode wurde mit Moskau eine Erweiterung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit vereinbart.

Durch die schnelle Entwicklung von Schlüsseltechnologien soll im RGW die Arbeitsproduktivität bis zum Jahre 2000 „mindestens" verdoppelt und der spezifische Materialverbrauch „entschieden" gesenkt werden, heißt es im Komplexprogramm. Seine veröffentlichten Grundsätze nennen fünf Schwerpunktgebiete, auf die sich die Mitglieder mit ganzer Kraft konzentrieren:

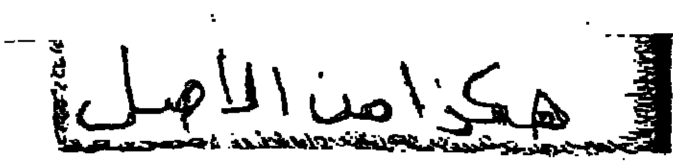
Elektronisierung der Volkswirtschaft, Automatisierung, beschleunigte Entwicklung der Kernenergetik (was unter anderem von Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland bekämpft wird), Herstellung neuer Werkstoffe und Verwendung von Wirkstoffen der Biotechnologie. Auf dem Wunschzettel steht eine „Super-EDV" (mehr als zehn Milliarden Operationen pro Sekunde). Erwartet wird ferner die breite Ausstattung aller Wirtschaftszweige mit Computern und Software. Für die Produktion sollen es Rotorfließlinien sein und „sehende" Industrieroboter.

Viele Glasfaserkabel möchte man haben und neue Satellitensysteme und noch kleinere Mikroelektronik. Digitale Fernsehtechnik ist erwünscht, aber auch der Bau Schneller Brüter. Als erstrebenswert gelten ferner hochreine Metalle, Laser für die Produktion und vollautomatisierte Getriebe.

Insgesamt enthält das Komplexprogramm 92 „Probleme", wie der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow laut „Neues Deutschland" mitteilte. Er bedauerte, daß die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit „noch nicht genügend" genutzt würden. Freilich können daran auch die neuen Absichtserklärungen der ersten beiden Abschnitte der Programmgrundsätze wenig ändern.

Vielmehr kommt es darauf an, ob die „Realisierungswege" (Abschnitt III) gangbar sind und begangen werden. So soll es mehr Direktverträge zwischen Kombinaten und Instituten beteiligter Länder geben. Man will besondere „Leiteinrichtungen" schaffen, um die Arbeiten zu koordinieren und zu organisieren.

Für die gemeinschaftliche Bewältigung der „wichtigsten" Probleme ist sogar vorgesehen, internationale Ingenieur- und technologische Zentren zu gründen. Man müsse technisch viel lernen, meinte SED-Politbüromitglied Erich Mückenberger in „Radio DDR" zum Komplexprogramm. Es gehe auch um „Arbeitsmoral" und „Vertragstreue". In der Tat. Wenn bei des im RGW nicht wesentlich besser wird, muß die eingeleitete noch engere volkswirtschaftliche Verflechtung für die „DDR" angerechnet bei den Schlüsseltechnologien weitere Schwierigkeiten bringen. Es ist keine reine Freude, Mitsterknabe zu sein.



Eine demographische Reise in das Jahr Zweitausend

Etwa vierzig Prozent aller US-Bürger ziehen alle fünf Jahre um. Am häufigsten dort hin, wo es mehr zu verdienen gibt. Prognosen bis zum Jahr 2000 bestätigen den – abgeschwächten – Trend hin zum Süden. Prognosen, die Standortwahl und künftiges Marketing der Unternehmen beeinflussen.

Von HORST-A. SIEBERT

Was 1607 begann, als die Engländer in Jamestown, Virginia, ihre erste dauerhafte Siedlung errichteten, gilt auch heute und morgen: Die riesigen Vereinigten Staaten von Amerika, fast 38mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, verändern laufend ihr demographisches Gesicht. Ständig findet eine interne Völkerwanderung statt, werden Grundsteine für neue Wirtschaftszentren gelegt.

Wie schnell das geht, haben jetzt das Handelsministerium und das Census Bureau in Washington mit neuen Untersuchungen und Prognosen belegt. Zum Beispiel: Gemessen am persönlichen Pro-Kopf-Einkommen, wird das liebliche San Francisco am Pazifik im Jahre 2000 so weit vorn liegen, daß es kaum noch einzuholen ist. Los Angeles wiederum zieht an New York vorbei und weist die höchste Zahl der Einwohner und Arbeitsplätze auf. In der Stadt der Engel leben dann 8,9 (1983: 7,8), im Gebiet des Hudson und East River 8,4 (8,3) Millionen Amerikaner.

In der Vorhalle des Handelsministeriums in der 14. Straße zeigt eine Digitaluhr an, wie schnell die amerikanische Bevölkerung – zur Zeit sind es rund 238 Millionen – wächst. Nach den neuen Kalkulationen nimmt sie von 1983 bis 2000 um 14 Prozent zu, wobei die Einwohnerzahl mit 61 Prozent in West Palm Beach nördlich von Fort Lauderdale in Florida geradezu in die Höhe schießt, gefolgt von Phoenix (Arizona) und Orlando (ebenfalls Florida).

Die sich verändernde Bedeutung der 55 untersuchten US-Großstadtgebiete bestätigt den bisherigen Wanderungstrend vom kalten, mit Altindustrien gepflasterten Norden in den warmen Süden. Er schwächt sich jedoch ab. So verlieren Cleveland (acht) sowie Detroit und Pittsburgh (jeweils zwei Prozent) zwar weitere Einwohner, alle anderen Großstädte mit Umland legen aber zu. Dabei sind die „Sun-Belt"-Staaten Florida, Kalifornien, Texas, Arizona, Colorado und Utah besonders gefragt, während der Industriegürtel um die großen Seen am wenigsten attraktiv ist.

In dieses Bild passen nicht jüngste Veröffentlichungen, beispielsweise der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York, wonach die Amerikaner an Mobilität eingebüßt haben sollen. Vorgelegte Zahlen wie rückläufige Ortswechsel und Kündigungen sind zu vage, da sie zumeist auf Umfragen basieren (Einwohnermeldeämter sind in den USA unbekannt). Nach einer in Washington immer noch gültigen Faustregel ziehen 40 Prozent der US-Bürger alle fünf Jahre um – am häufigsten dorthin, wo es mehr zu verdienen gibt.

Hier trifft es sich, daß in den Vereinigten Staaten die Zahl der Arbeitsplätze bis zum Jahr 2000 von 107,9 (ohne Militär) im Oktober 1985 auf 139 Millionen steigen wird. Mehr als die Hälfte dieser zusätzlichen Jobs wird in den 55 Großstadtgebieten angeboten. In Los Angeles werden über eine Million, in Houston, Boston, Anaheim, New York, Phoenix, Washington, Chicago und Atlanta mehr als 500 000 Arbeitsplätze geschaffen. Nur in Memphis und Buffalo werden es 100 000 oder weniger sein.

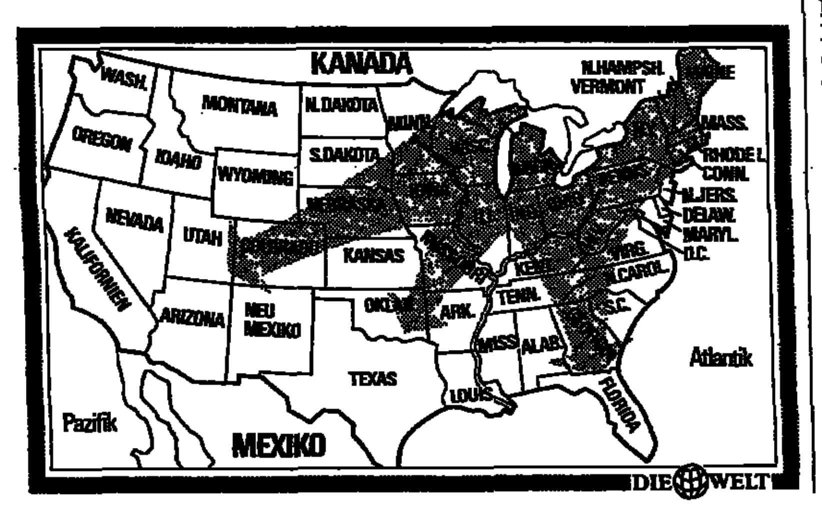
Indes, kleinere, sich erst entwickelnde Stadtgebiete laufen den großen Ballungszentren prozentual den Rang ab. In Phoenix und West Palm Beach wird die Zunahme von Arbeitsplätzen 77 und 72 Prozent, in Orlando, Anaheim, Fort Lauderdale, San José und Tampa von 1983 bis 2000 mehr als 50 Prozent betragen. In Cleveland und Pittsburgh nimmt die Zahl dagegen nur um zwölf und 14 Prozent zu. Für diesen Trend gibt es eine einfache Erklärung: Hier werden überdurchschnittlich viele Gesellschaften gegründet, vor allem im High-Tech-Bereich; hier siedelt sich Peter F. Druckers „unternehmerische Gesellschaft" an, bestehend aus wagemutigen Jungakademikern, deren Firmen aus Risikokapitalfonds finanziert werden. San José zum Beispiel ist die „Hauptstadt" des kalifornischen Silicon Valley. Ein weiterer Antriebsmotor ist die Dezentralisierungstendenz in der US-Wirtschaft.

Legt man das gesamte persönliche Einkommen, das in den nächsten 15 Jahren in den USA von 2,7 (1983) auf 4,2 Billionen Dollar wächst, zugrunde, dann erhöht sich die Zahl der Großstädte, auf die mehr als 20 Milliarden Dollar entfallen, von 27 auf 44. Los Angeles, New York und Chicago bringen es auf mindestens 100 Milliarden Dollar. Die steilsten Zunahmen verbuchen indessen Phoenix, Sacramento und San Diego, während Pittsburgh, Cleveland, New Orleans und Baltimore Verluste hinnehmen müssen.

Die eigentlichen Großverdiener leben im Jahre 2000 jedoch in San Francisco. Hier wird das Pro-Kopf-Einkommen um 58 Prozent über dem nationalen Durchschnitt – 15 740 Dollar – liegen. Das wären stolze 24 900 Dollar. Washington, San José, Anaheim sowie Bergen, Bridgeport und Nassau beherbergen dann Einwohner, die ein Drittel mehr als die Masse der US-Bürger beziehen. Unter den nationalen Durchschnitt rutschen allerdings 15 Großstädte, darunter Riverside, San Antonio und die Mormonenstadt Salt Lake City.

Diese Prognosen zeigen nicht nur, wohin in Amerika die demographische Reise geht, sie beeinflussen auch die Standortwahl und das künftige Marketing der Unternehmen. Trotz der großen Anziehungskraft des Südens und Westens wäre es jedoch gefährlich, den „Frost-Belt" zu unterschätzen. Die sechs Neuengland-Staaten sowie New York, New Jersey und Pennsylvania haben sich überraschend gut von den Bevölkerungsverlusten der 70er Jahre erholt. Auch die Wirtschaft im Mittleren Westen faßt wieder Fuß, seit Michigan, Ohio und Wisconsin die Steuern senkten. Seit zehn Jahren zum erstenmal weist der Haushalt des Autostaates Michigan, einst mit 1,7 Milliarden Dollar verschuldet, wieder schwarze Zahlen aus.

Erheblich verlangsamt hat sich dadurch die Abwanderung. Nach Angaben des Census Bureau verließen von 1980 bis 1985 nur noch 1,8 Millionen Amerikaner den „Frost-Belt", um sich im Süden anzusiedeln. Rund 700 000 zog es zudem in den Westen. Andererseits wuchs die Bevölkerung im gesamten Nordosten und im Mittelwesten um ein Prozent auf 109,1 Millionen. Dieses Gebiet reicht von den Dakotas bis nach Maine. Im Westen (Texas bis South Dakota) stieg die Zahl der Einwohner um 9,8 Prozent auf 46 und im Süden (Texas bis Delaware) um 8,6 Prozent auf 81,9 Millionen.





Der Weihnachtsmann und Manager Tiriac machten es möglich: Zum Tennisfest auch ein Fest des Lukull FOTOS: ZIMMERMANN

Davis Cup – auch ohne Tennis

Davis-Cup in München, das war nicht nur Tennis, das war auch ein Fest der VIPs mit Hummer, Krebsen und Champagner; das war auch ein knallharter Kampf der Werbemanager.

Von PETER SCHMALZ

Mitternacht ist vorüber. Boris Becker hat sich längst mit seiner verletzten Hüfte und dem Frust über die 78 Minuten währende Schmach im Doppel in sein Zimmer in der Nobelherberge „Vierjahreszeiten" zurückgezogen. Doch über den Dächern der Stadt, deren Lichter heraufglitzern, verdauen Funktionäre und Prominente im 15. Stock eines anderen Hotels die Niederlage auf ihre Weise: mit Champagner und Hummer à la Bellevue und Profiteroles.

Manfred Schreiber, schon früher als Polizeipräsident gern Gast an edel gedeckten Tischen und nun als Tennispartner von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann an diesem Münchner Daviscup-Wochenende so eine Art Experte, hakt auch schon die deutschen Chancen für die beiden Einzel am Sonntag ab. „Knapp, aber deutlich" werde die Niederlage. Tischnachbar Willy Bogner lacht zustimmend und erzählt lieber vom Sensationserfolg seines neuen James-Bond-Films „Im Angesicht des Todes", der am 16. Januar in München Premiere feiert. Die gewagten Skiaufnahmen haben den Einkleidungs-Spezialisten in den Staaten zum Star aufsteigen lassen.

An einem solchen Abend erweist es sich als günstig, daß Roberto Blanco als Stargast nicht die Muse fand, ein Tennislied einzustudieren und statt dessen unverfänglich singt: „How does the music play?" Daß auf den Tisch bei jedem Gedeck ein kleiner Computer aus Marzipan steht, erstaunt den Beobachter nach zwei Tagen Daviscup nicht mehr: Warum sollte der Deutsche Tennis-Bund zu einer exklusiven Mitternachtsgala einladen und dafür auch noch in die eigene Schatulle greifen, wo doch auch sonst alles dieses Finales unter den Zeichen von Sponsoren steht.

Und hat man nicht just an diesem Samstag große Anzeigen in allen Blättern lesen können, in denen eine japanische Computerfirma verkündet, sie sei nicht nur weltweit führend, sondern sie sei es auch, die das Daviscup-Finale „präsentiert", weshalb nun auch die Fernsehzuschauer – falls sie mal rasch in ihre Zeitung gesehen haben – wissen, weshalb auf der grünen Bande des Spielfeldes riesengroß die drei Buchstaben Nordpol, Emil, Cäsar in die Kameras leuchten.

Wer an diesem Abend im 15. Stock seine Lesebrille vergessen hatte, der hätte den eigentlich logischen Schluß ziehen können, der Communications-Japaner habe auch für die Gourmet-Teller gesorgt. Doch wer näher hinsah, der konnte einen kleinen goldenen Aufkleber entdecken und die Worte lesen: „Siemens PC-D – der ideale Tennispartner". Und wer dann auch noch genau hinhört, der kann erfahren, daß der Münchner Elektronik-Riese geradezu darum gebeten hat, diesen Abend dem deutschen Tennissport schenken zu dürfen.

Mag das Ergebnis aussehen wie es will, ein Sieger steht bereits fest: der Tennissport.

Selbst der Bundespräsident erweist ihm seine Reverenz und kommt am Samstag in Begleitung seiner Frau. „Für uns Deutsche als Gastgeber", sagt Richard von Weizsäcker in der ihm eigenen wohlwollenden Ausgewogenheit, „ist es sehr angenehm, daß wir die Außenseiter sind." Dann geht er hinaus in die Halle und beobachtet gespannt von Reihe 12 aus das Match. Manfred Schreiber schräg dahinter gibt hie und da sachkundige Anmerkungen nach vorn zur Präsidenten-Gattin.

Lothar Späth hat sich die Fahrt nach München versagt, er hätte an diesem Tag sein Leimener Büble doch nur als Verlierer gesehen. Auch ein anderer fehlte: Franz Josef Strauß.

Der war am Freitag begleitet von Sohn Max zur Eröffnung erschienen, hat aus seinem Desinteresse an dem Bälleschlagen keinen Hehl gemacht („Zum Tennis habe ich im Grunde überhaupt keinen Bezug") und war nach dem ersten verlorenen Satz von Michael Westphal verschwunden. Dabei entschuldigte er sich mit einem Interview-Termin bei Thomas Gottschalk.

Ein anderer, der mit dem Tennissport kaum mehr im Sinn hat als Strauß, harrt dennoch bis zum letzten Aufschlag aus: Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter, der von der Faszination „solcher Spitzenleistungen" spricht und bei einem Empfang, den er einer kleinen Schar von Funktionären im Alten Rathaus gibt, sogar ins Schwärmen gerät über diesen „atemberaubenden" Sport, diesen „sportlichen Leckerbissen", wo doch München mit 70 Clubs und 13 000 Mitgliedern eine „Hochburg dieses weißen Sports" sei.

Da muß Georg von Waldenfels, der bayerische Tennispräsident, tief durchatmen vor Erstaunen. Und er steckt dem Deutschen-Tennis-Bund-Präsidenten Claus Stauder ein paar Fakten, auf daß dieser in seiner Erwiderung sich über soviel Lob artig bedanken kann. Aber er weiß dann doch anzufügen, daß solche Worte wie die des Oberbürgermeisters gar nicht zu den Meldungen passen werden, wonach die Stadt jenen Tennisvereinen die öffentlichen Zuschüsse streichen wolle, deren Jahresbeitrag 300 Mark überschreitet. „Ich hoffe, daß das noch nicht das letzte Wort gewesen ist", sagt Stauder zu dem Antrag einer SPD-Stadträtin; der SPD-Bürgermeister schweigt.

Geschwiegen hätte am liebsten auch Innenminister Zimmermann nach dem schnellen und schlimmen Doppel. „Schrecklich, schrecklich", läßt er noch hören, dann entschwindet er eiligen Schritts im VIP-Village und strebt dort ausgerechnet der Mini-Box von BMW entgegen und setzt sich nieder, als hätte es niemals eine Differenz über die Abgase gegeben.

Während er mit BMW-Bossen plaudert, erscheint Boris Becker auf dem Bildschirm, aber keiner hört zu, was er zu sagen hat über seine Schmerzen und seine Chancen. Im VIP-Dorf, einer häßlich grauen Halle, deren 1200 Quadratmeter mit rosa Stoffbahnen zu einer freundlichen Ruhezone umgewandelt wurden, spielt Tennis eine unbedeutende Nebenrolle. Hier regiert Lukull mit Champagner und anderen leiblichen Genüssen. Sheraton-Küchenchef Wilhelm Ehrenfelder ließ am ersten Tag 1000 Hummer und 60 Enten auftischen, am Samstag gab's 500 Kalbsrückensteaks und 30 Hirschlenden und gestern wurden 2000 Krebse, 300 geräucherte Lachse und 100 Entenbrüste serviert.

Eine halbe Million ließ sich Ion Tiriac den Aufbau kosten, die Werbe-Kojen bot er Firmen zu sündhaften Preisen an. Der Becker-Manager ist dabei auf seine Kosten gekommen, wenngleich er mit eingezogenem Kopf und hängendem Schnurrbart durch die Gänge schleicht, als sei Tennis und speziell das Daviscup-Finale die größte Qual, die ihm angetan werden kann. Und wenngleich nicht alle seine Träume in Erfüllung gingen und er ein Paket von 250 Dauerkarten noch in den freien Verkauf geben mußte, was den ohnehin siechen Schwarzmarkt zum völligen Kollaps brachte. Wurden vor Wochen für eine Karte noch bis zu 1000 Mark gezahlt, so mußten die zahlreichen Kartenhändler vor der Olympiahalle nun sogar unter Einkaufspreis anbieten. Am Samstag wurden 125-Mark-Tickets für 60 Mark verscherbelt.

Um einen Marktpreis anderer Dimension wurde hinter den Kulissen des Finales gerangelt, denn es gilt, Boris Becker zu vermarkten. Und wer genau hinsieht, der bemerkt, daß die meisten Spieler mit den drei Streifen von Adidas den grünen Filz betreten, aber ausgerechnet „Bum-Bum" kommt mit dem geschwungenen Signet des Konkurrenten Puma daher. „Wir wären natürlich froh, Becker bei uns zu haben", gibt adidas-Sprecher Klaus Müller unumwunden zu, während Puma-Chef Armin Dassler gesteht, man würde sich den neuen Star „nur ungern wegschnappen lassen".

Halten oder schnappen ist hier also die Frage – und die Antwort liegt wieder einmal dort, wo sie so oft gefunden wird: beim Geld. Für 600 000 Mark hat sich Puma-Dassler den einst unbekannten Blonden aus Leimen eingekauft und damit kein schlechtes Geschäft gemacht: Weil der Schlägermarkt ohnehin übersättigt ist, wollte man schon ganz aus dieser Produktion aussteigen, doch nach Wimbledon ließen sich plötzlich die Lagerbestände und schnell zusätzlich produzierte Boris-Rackets verkaufen.

Der Konkurrent verhandelt bereits mit Tiriac, denn der Puma-Vertrag läuft Ende '87 aus. Auch Beckers Vertrag mit der Bekleidungsfirma Ellesse, der 300 000 Mark im Jahr bringt, geht zu Ende, womit adidas seinem Ziel, den „ganzen Becker" (so Müller) unter die Fittiche zu bekommen, näherkommen könnte. Eine Summe von zehn Millionen Mark macht die Runde, aber Adidas-Chef Horst Dassler (ein Bruder des Puma-Bosses) wehrte am Wochenende ab: „Ich bin doch nicht die Deutsche Bank."

In der Welt der glitzernden Steine gilt noch der Handschlag

Seit eh und je hat der funkelnde Glanz der Steine Mächtige, Reiche und auch weniger Betuchte fasziniert. Auch in diesem Jahr werden wieder für Millionen Brillanten unter dem Weihnachtsbaum liegen. Ein Blick in die Antwerpener Diamantenbörse, der größten der Welt.

Von HELMUT HETZEL

Die grauen Häuserfassaden sehen nicht gerade einladend aus. Auf den ersten Blick erinnern sie eher an Parkhäuser. Nur die über den Hauseingängen plazierten Videokameras, die mit ihrem unbestechlichen Auge jeden Besucher ins Bild rücken, bevor er die verschlossenen Türen nach einer eingehenden Kontrolle passieren darf, verraten sofort, daß Sicherheit hier ganz groß geschrieben wird und sich nur ein kleiner streng ausgewählter Personenkreis Zugang zu diesem Gebäudeareal verschaffen kann.

Antwerpen Schupstraat, später Nachmittag: Auf der Straße, die die so fahlgrau wirkenden Häuserfronten in zwei Teile zerschneidet, herrscht hektische Betriebsamkeit. Elegant gekleidete Inder, zahlreiche Schwarzafrikaner und auffallend viele in dunkle Anzüge gehüllte bärtige Herren mit traditionellem Judenhut huschen eiligen Schrittes über die Straße, um dann schleunigst in einem der zahlreichen Häusereingänge zu verschwinden. Die meisten dieser Männer tragen braun- oder schwarzglänzende Lederkoffer in der rechten Hand, die sie – manchmal gut sichtbar – mit einer Kette im wahrsten Sinne des Wortes an sich gebunden haben. Die Schupstraat ist für Fahrzeuge nur von einer einzigen Seite aus zugänglich, aber auch dort signalisiert ein die Einfahrt versperrendes bewegliches Eisengitter, daß man sich einer hochempfindlichen Sicherheitszone nähert. Der diese Einfahrt bewachende bewaffnete Beamte läßt nur wenige Fahrzeuge passieren – Sondergenehmigung erforderlich.

Hier zwischen der Schup- und Pelinkanstraat, im Herzen der flämischen Hafenmetropole Antwerpen, nur einen Steinwurf von dem mit seinem prächtigen Kuppeldach an das ursprüngliche Aussehen des Berliner Reichstags erinnernden Hauptbahnhof entfernt, befindet sich das Welthandelszentrum für Diamanten. „Mindestens 60 Prozent aller Diamantenkäufe", behauptet Walter Paert vom „Hoge Raat voor Diamant", werden hier getätigt. „Antwerpen", so sagt er mit Stolz in der Stimme, „das ist die Hauptstadt der Diamanten". Paert betont weiter die Bedeutung dieses Erwerbszweiges für die gesamte belgische Industrie: „Es ist einer unserer wichtigsten Wirtschaftszweige". In der Tat, ein Blick auf die Statistiken bestätigt diese Einschätzung. 1984 betrug der Umsatz dieser „funkelnden Branche" 366,918 Milliarden Belgische Franken, was einem Betrag von 18,35 Milliarden Mark entspricht. Beachtliche Zahlen. Sie können aber nicht ausdrücken, was für das Diamantengeschäft noch weit wichtiger ist: Die Zukunftsaussichten. Und die sind wieder gut, das gilt sowohl für Industrie- als auch für Schmuckdiamanten.

„Die Diamentaires", sagt Walter Paert mit etwas Zurückhaltung, „sind wieder vorsichtig optimistisch". Nach der großen Krise, die mit der weltweiten Rezession Anfang der achtziger Jahre über das Gewerbe hereinbrach, den bis dahin florierenden Absatz der teuren Steine stoppte und die Preise in den Keller fallen ließ, geht es jetzt wieder aufwärts. Vor allem der Export von Rohdiamanten, durch fachmännische Verarbeitung zum funkelnden Edelstein oder glitzernden Brillanten veredelt, ist wieder voll auf Touren gekommen. Die traditionell wichtigsten und größten Abnehmerländer, die USA und Japan, kaufen wieder. Allein 1984 stieg die Exportziffer in die Vereinigten Staaten um 25,7 Prozent von 33,524 Milliarden Belgischer Franken (1983) auf jetzt 42,144 Milliarden Belgischer Franken (1984), und dieser positive Trend hält auch im ersten Halbjahr 1985 an. Ähnliches gilt für Japan. Im Land der aufgehenden Sonne erfreuen sich Diamanten aus Antwerpen wieder wachsender Beliebtheit. Die Japaner kauften 1984 Edelsteine im Wert von 8,953 Milliarden Belgischer Franken – fast 37 Prozent mehr als im Vorjahr. Nur bei den Deutschen liegt das „hochkarätige Gestein" noch nicht wieder in der Gunst. Sie erwarben im vergangenen Jahr 3,2 Prozent weniger Diamanten bei den Flamen und gaben „nur" 4,761 Milliarden Belgischer Franken für wertvolle Edelsteine jeglicher Art aus. „Zentrum des deutschen Diamantenhandels", so erklärt Walter Paert nebenbei, „ist nach wie vor Idar-Oberstein und Pforzheim". Paert rät auch davon ab, Diamanten als Investitionsobjekte zu betrachten. „Das bringt wenig", meint er. „Wer es aber dennoch versuchen will, muß sehr viel Geduld haben und über einen außerordentlichen Sachverstand verfügen. Zehn bis fünfzehn Jahre sollte man auf in Diamanten angelegtes Kapital schon verzichten können, wenn das Geschäft letztendlich lukrativ sein soll". Antwerpen verdankt seine führende Position in diesem so einträglichen Wirtschaftszweig hauptsächlich einer Entwicklung im 16. Jahrhundert, als es der Stadt gelang, eine „Portugies Connection aufzubauen und die zur Blütezeit des portugiesischen Weltreiches (Vasco da Gama) über Lissabon laufenden Diamantenhandelsströme – die Edelsteine kamen seinerzeit fast ausschließlich aus Indien – in die Stadt an der Schelde umzulenken, wo sich damals bereits eine ansehnliche Veredlungsindustrie, hauptsächlich Schleifereien, niedergelassen hatte, die ihre Rohware bis dahin vor allem aus der früheren Diamantenmetropole Venedig bezogen hatte. Der Handel mit den Portugiesen aber ließ dieses Gewerbe in Antwerpen erst richtig aufblühen und bereits am 25. Oktober 1582 wurde in der Stadt die „Gilde der Diamantenschleifer" gegründet. Zwar mußte Antwerpen diese alles überragende Rolle im Diamantengeschäft im 17. Jahrhundert für einige Zeit an Amsterdam abtreten, doch nach der Entdeckung der Diamantenminen in Südafrika im 19. Jahrhundert gelang es der flämischen Metropole erneut, durch den Ausbau einer entsprechenden industriellen Infrastruktur fast den gesamten Diamantenhandel und die maschinelle Veredelung der Steine in ihrer Stadt zu konzentrieren. Diesen Spitzenplatz hat Antwerpen nicht mehr verloren. Heute leben in der Stadt rund 30 000 Menschen von diesem Wirtschaftszweig. Ein Blick hinter die Kulissen der von außen so gut abgesicherten Häusereingänge verrät, daß sich in der Diamantenveredelung und auch im Handel im Vergleich zum letzten Jahrhundert nicht allzuviel verändert hat. In der Diamantenbörse werden auch heute noch wie eh und je große Kristallklumpen sorgfältig aus den Stoffsäckchen geholt und auf den Tisch gelegt, dem potentiellen Käufer angeboten. Gefällt diesem der Stein, dann wird nach alter Väter Sitte der Kauf besiegelt: Per Handschlag, der genügt. „Natürlich", so erläutert Walter Paert dieses Geschäftsgebaren, „werden heutzutage anschließend dann auch noch schriftlich formulierte Kaufverträge unterzeichnet. Aber der Handschlag ist dennoch bindend. Die Ächtung der ganzen Gilde träfe jeden, der es sich erlauben sollte, ein auf diese Weise zustande gekommenes Geschäft nicht einzuhalten. Er wäre an dieser Börse erledigt". Hier an der Antwerpener Diamantenbörse herrscht der Markt. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Doch dieser freie Marktmechanismus ist lange nicht typisch für diese Branche.



Erst der Schliff macht aus dem Diamanten den strahlenden Brillanten FOTO: DIE WELT

Die Produktion und Distribution der edlen Steine wird zu etwa 70 Prozent von der südafrikanisch-britischen Diamantenfamilie Oppenheimer und ihrem Edelstein-Imperium de Beers beherrscht – weltweit versteht sich. De Beers ist es, der quasi über ein Angebotsmonopol verfügt und so die Preise für Diamanten in starkem Maße bestimmen, wenn auch nicht festsetzen kann. Der Diamantenkonzern wählt etwa 150 „Sightholders" auf der ganzen Welt aus, die er für kredit-würdig erachtet, um die von de Beers angebotenen Edelsteine aufkaufen zu können und sie dann an die weitverzweigten Händlernetze weiterzugeben. „Daneben gibt es auch noch einen Outsight-Markt, auf dem vor allem einer der großen Diamantenproduzenten der Welt auftritt, wenn er Devisen braucht: Die Sowjetunion. Sie kann durch unerwartete Angebote das von de Beers vorstrukturierte Preisgefüge des Antwerpener Diamantenmarktes ganz schön durcheinanderbringen" erläutert Walter Paert.

Grundlegend verändern kann in Zukunft die Diamantenbranche auch die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Noch immer werden heute die meisten Edelsteine per Hand bearbeitet. Nur das Schleifen wird, nachdem man den Stein in einen oberen (Krone) und unteren Teil (Pavillon) abgerundet hat und danach mit den „Facetten" versieht, halbmechanisch bewerkstelligt. Kontrolliert, begutachtet und bestimmt aber wird der Schliff nach wie vor durch Menschenhand und via einer Lupe durch das Auge des Fachmannes. Erste Experimente, die wertvollen Steine mit Laserstrahlen zu zerteilen, verliefen zwar erfolgreich, sind aber dennoch derzeit nicht rentabel. So hängt es nach wie vor von der Kunstfertigkeit des Schleifes ab, ob es ihm gelingt, einen Stein mit 57 Facetten zu versehen, wobei er penibel darauf achten muß, daß der Lichteinfall über die Krone auf den tiefsten Punkt des Pavillons trifft. Nur dann nämlich wird das einfallende Licht von dem Edelstein so gebrochen und reflektiert, daß das Funkeln eines Brillanten entsteht. Echtheit, Schliff und Gewicht eines Edelsteines können heute auf Wunsch jedem Käufer in Form eines amtlichen Zertifikates bescheinigt werden.

Albrechts Schweigen und Rückschläge für den Herausforderer Schröder

Von MICHAEL JACH

Nach den Vorzugsvokabeln seiner Politiker – beinahe ohne Unterschied der Parteifarben, Grün ausgenommen – zu urteilen, muß das Bundesland zwischen Weser und Elbe, Harz und Nordsee im Jahre 1985 einen kräftigen Schub Zukunftsbewußtsein erfahren haben. Die Rede geht von „Wiedererstarken", vom „Aufsteiger-" und „Forschungsland", von „neuer Kraft" und „Offensive". Wo Niedersachsen nicht ausdrücklich „Zukunft hat", ist dieselbe jedenfalls durchgängiger Sinngehalt all der vorangewandten Wortdynamik.

Vordergründig hat die Beliebtheit des Themas fraglos mit dem nahen Landtagswahljahr 1986 zu tun. Und in Anbetracht des Urnengangs am 15. Juni müssen die Parteiendirigenten denn doch darauf achten, jenes Unisono des Grundtons hinreichend dissonant zu überspielen, damit das lauschende Wahlvolk nur nicht allzuviel Harmonie heraushöre. Von den Halb- und Zwischentönen der jeweiligen (blau-gelben oder grünen) Begleitmusikanten einmal abgesehen, unterscheiden die beiden großen Parteiorchester sich hauptsächlich im Einsatz der Dur- und Moll-Töne.

Den seit dem 6. Februar 1976 unter Stabführung von Ernst Albrechts regierenden Christdemokraten bietet die Gunst des Kalenders just im Vorfeld seiner erstrebten dritten Wiederwahl Gelegenheit zu markanter Jahrzehntbilanz. Sie werden gehörig herausstreichen, wie die Niedersachsen dank der rückliegenden zehn Albrecht-Jahre es vermocht hätten, sich und ihr Land herauszuretten aus der unentrinnbar scheinenden Talfahrt im Süd-Nord-Gefälle; wie sie nun das Tor zu neuer Blüte aufgestoßen und auch schon durchschritten hätten.

Mit dem Jahr 1985 gaben Staatskanzlei, Ministerien und CDU-Parteizentrale in Hannover den Einsatz zu einer vor dem Wahltag mit Sicherheit nicht mehr abreißenden Kampagne der Zuversicht. Angefangen bei einer Gründungswelle naturwissenschaftlich-technischer Forschungsinstitute; solche Zukunftsinvestitionen ergänzt um Erhaltungssubventionen zur einstweiligen Rettung akut bedrohter „alter" Arbeitsplätze; Umweltschutz-Projekte zur Rettung des Wattenmeers, des Dümmersees oder zur überfälligen Abwehr der Giftmüll-Gefahren; längst nicht zuletzt Ansätze zum „Umbau" der problembeladenen Landwirtschaft für die Produktion agrarindustrieller Rohstoffe – was immer ausgeführt oder erst in Angriff genommen wird, trägt das Merkzeichen „Zukunftssicherung".

Die parteipolitischen Erfolgsplaner der Union verhehlen gar nicht, auf welche konjunkturpsychologische Werbemethode sie setzen: „Die bereits greifbaren Früchte vorzeigen, die erst noch reifenden ausmalen. Auf die mitreißende Aufbruchstimmung kommt es an." Solcher Atmosphäre Dauer zu verleihen, werden Wettkampf-Begriffe wie „Aufholjagd" nachgeschoben. Und da liege Niedersachsen so gut im Rennen, daß es die norddeutschen Nachbarn bereits „abgehängt" habe und die anfangs weit enteilte Konkurrenz im Süden sogar schon mal über die Schulter schauen müsse. Kurz, das Land habe seine Zukunft zwar noch nicht



„in der Tasche", aber die wichtigen Wechsel seien gezogen – und gedeckt.

Die geballte Flut von Erfolgsmeldungen und Planbekanntgaben quittiert der sozialdemokratische Hauptgegner lakonisch als „Albrechts Spitzensyndrom", als Ausdruck von „Torschlußpanik" in Sichtweite des Wahltages. Dem CDU-Optimismus hält die SPD die Düsternis landestypischer Ausgangspositionen entgegen, und zwar als „unverändert gültiges" Gegenwartsbild: eine zum größeren Teil noch immer herkömmliche Wirtschaftsstruktur, die unvermindert zahlreichen Firmenzusammenbrüche, die zähe Arbeitslosigkeit und den „sozialen Abstieg ganzer Bevölkerungsschichten".

Es sei eben Schwindel, wenn die Landesregierung vorgebe, beizeiten gehandelt zu haben. Noch 1978, als die heute beneideten süddeutschen Länder schon „auf und davon gegangen" seien, erinnert sich SPD-Vorsitzender Johannes Bruns, habe Ministerpräsident Albrecht Technologieprogramme für überflüssig erklärt.

Albrecht hat bisher nicht widersprochen. Auch mit dem Hinweis nicht, daß die Wurzeln baden-württembergischen und bayerischen Wohlergehens noch weit hinter die Mitte der siebziger Jahre zurückreichen. So fällt der SPD die Empfehlung leicht, sie wolle „anknüpfen" an die Zeit vor 1976, als „Alfred Kubel, Georg Diederichs, Hinrich Wilhelm Kopf dieses Land gut regiert" hätten.

Wenn der 15. Juni erst vorüber ist, soll freilich auch in der SPD-Vorstellung Niedersachsens lichte Zukunft anbrechen. Doch die Absichtserklärungen, was dazu zu tun sei, verweisen auffällig häufig auf Erfolgsrezepte, die in München oder Stuttgart erprobt wurden. Damit mag es zusammenhängen, daß Albrecht-Herausforderer Gerhard Schröder schon wiederholt die Unvorsichtigkeit beging, „streng vertraulich" Zweifel am eigenen Zweikampf-Sieg zu äußern: „Der Albrecht macht ja keine Fehler . . ."

Daraus spricht Verzweiflung angesichts eines Titelverteidigers, der sich das kraft Amtes verfügbare Gesetz publikumswirksamen Handelns so leicht nicht entreißen läßt. Der in Georgsmarienhütte und Cuxhaven auf Jubelwogen sozialdemokratischer Stammwählerschaften schwimmt, weil er ihnen mit dem Einsatz von Landesmillionen Tausende von Arbeitsplätzen bei Klöckner und in der Fischwirtschaft gerettet (und dabei den ordnungspolitischen Konflikt mit seiner Wirtschaftsministerin riskiert) hat.

Oder seinen strauchelnden Landwirtschaftsminister in dessen höchster Not aus dem Giftmüll zieht, indem er anstelle von dessen verlorener Handlungsfähigkeit eigene Kompetenz demonstriert, die selbst den vereinten Kräften einer Drei-Parteien-Opposition schließlich den Wind aus den Segeln nimmt.

Vorerst aufgegangen ist auch – zum Verdruß der SPD, zur Verblüffung skeptischer CDU-Parteigänger – Albrechts seit einem halben Jahr durchgehaltene Zermürbungstaktik, den schon im Sommer durchgestarteten Herausforderer erst einmal ins Leere laufen zu lassen. So sahen die Christdemokraten in aller Ruhe zu, wie Schröder sich tief in die zuerst selbst hervorgerufene, dann vergebens „beendete" und nun furchterregend zählebige Diskussion um ein rot-grünes Bündnis verstrickte. Und wie jüngst seine Glaubwürdigkeit an der Parteiraison Schaden nahm, als er Johannes Rau Abbitte leisten mußte für vorlaute Kritik am Kraftwerk Ibbenbüren.

„Wir werden dem Niedersachsen-Roß die Sporen geben", hieß es noch vor wenigen Wochen, wo Sozialdemokraten zusammentrafen. Derzeit mag kaum einer die Wette wagen, daß es gelinge, Ernst Albrecht aus dem Sattel zu stoßen.

Strauß nennt Vorwürfe Moskaus „Propagandatöne"

rtr. Moskau

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse hat in einem Gespräch mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Jörg Kastl, seine Sorge über die beabsichtigte deutsche Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Raketenabwehr im Weltall (SDI) geäußert. Schewardnadse habe unterstrichen, so die amtliche Nachrichtenagentur Tass, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie diesen Weg einschlage, ein „Komplize bei der Auslösung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum werde, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben". Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat die Vorwürfe Schewardnadses als „Propagandatöne" bezeichnet. „Wir sind es gewohnt, daß Verbündete der USA als Komplizen oder Handlanger des US-Imperialismus diffamiert werden", sagte Strauß in einem Interview der „Bild"-Zeitung.

Blüm spricht von Manipulation

dpa, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat den Gewerkschaften Manipulation und Verdrehung im Streit um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes vorgeworfen. In einem Interview des Senders Freies Berlin sagte Blüm, das gelte schon für den Gebrauch des Wortes „Streikparagraph". Schließlich gehe es nicht um Streik, sondern um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit. Nach Ansicht des Ministers hat der Austausch von Argumenten überhaupt noch nicht begonnen, weil die Bundesregierung bisher gegen einen Wall von Vorurteilen ankämpfen mußte. Blüm bestätigte in dem Interview, daß sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 200 000 auf 2,5 Millionen erhöht hat und damit beträchtlich über der Arbeitslosenzahl liegt. Deshalb seien die Sozialhilfe und das Wohngeld erhöht worden.

Saar-CDU nennt Kandidaten

UR., Bonn

Mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Peter Jacoby und dem Chef des Kommunalen Abfallbeseitigungsverbandes, Heinrich Schüssler, gehen zwei Kandidaten ins Rennen um den Vorsitz der saarländischen CDU. Der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer hatte es abgelehnt, als CDU-Landesvorsitzender an die Saar zurückzukehren (WELT vom 18.12.). Nach Angaben des CDU-Fraktionschefs Günther Schwarz heißt der Favorit Jacoby, der „den politischen Aufbruch durch einen Generationswechsel" untermauern soll. Es gebe schon entsprechende regionale Voten, wie das des Kreises Saarpfalz, der sich einstimmig für den früheren Vorsitzenden der Jungen Union Saar ausgesprochen hat. Schüssler, von der im Landesvorstand stark repräsentierten Riege der Kommunalpolitiker vorgeschlagen, gilt als möglicher Parteivize. Er könnte die Rolle eines Promotors der für die CDU wichtigen Zusammenarbeit mit der FDP auf kommunaler Ebene übernehmen. Der neue Vorsitzende soll auf einem Parteitag in der zweiten Februarhälfte gekürt werden.

Barbie-Prozeß verschoben

AFP, Paris/Lyon

Der für den 3. Februar vorgesehene Beginn des Prozesses gegen den früheren Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, verzögert sich infolge eines Urteils des Pariser Kassationshofes um voraussichtlich mehrere Monate. Die oberste französische Justizinstanz hat am Freitag eine Entscheidung des Lyoner Gerichts, demzufolge Barbie sich ausschließlich wegen der Verfolgung von Juden verantworten muß, für ungültig erklärt. Der Pariser Gerichtshof befand, daß sich Barbie auch wegen der Verfolgung französischer Widerstandskämpfer verantworten muß.

Keine Abschiebung bei drohender Folter

dpa, Berlin

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Horst Sendler, hat darauf hingewiesen, daß Ausländer, die in ihrer Heimat mit Folter bedroht sind, nicht aus der Bundesrepublik dorthin abgeschoben werden dürfen. Es sei allerdings eine andere Frage, ob Folter schlechthin einen Asylgrund darstelle, sagte Sendler in einem dpa-Gespräch. Er meinte zu jüngsten Asylurteilen, nur politisch Verfolgte könnten Asyl erhalten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In der Gewerkschafts-Basis wächst die Verdrossenheit über die Führung

Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung

PETER GILLIES, Bonn

Die Funktionäre der Gewerkschaften haben weitgehend den Kontakt mit ihrer Mitgliederbasis verloren, die Organisation kümmert sich nicht ausreichend um die Arbeitslosen, ihre eigenen Mitglieder sind zu großen Teilen verdrossen über die Führung und haben den Eindruck, die Gewerkschaften vermittelten keine Zukunftsperspektiven. Der schwere Arbeitskampf 1984 hat die Gewerschaften keineswegs populärer, sondern deutlich unbeliebter gemacht.

Dies sind die Kernergebnisse einer Studie des Sozialwissenschaftliches Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, wobei das Getas-Institut, Bremen, im November 1985 die Befragung bei rund 3000 Wahlberechtigten übernahm. Zwischen 1979 und 1985 hat sich die Einschätzung der gewerkschaftlichen Macht danach gravierend geändert: 1979 glaubten 63 Prozent an eine Machtzunahme der Gewerkschaften und nur drei Prozent an das Gegenteil, 1985 dagegen überwog die Einschätzung einer Balance, denn 30 Prozent glaubten daran, daß die Organisation mehr Einfluß habe, 28 Prozent waren der Ansicht, er habe eher abgenommen.

Unbeliebte Streiks

Je aktiver die Gewerkschaften in Arbeitskämpfen wurden, desto unbeliebter machten sie sich in der Bevölkerung, ergab die Studie. Die Unzufriedenheit der Befragten schnellte im Streik des Jahres 1984, bei dem es um die 35-Stunden-Woche ging, deutlich empor. 53 Prozent waren mit dem Vorgehen der Gewerkschaften damals unzufrieden. Selbst 45 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder kritisierten die Arbeitskampftaktik. 1985 jedoch – ein Jahr ohne Arbeitskampf – hat sich dagegen wieder eine gewisse Zufriedenheit eingestellt (54 Prozent). Ein Potential von 40 Prozent bleibt jedoch dennoch unzufrieden.

Rund 30 Prozent wollen mehr Einfluß für die Gewerkschaft, 27 Prozent lehnen dies ab. Wer arbeitslos ist, der SPD oder den Grünen anhängt sowie jüngere Leute möchten den Arbeitnehmerorganisationen mehr Macht verschaffen; Anhänger der Union und der FDP sowie Selbständige, Landwirte und Freiberufler wenden sich gegen den ihrer Ansicht nach zu starken Gewerkschaftseinfluß. Eine Ausnahme sind die Beamten: Nicht weniger als 44 Prozent von ihnen wünschen den Gewerkschaften mehr Macht, worin die Sozialwissenschaftler des Instituts das Bemühen erkennen, aus einer privilegierten Situation heraus besondere moralische Sensibiliät signalisieren zu wollen.

Relativ konstant ist jeweils ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder unzufrieden mit ihrer Organisation. Diese Distanz ist noch stärker bei Anhängern von CDU/CSU sowie FDP (44 und 30 Prozent), während SPD- und Grüne-Wähler im Schnitt einen geringeren Grad an Unzufriedenheit äußerten (28 und 31 Prozent). Satte 62 Prozent der Befragten sind jedoch der Ansicht, daß die Gewerkschaften sehr viel dafür tun, Arbeitnehmerrechte wirkungsvoll zu vertreten. Gleichzeitig meinen jedoch 60 Prozent, es werde zu hektisch gehandelt und vor allem: den Großorganisationen fehle die Zukunftsperspektive.

Selbst 44 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, die sich zur SPD bekennen, vermissen Zukunftsplanung bei den Funktionären. Insgesamt äußerten 55 Prozent den Eindruck, die Gewerkschaftsspitze habe den Kontakt mit der Basis verloren.

Wenig Zutrauen

Diese Kritik ist in allen Gruppen und Altersstufen tief verwurzelt. Auch bei der Sicherung von Arbeitsplätzen traut die Bevölkerung den Gewerkschaften wenig zu: Ein Drittel aller Mitglieder und ein Viertel der SPD-Anhänger sprechen den Organisationen die Kompetenz zur Arbeitsplatzsicherung ab. 40 Prozent der Arbeiter und fast die Hälfte der Angestellten teilen diese Zweifel.

Tief verwurzelt (55 Prozent) ist auch das Urteil, die Gewerkschaften kümmerten sich nur um die glücklichen Arbeitsplatzbesitzer, nicht jedoch um die Arbeitslosen. Besonders diejenigen, die ihre Arbeit bereits verloren haben, mißtrauen der Organisation; ihr Urteil ist auch nicht deswegen milder, weil sie ein Mitgliedsbuch haben oder SPD wählen. Das Etikett „wirtschaftsfreundlich" verdienen die Gewerkschaften nach den Umfragen nicht: Der Feststellung „Die Gewerkschaften tun viel für den Wirtschaftsaufschwung" stimmen nur 27 Prozent zu, 70 Prozent lehnen die These dagegen ab.

Entlastung für kinderreiche Familien

Was sich im neuen Jahr im Steuer- und Sozialrecht für den Bürger ändert

Zum Jahreswechsel treten diesmal besonders umfangreiche Änderungen im Steuer- und Sozialrecht in Kraft, vor allem bedingt durch die zweistufige Steuersenkung 1986/88. Die WELT gibt in mehreren Beiträgen einen Überblick über die wichtigsten neuen Bestimmungen.

HEINZ HECK, Bonn

Schwerpunkt der am 1. Januar 1986 in Kraft tretenden ersten Stufe der Steuersenkung ist die Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs um knapp sechs Milliarden Mark. Der Kinderfreibetrag wird je Kind und Jahr von 432 auf 2484 Mark erhöht. Die sogenannten Kinderadditive bei den Sonderausgaben, die sich mit bis zu 900 Mark je Kind und Jahr auswirken können, gehen in diesen erhöhten Freibeträgen auf.

Damit soll sichergestellt werden, daß notwendige Ausgaben für Kinder, soweit sie nicht durch Kindergeld gedeckt sind, bei der Besteuerung angemessen berücksichtigt werden.

Kindergeldzuschlag

Dazu ein Beispiel: Wenn für ein Kind eine Anschaffung von 100 Mark erforderlich ist, muß man bei einem Steuersatz von 22 Prozent (das ist die Besteuerung in der unteren Proportionalzone) 128 Mark verdienen, um sie zu bezahlen (128 Mark abzüglich 22 Prozent gleich 100 Mark). Ein Spitzenverdiener, der mit seinem Einkommen bereits vom Einkommensteuerhöchstsatz von 56 Prozent erfaßt wird, braucht hierfür sogar 227 Mark brutto (227 Mark minus 56 Prozent gleich 100 Mark).

Das Beispiel zeigt: ohne steuerliche Berücksichtigung der Unterhaltslasten würde zu den Kosten für das Kind noch eine steuerliche Zusatzbelastung (bei diesem Beispiel zwischen 28 und 127 Mark) hinzukommen. Der steuerliche Abzug von Unterhaltsaufwendungen für Kinder (Kinderfreibetrag) führt also dazu, daß Kinderkosten bis zu 2484 Mark im Jahr steuerfrei bleiben.

Dabei ist die geschilderte progressive Entlastung nach der Einkommenshöhe nur das Spiegelbild des progressiven Einkommensteuertarifs und logische Folge der daraus resultierenden steuerlichen Belastung. Die gleiche Wirkung ist etwa beim Haushaltsfreibetrag oder beim Ausbildungsfreibetrag zu beobachten.

Die Erhöhung des Kinderfreibetrags wird durch einen Kindergeldzuschlag ergänzt: Eltern, für die der steuerliche Kinderfreibetrag keine oder eine nur teilweise Entlastung bringt, erhalten für Kinder, für die ihnen Kindergeld zusteht, einen Zuschlag bis zu 46 Mark je Kind und Monat. Der Zuschlag bemißt sich danach, wie weit das zu versteuernde Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags liegt.

Dieser komplizierte Sachverhalt soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: Ein Ehepaar mit einem Kind hat ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 6588 Mark. Dieses Einkommen liegt also um genau 2484 Mark unter dem Grundfreibetrag für Verheiratete von 9072 Mark. In diesem Fall bringt der Kinderfreibetrag keine steuerliche Entlastung, so daß ein Kindergeldzuschlag von 46 Mark monatlich gezahlt wird.

Läge das zu versteuernde Einkommen dagegen zum Beispiel bei 7830 oder um 1242 Mark (das ist der halbe Kinderfreibetrag) unter dem Grundfreibetrag, so betrüge der Kindergeldzuschlag ebenfalls die Hälfte, also 23 Mark monatlich.

Hier einige weitere Entlastungsbeispiele zur Steuersenkung: Eheleute mit Kindern, die 36 000 Mark im Jahr verdienen, erhalten die volle Entlastung schon 1986 und zwar bei
- einem Kind 570 Mark (15,4 Prozent weniger Steuern als bisher),
- zwei Kindern 1024 Mark (28,3 Prozent) und
- drei Kindern 1474 Mark (41,9 Prozent).

Eheleute mit Kindern und 48 000 Mark im Jahr erhalten die volle Entlastung auch schon 1986 und zwar bei
- einem Kind 524 Mark (8,5 Prozent),
- zwei Kindern 904 Mark (15,1 Prozent) und
- drei Kindern 1308 Mark (22,4 Prozent).

Keine Steuern mehr

Eine Familie mit fünf Kindern und 30 000 Mark Jahresverdienst wird um 2282 Mark entlastet und zahlt ab 1986 keine Steuern mehr, erhält aber rund 10 300 Mark Kindergeld im Jahr.

Ein durchschnittlich verdienendes Arbeitnehmerehepaar mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2) und einem Bruttojahresverdienst von 39 950 Mark (Stand 1988) zahlt bei Berücksichtigung des Weihnachtsfreibetrags 3920 Mark Lohnsteuer im Jahr 1988. Bei gleichem oder entsprechendem Einkommen zahlt
- ein Ehepaar ohne Kinder (Steuerklasse III/0) 5012 Mark Lohnsteuer, also 1092 Mark oder 27,9 Prozent mehr,
- ein Lediger ohne Kinder (Steuerklasse I) 7692 Mark Lohnsteuer, also 3772 Mark oder 96,2 Prozent mehr,
- ein Doppelverdienerehepaar ohne Kinder (beide in Steuerklasse IV/0; beide beziehen Durchschnittseinkommen, zusammen also 79 900 Mark) 15 384 Mark Lohnsteuer, also 11 464 Mark oder 292 Prozent mehr.

Zimmermann für Umweltbewußtsein der Autofahrer

AP, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat von den Autofahrern mehr Umweltbewußtsein gefordert. Gleichzeitig appellierte er an die Autoindustrie, den Verkauf von Katalysatorautos mehr zu fördern. „Ihr habt es in der Hand", erklärte Zimmermann in einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview der Auto-Zeitschrift „mot".

Die Automobilindustrie müsse mehr bewegen und den Käufern umfassende Informationen und Ratschläge geben. „Ich erwarte, daß beim Verkauf von Autos mit Katalysator im neuen Jahr deutlich zugelegt wird", erklärte Zimmermann.

Große Hoffnungen auf eine positive Entwicklung setze er auch darauf, daß das bleifreie Benzin in der Bundesrepublik Deutschland vom 1. Januar 1986 an „deutlich billiger wird durch unsere Senkung der Mineralölsteuer". Im kommenden Jahr werde es für den Autofahrer sehr attraktiv sein, bleifrei zu tanken.

Zimmermann wies darauf hin, daß es in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz inzwischen rund 12 000 Tankstellen mit bleifreiem Kraftstoff gebe.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß Arbeitslose auch dann Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wenn sie vorher lediglich eine Teilzeitbeschäftigung von weniger als 20 Stunden in der Woche ausgeübt haben, aber zusätzlich in ihrer Freizeit noch regelmäßig irgendwelche Vor- und Nacharbeiten leisten mußten. Das kann beispielsweise beim Verkaufspersonal oder bei Lehrkräften der Fall sein. Zu diesem Ergebnis kam das Bundessozialgericht im Prozeß um einen Mann aus Hamburg, der vor seiner Arbeitslosigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Der Kläger hatte zwar nur einen unmittelbaren Arbeitsvertrag über wöchentlich 19 Stunden, gab aber an, er habe sich stets zusätzlich auf seine Tätigkeit vorbereiten und darüber hinaus auch regelmäßig Nacharbeiten leisten müssen (Az.: Bundessozialgericht 7 Rar 54/84).

Ost-Berlin an der Spitze

Kriminal-Statistik der „DDR" / Leichter Rückgang

DIETER DOSE, Berlin

Um rund 3500 Delikte – von 122 656 (1983) auf 119 125 (1984) – ist die Kriminalität in der „DDR" zurückgegangen. Jeweils im Statistischen Jahrbuch wird diese Statistik unter dem Stichwort „Rechtspflege" veröffentlicht. Danach kommen auf je 100 000 „DDR"-Bürger 715 Straftaten.

Vergleiche mit der Bundesrepublik – rund 7000 Delikte pro 100 000 Einwohner im Jahr 1983 – hinken allerdings. Politische Delikte werden überhaupt nicht aufgeführt, Bagatellfälle, die von sogenannten „Konfliktkommissionen" verhandelt werden, ebenfalls nicht.

Konstant an der Spitze der Kriminalitätsstatistik – rund 1000 Straftaten je 100 000 Einwohner – steht seit Jahren Ost-Berlin, wo es von 1982 auf 1983 eine Zunahme, 1984 im Vergleich mit 1983 jedoch wieder einen Rückgang gab. Auch die häufig mit Gerichtsurteilen verbundene Auflage für Wiederholungstäter, daß sie sich nach Strafverbüßung für einen bestimmten Zeitraum, meist zwischen einem und drei Jahren, nicht in Ost-Berlin aufhalten dürfen, hat Ost-Berlin nicht von der „Spitze" verdrängen können. Die wenigsten Straftaten wurden 1984 im thüringischen Bezirk Gera (529 pro 100 000) begangen.

Trotz des allgemeinen Rückganges ist in der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Der Schöffe" nachdrücklich gefordert worden, „die Wirksamkeit der gerichtlichen Tätigkeit zu erhöhen". Besondere Bedeutung komme dem „Schutz sozialistischer Errungenschaften" zu.

29 000 Diebstähle

Ein Hinweis darauf, daß in der Kriminalitätsstatistik „Diebstähle sozialistischen Eigentums (rund 21 000) und Betrug und Untreue zum „Nachteil sozialistischen Eigentums" (6700) nur von den Diebstählen schlechthin (29 000) und vorsätzlicher Körperverletzung (10 700) übertroffen werden.

Weil er sich an „sozialistischem Eigentum" vergriffen hat, stand kürzlich ein Kraftfahrer des VEB Spedition und Ferntransporte in Ost-Berlin vor dem Kadi. Beim Transport von Uhren hatte er sich allzu freigiebig aus den Kisten bedient. Er kam mit zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug davon, denn seine Behauptung, daß er die Kisten mit den Uhren schon offen und beschädigt übernommen habe, konnte ihm das Gericht nicht widerlegen.

Immer häufiger gehen „DDR"-Gerichte dazu über, Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die durch Vernachlässigung der Aufsichtspflicht Straftaten begünstigt haben. So wurde gegen einen Betriebsdirektor Anklage erhoben, weil aus einem Schrank 790 Mark an Prämiengeldern verschwunden waren. Die Strafanzeige gegen Unbekannt verlief im Sande, der oder die Täter ließen sich nicht ermitteln. Vorgeworfen wurde dem Betriebsdirektor, daß zu viele Leute an den Schlüssel herankommen konnten – „nach geltendem Recht aber hätte nur einer, höchstens zwei schlüsselberechtigt sein dürfen".

Das Urteil: Die Hälfte des Schadens muß der Angeklagte aus seiner Tasche bezahlen.

Lohntüte unterschlagen

„Sie war das Urbild der perfekten Sekretärin von korrektem Verhalten und zurückhaltendem Auftreten", schilderte die „Neue Zeit" eine 44jährige Angeklagte, Margot genannt. Stadt und Betrieb werden wohlweislich verschwiegen, um das „Opfer" nicht noch zum Schaden dem Spott auszusetzen.

Denn die Sekretärin hatte u. a. die Lohntüte ihres Generaldirektors unterschlagen. Mit der Vollmacht ausgestattet, jeweils zu Ultimo dessen Gehalt in Empfang zu nehmen, hatte sie einmal das Monatsgehalt einbehalten und die Aushändigung verweigert, als der Chef sein Gehalt anmahnte.

Der Griff zur Flasche hatte Margot straffällig werden lassen. Da ihr auch die Kasse der Betriebsgewerkschaftsleitung unterstand, konnte sie ihren finanziellen Engpaß über geraume Zeit lösen. Schaden 11 237 Mark, Urteil zwei Jahre und acht Monate Gefängnis.

Auch in der „DDR" werden Straftaten wegen viel geringerer Beute begangen. Zwei 18jährige standen kürzlich vor Gericht, die einen Mann brutal niedergeschlagen hatten, um an seine Brieftasche, Inhalt 160 Mark, zu gelangen. Auch sie erhielten mehrjährige Freiheitsstrafen.

Mit Bewährung und 2500 Mark Geldstrafe kam vergangenen Freitag ein 25jähriger Leipziger davon. Aus dem Ostberliner Tierpark hatte er mehrere Schlangen gestohlen, aber noch vor dem Verlassen des Zoos war er von einer Mitarbeiterin gestellt und der Volkspolizei übergeben worden . . .

Der Streit um 27 000 hessische Bürger

Nea. Mainz

Die „Heimkehr" der drei rechtsrheinischen, seit 1945 zu Hessen gehörenden Vororte Amöneburg, Kastel und Kostheim (abgekürzt AKK) ins linksrheinische Mainz wird allmählich zum bundespolitischen Zankapfel erster Ordnung. Jetzt droht sogar ein Konflikt zwischen Bundestag und Bundesrat.

Mit einer eigentlich nur winzigen Änderung des Grundgesetzartikels 29 wollen die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und den Grünen sowie 39 SPD-Abgeordnete den Weg für diese Heimkehr nach jahrelangen Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene endlich freimachen.

Aber das Land Hessen, dem durch diese Entscheidung nicht nur mehr als 27 000 Bürger, sondern auch drei Ortschaften mit steuerkräftiger Industrie verlorenzugehen drohen, hat die übrigen vier sozialdemokratischen Regierungschefs zu Hilfe gerufen. Man will im Bundesrat die Änderung des Grundgesetzes blockieren.

Mehrheit für Rückkehr

Die ersten Kommentare sind heftig. Sie nehmen keine Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. So bezeichnet der Mainzer SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Delorme – mit seinem CDU-Kollegen Johannes Gerster einer der Initiatoren der seltsamen AKK-Koalition im Deutschen Bundestag – die Blockadeankündigung durch seinen hessischen Parteifreund, den Leiter der Wiesbadener Staatskanzlei, Paul Leo Giani, als „heuchlerisch, parteiisch und einseitig". Das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Wenn erst einmal im Frühjahr 1986 der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit die Verfassungsänderung beschlossen habe, dann wolle man doch sehen, ob die SPD-Länder das tatsächlich offiziell zu verhindern versuchen.

Der Streit um die AKK-Vororte, der vor Jahren eher wie ein Mainzer Karnevalsulk begonnen hat, ist jedenfalls noch nicht zu Ende. Neben der Bundestagsinitiative, über die im Februar in erster Lesung beraten werden soll, wollen die Verantwortlichen der Aktion „Bürger für AKK" zur Sicherheit jetzt auch ihre Pläne für eine große Volksbefragung (sie soll im Juni stattfinden) wieder aufnehmen. Ihr Ergebnis ist kaum zweifelhaft.

Schon eine repräsentative Untersuchung eines Meinungsforschungsinstituts aus dem Jahre 1984 hatte unter den Einwohnern der AKK-Vororte eine 80prozentige Mehrheit für die Rückkehr nach Mainz ergeben. Kein Wunder: Die Türme der Mainzer Innenstadt sehen sie direkt jenseits des Rheins unmittelbar vor sich. Der Weg nach Wiesbaden, wozu sie seit 1945 gehören, ist fast zehn Kilometer weit.

Viele AKK-Bürger arbeiten in Mainz und schicken ihre Kinder in Mainzer Schulen. Wie weit auch das unterschiedliche politische Klima links und rechts des Flusses eine Rolle spielt, ist schwer abzuschätzen. Immerhin wird auch Mainz (wie neuerdings Wiesbaden) von einer SPD-Mehrheit regiert. Rechtsanwalt Herbert Coen, der Sprecher der AKK-Aktion, fürchtet nichts so sehr wie eine „falsche Politisierung des Streits – etwa nach dem Motto: 27 000 Bürger entfliehen der rot-grünen Hessen-Koalition. Damit hat unsere Sache gar nichts zu tun."

„Nicht opportun"

Auch die fünf SPD-Regierungschefs argumentieren im übrigen nicht parteipolitisch. Die ins Auge gefaßte „Heimkehr" der AKK-Vororte, so sagen sie, sei eindeutig eine Form der Länderneugliederung, die zur Zeit nicht opportun sei.

Tatsächlich läßt Art. 29, Abs. 7 kleinere Grenzkorrekturen zwischen zwei Bundesländern durch Staatsvertrag oder einfaches Bundesgesetz nur bei einer Größe bis zu 10 000 Einwohnern zu. Diese Möglichkeit soll durch die geplante Verfassungsänderung auf 30 000 erweitert werden. Um ganz deutlich zu machen, daß damit nur der Fall AKK gemeint sei und eine Ausdehnung zu einem „Flächenbrand" von Grenzkorrekturen quer durch das ganze Bundesgebiet ausgeschlossen sein soll, heißt es im Gesetzesantrag in Bundestagsdrucksache 10/4264, diese Erweiterung gelte nur dann, wenn dadurch die „nach dem 8. Mai 1945 verlorene Einheit einer Gemeinde" wiederhergestellt werde.

Rabin: Syrische Raketen können Konflikt auslösen

Aufstellung nahe der Grenze zu Libanon / Massive Aufrüstung

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Die Stationierung von Luftabwehrraketen an der syrisch-libanesichen Grenze könnte nach Ansicht des israelischen Verteidigungsministers Jitzhak Rabin einen Konflikt heraufbeschwören. Israel werde auch „künftig gegen Stützpunkte von Terroristen" im Bekaatal operieren. Diese Ziele befänden sich im Bereich jenes Gebietes, das die syrischen Raketenbatterien abdeckten. Die USA seien auf den Ernst der neuen Lage aufmerksam gemacht worden.

Zuvor hatte der syrische Staatsrundfunk mitgeteilt, Syrien werde keine Verletzung des eigenen und des libanesischen Luftraums durch israelische Aufklärungsflüge hinnehmen. Die Raketen-Krise zwischen Syrien und Israel hat damit eine neue Steigerung erfahren.

Die israelische Regierung hatte den Aufbau syrischer Raketenstellungen seit Ende November unter der stillschweigenden Voraussetzung hingenommen, daß die israelischen Aufklärungsflüge nicht behindert werden. Diese Luftaufklärung über Libanon wurde bisher auch von Damaskus als jahrelanges „Gewohnheitsrecht" akzeptiert.

Israelische Generäle ließen keinen Zweifel daran, daß die Luftwaffe trotz der Raketen weiter zur Aufklärung auch über den syrisch kontrollierten Teil des Libanon fliegen werde.

Für die Israelis ist diese Aufklärung wichtig, weil sie die Aktivitäten der prosyrischen Terrorgruppen in der Bekaa-Ebene und auch syrische Truppenverschiebungen registriert.

Zwei MiGs abgeschossen

Da die israelische Luftwaffe gelegentlich Stützpunkte der Terroristen bombardiert, ohne daß bisher die syrische Luftwaffe eingegriffen hätte, ist wahrscheinlich, daß die prosyrischen Terrorgruppen wie das „Generalkommando" von Jebril in Damaskus sich über die syrische Untätigkeit beschwert haben.

Die Raketen-Krise entwickelte sich nach dem Abschuß zweier syrischer MiG-23 durch die israelische Luftwaffe bei einem Luftkampf am 19. November, der sich von Ostlibanon nach Syrien hineinzog. Syrische Abwehrraketen traten damals nicht in Aktion.

Die Syrer hatten ihre Luftabwehrraketenbatterien im Libanon-Krieg 1982 verloren und später an der Grenze nicht wieder aufgebaut. Das war die Lehre aus der Niederlage gegen die Israelis, die an einem einzigen Tag im Juni 1982 66 syrische Maschinen abgeschossen und sämtliche Raketenstellungen ausgeschaltet hatten.

Israelische Militärs erklären, sie hofften, die Syrer würden die Fehler von 1982 nicht wiederholen und ihre Kampfkraft zu hoch einschätzen. Gerade das erscheint jedoch nach der massiven Aufrüstung der syrischen Streitkräfte durch die Sowjetunion möglich zu sein. Etwa 5000 sowjetische Berater arbeiten auf allen Ebenen innerhalb der Armee und Luftwaffe.

Drei neue Divisionen

Nach dem Libanon-Krieg hat der syrische Verteidigungsminister General Tlass drei neue motorisierte Divisionen aufgestellt. Die Hauptmacht der Armee mit 270 000 Mann ist zwischen den Golan-Höhen und Damaskus stationiert, die Truppe in Libanon wurde verringert. Zu den modernen T-72-Panzern haben die Sowjets Boden - Boden - Raketen vom Typ SS 21 geliefert, die mit ihrer Reichweite von 120 Kilometern israelische Flugplätze ausschalten sollen.

Obwohl die syrische Luftwaffe 120 MiG-23 und dreißig MiG-5 einsetzen kann, zu denen noch über 70 Kampfhubschrauber sowjetischer und französischer Typen kommen, gilt sie bei israelischen Fachleuten als unterlegen. Im Libanon-Krieg haben die Syrer praktisch eine Piloten-Generation verloren, und die neue ist – wie die Abschüsse am 19. November zeigten – noch ohne Kampferfahrung. Daß die Syrer ihre Raketenstellungen an der Grenze vorverlegten, zeigt nach israelischer Auffassung, daß sie der Abwehr durch die eigene Luftwaffe nicht trauen und lieber SAM-2 und mobile SAM-6 und SAM-8 einsetzen wollen.

Israelische Offiziere geben aber zu, daß der Einsatzwert der Armee in den letzten drei Jahren deutlich verbessert worden ist. Neue Führungssysteme, moderne Artillerie und bessere Munition machten die hart kämpfenden syrischen Soldaten zum stärksten Gegner Israels im arabischen Lager. (SAD)

Sein Einsatz in Afrika soll Japan auch im Westen Prestige einbringen

DORIS GRAY, Nairobi

Leise und nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Einfluß Japans auf dem Schwarzen Kontinent in den vergangenen Jahren zugenommen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe der Asiaten wird nicht – wie in der westlichen Welt – auch unter dem Aspekt von reiner Hilfeleistung gesehen, sondern ist rein wirtschaftlich und politisch motiviert. Ein Sprecher der japanischen Botschaft in Kenias Hauptstadt Nairobi, dem größten japanischen „Stützpunkt" in Afrika, sagt, daß die buddhistische Weltsicht keinen Gedanken der bedingungslosen Nächstenliebe enthalte wie die christliche Lehre. So ist die Entwicklungshilfe von der Regierung in Tokio initiiert, private Sachspenden kommen nur vereinzelt von religiösen Gemeinden.

Japan, dem selbst ein atemberaubender Sprung vom Entwicklungsland zu einem der Länder mit dem höchsten Bruttosozialprodukt gelungen ist, blieb bisher dennoch eine vollwertige Integration in die westliche Gemeinschaft verwehrt.

Mit verstärktem Einsatz in der Dritten Welt nun will Japan sich als in jeder Hinsicht gleichwertig mit den Vereinigten Staaten und Westeuropa erweisen. Mehr als 13 000 Freiwillige einer dem amerikanischen Peace Corps nachempfundenen Organisation arbeiten in Entwicklungsländern. Allein in Kenia und Malawi leisten mehr als jeweils 100 junge Männer und Frauen vorwiegend in ländlichen Gegenden technische und landwirtschaftliche Hilfe. Einige japanische Judolehrer arbeiten im Büro des kenianischen Präsidenten, andere bilden die hiesige Gefängnispolizei in den kriegerischen Künsten aus.

1983 hat Japan im Rahmen von bilateralen Abkommen 19 Millionen US-Dollar in Kenia investiert, die Bundesrepublik Deutschland zum Vergleich 29 Millionen. Damit steht Japan an achter Stelle in der Liste der Geberländer, die in Kenia von den Niederlanden und den Vereinigten Staaten angeführt wird. Die Bundesrepublik steht an fünfter Stelle.

Vor einigen Jahren hat der damalige Premierminister Suzuki angeordnet, die offizielle Entwicklungshilfe innerhalb von fünf Jahren zu verfünffachen. Neben den Asean-Ländern (Thailand, Philippinen, Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei), mit denen Japan traditionelle Beziehungen unterhält, ist Afrika für Japan ein wichtigerer Handelspartner als Südamerika (Brasilien ausgenommen).

Bereits seit 1958 ist Japan auf dem afrikanischen Kontinent vertreten. Heute unterhält Japan mit 46 der insgesamt 54 afrikanischen Staaten diplomatische Beziehungen. Japanischer Einfluß war grundlegend für den Aufbau der ostafrikanischen Fischindustrie. Auch die kenianische Textilindustrie war einst fest in japanischer Hand, bis die Regierung hier wenige Jahre nach der Unabhängigkeit die entsprechenden Fabriken verstaatlichte.

Und hier liegt das Dilemma japanisch-afrikanischer Zusammenarbeit. Unerfahren im Umgang mit Entwicklungsländern und deren ausgeprägtem Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit – auch wenn es auf Kosten der Effizienz geht – haben japanische Unternehmen beim Aufbau von Firmen geholfen, sie zum Erfolg geführt, um dann – wie zum Beispiel bei der Khanga (Textil) Industrie – Opfer der Verstaatlichung zu werden.

Die Regierung in Tokio scheint aus den Tiefschlägen gegen japanische Privatunternehmen in Afrika gelernt zu haben. So stimmt sie beispielsweise in Kenia alle Projekte mit der Regierung ab. Das Yomo-Kenyatta-College für Landwirtschaft und Technologie, unter japanischer Regie und mit japanischer Finanzierung erbaut, ist mit seinen jährlich 700 Studenten innerhalb von vier Jahren zu einer der wichtigsten Ausbildungsstätten in den entsprechenden Fachbereichen geworden.

In Kenia hat auch die japanische Handelsorganisation Jetro ihren afrikanischen Hauptsitz und erforscht den Markt für potentielle kenianische Exportgüter und die Entwicklung entsprechender Industrien. Außer mit Kenia hat Japan bilaterale Abkommen mit Tansania, Ghana, Zaire und Malawi. Lediglich mit Südafrika, einem potentiell interessanten Handelspartner für das rohstoffarme Inselland, tun sich die Asiaten schwer. Als „farbig" eingestuft, kommt ihnen dort der Rang von Bürgern zweiter Klasse zu.

Kolumbien ruft Botschafter zurück

rtr. Bogota

Kolumbiens Botschafter in Nicaragua, Abelardo Duarte, ist von der Regierung in Bogota zu Beratungen in sein Heimatland zurückberufen worden. Der kolumbianische Außenminister Augusto Ramirez Ocampo gab als Grund an, der Botschafter solle der Regierung bei der Aufklärung einer mutmaßlichen Beteiligung Nicaraguas an der Besetzung des Justizpalastes in Bogota durch Mitglieder der Untergrundorganisation M-19 helfen. Bei der Besetzung und anschließenden Erstürmung des Gebäudes durch Regierungstruppen waren mehr als 100 Menschen getötet worden.

Winnie Mandela festgenommen

DW. Johannesburg

Winnie Mandela, die Frau des zu lebenslanger Haft verurteilten südafrikanischen Nationalistenführers Nelson Mendela, ist gestern in ihrem Haus in der Schwarzen-Siedlung Soweto bei Johannesburg festgenommen worden. Am Vortag war sie von Polizisten gewaltsam aus der Wohnung gebracht worden, in der Nacht zum Sonntag aber dorthin zurückgekehrt. Die Festnahme erfolgte wegen Verstoßes gegen ihre Verbannung aus Soweto. Frau Mandela war nach einem Anschlag auf ihr Haus in dem Verbannungsort Brandfort nach Soweto zurückgekommen.

Walesa: Anklage wird vorbereitet

rtr. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa soll nach eigenen Angaben wegen Staatsverleumdung angeklagt werden. Wie der Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in Danzig erklärte, habe die Staatsanwaltschaft ihm schriftlich mitgeteilt, sie bereite eine Anklage vor. Dem polnischen Arbeiterführer wird vorgeworfen, über die Beteiligung an den „Wahlen" zum Sejm im Oktober Zahlen an die Öffentlichkeit gegeben zu haben, die erheblich unter den amtlichen lagen. Im Falle eines Schuldspruches drohen Walesa bis zu zwei Jahren Haft.

Haiti begehrt gegen die wirtschaftliche Not auf

Überdruß an der Duvalier-Dynastie / Neuer Krisenherd?

W. THOMAS, Port-au-Prince

Manche Häuserwände in Port-au-Prince trugen rebellische Aufschriften wie „Nieder mit der Diktatur" und „Es lebe die Freiheit". Jugendliche marschierten durch die Straßen der Provinzmetropolen und skandierten: „Schluß mit dem Hunger." Haitis Regierung verschärfte die Kontrollen, dekretierte Verhaftungen und proklamierte einen nationalen Trauertag. Die katholische Kirche ließ Trauermessen abhalten, zu denen die Gläubigen barfuß kamen – als Symbol für die Armut und das Elend.

Vier Tote bei Unruhen

Bei den Unruhen auf dem Inselstaat gab es vier Tote. In allen Teilen des Landes wurde gegen die Duvalier-Dynastie demonstriert. Obgleich Regierungssprecher betonen, die Situation sei wieder unter Kontrolle, sprechen Beobachter von einem „möglichen Warnsignal".

Gonaive, 40 000 Einwohner, 170 Kilometer nördlich der Hauptstadt Port-au-Prince gelegen, war der Ausgangspunkt dieser Protestaktionen, die dann auch auf andere Städte übergriffen.

Die Demonstrationen richteten sich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Noch immer erregt die Opposition das Referendum vom 22. Juli über eine neue Verfassung, bei dem sich Jean-Claude Duvalier nicht nur eine lebenslange Präsidentschaft bestätigen ließ, sondern auch das Recht, seinen Nachfolger zu bestimmen. Die Regierung verkündete eine 99prozentige Zustimmung. Ihre Gegner sprachen von einer „Farce". Das Ergebnis sei manipuliert worden – eine weit verbreitete Meinung. Die Opposition verlor ihre letzten Hoffnungen auf eine demokratische Öffnung und intensivierte ihre Aktivitäten.

Eine sich verschlimmernde Wirtschaftskrise begleitet das Klima der politischen Polarisierung. Haiti, das ärmste Land des amerikanischen Kontinents (durchschnittliches Jahreseinkommen liegt unter 600 Mark), ist noch ärmer geworden. Während sich die Vertreter der Regierungskaste neue Villen und deutsche Luxuslimousinen zulegen, wächst die Hungersnot in der Bevölkerung. In Gonaive, das in einer besonders ausgemergelten Region liegt, hatte sich bereits im vergangenen Jahr der Funke einer landweiten Hungerrevolte entzündet.

Noch nie spürte die Bevölkerung die Misere so sehr wie seit den Sommermonaten. Die Stromausfälle häufen sich, das Benzin wird immer knapper. Der Staat kann die Ölrechnungen nicht mehr zahlen. Im November mußte ein Texaco-Tanker mit der Hälfte seiner flüssigen Fracht Port-au-Prince wieder verlassen.

Diese Protestwelle verschärfte den Konflikt zwischen der Regierung und der katholischen Kirche, der einflußreichsten Oppositionsbewegung. „Radio Soleil", der wichtigste kirchliche Rundfunksender, hatte ausführlich über die Vorgänge in Gonaive und ihre Folgen berichtet. Das Unternehmen wurde geschlossen. Polizeichef Pierre erläuterte, „Radio Soleil" habe gegen die Verordnung verstoßen, die Unruhen nicht weiter zu erwähnen.

Aus ähnlichen Gründen stellten auch der katholischer Sender „Radio Ave Maria" und die baptistische Rundfunkanstalt „Radio Lumiere" ihre Sendungen ein. Die Regierung verordnete eine strikte Pressezensur. Zu den festgenommenen Personen – mehr als ein Dutzend Personen – gehört auch Hubert De Ronceray, einst Sozialminister und Unesco-Botschafter. Er hatte einen Brief von 34 Jugendführern veröffentlicht, die ihn aufforderten, einen landesweiten Streik gegen die Regierung zu organisieren.

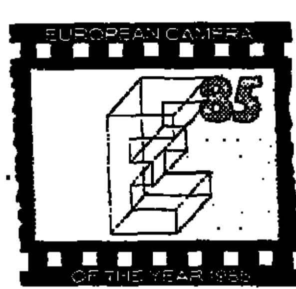
Washington besorgt

Jean-Claude Duvalier (34), der vor 14 Jahren von seinem verstorbenen Vater François Duvalier („Papa Doc") die Präsidentschaft übernahm, befindet sich heute in der schwierigsten Phase seiner Amtszeit. „Die Menschen fassen Mut, gegen die Misere zu demonstrieren", sagte Sylvio Claude, der Chef der kleinen christdemokratischen Partei. „Sie haben nichts mehr zu verlieren."

Obgleich Duvalier nach wie vor fest im Sattel sitzt, werden die Ereignisse aufmerksam von der Reagan-Regierung verfolgt, die Haiti mit einer jährlichen Wirtschaftshilfe von 53 Millionen Dollar über Wasser hält. In Washington ist man besorgt, es könnte ein neuer karibischer Krisenherd entstehen. (SAD)

DIE KAMERA DES JAHRES

Fachjournalisten internationaler Fotozeitschriften haben die Kamera des Jahres in Europa gewählt:



FOTOMAGAZIN / D
AMATEUR-PHOTOGRAPHER / GB
FOCUS / NL
FOTO / FILM & VIDEO / DK
FOTO / S
KAMERA LEHTI / SF
PHOTO CINE EXPERT / CH
PHOTO MAGAZINE / F
TUTTI FOTOGRAFI / I

Sieger 1985 ist die Minolta 7000. Das deutsche FOTO-Magazin dazu: „Die Minolta 7000 hat als erste Spiegelreflex-Kamera der Welt ein schnell funktionierendes und praktisch zu handhabendes Autofokus-System.
Und das bei einem sensationellen Preis-Leistungs-Verhältnis.

Damit stellt diese Minolta seit Jahren die erste Kamera-Innovation dar, die der Fotografie neue Anhänger bringen wird und den Spaß am Fotografieren garantiert."

Gute Gründe also, sich diesen neuen Preisträger genauer anzusehen. Oder besser: sehen wir mal durch.

Präzise und schnell stellt der Autofokus der Minolta 7000 jedes Motiv scharf. Bei jedem Licht, sogar bei Blitzaufnahmen. Mit jedem Objektiv der neuen AF = Autofokus-Reihe.

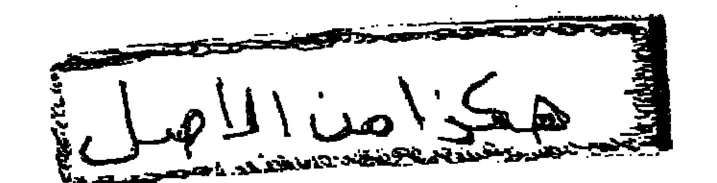
Genauso befreiend wirkt die andere Premiere der

7000

AF

AF 50mm 1:1.4

MINOLTA 7000



هكذا من الأصل

JARES 1985 IN EUROPA.

Minolta 7000: die neue Programm-Automatik. Diese stellt sich von selbst auf jede neue Brennweite ein – sogar beim Verstellen des Zoom-Objektivs.

Kein Wunder also, daß die neue Minolta einige tausend Kilometer entfernt, in Japan, einen weiteren hohen Preis gewann: den CAMERA GRAND PRIX '85.

Wenn Sie jetzt mehr über die Kamera wissen wollen, die als erste überhaupt diese beiden hohen Auszeichnungen für sich entscheiden konnte:

Ihr Fachhändler zeigt Ihnen die Minolta 7000 gern ausführlich.



MINOLTA CAMERA · D-2070 AHRENSBURG · BTX 20700

TENNIS / Nach der klaren Doppel-Niederlage sanken die Hoffnungen auf einen Sieg über die Schweden

- Michael Westphal verlor das erste Einzel – wie erwartet. Boris Becker glich gegen Edberg aus und ließ die deutsche Mannschaft wieder hoffen. Doch dann kam das Doppel, das drittkürzeste der Daviscup-Geschichte. Ist das deutsche Tennis wirklich schon absolute Weltklasse?
- Was lange verheimlicht werden konnte, wurde jetzt bekannt. Becker ist an der linken Hüfte verletzt. Zum Doppel wollte er gar nicht antreten, aber er mußte. Erste Zeichen dafür, daß der 18 Jahre alte Wimbledonsieger seine Kräfte in diesem Jahr doch etwas überstrapaziert hat?
- Der Deutsche Tennis-Bund hat in München zwischen fünf und sechs Millionen Mark eingenommen. Etwa eine Million verbleiben dem Verband. Was geschieht jetzt mit diesem Geld? Kann der frische Ruhm in naher Zukunft auf ein festeres Fundament gestellt werden?

Boris Becker wollte gar nicht spielen. Verletzung der Hüfte eine Folge der umjubelten Hechtsprünge am Netz?

DW./sid. München

Es war eines der kürzesten Doppel der Daviscup-Geschichte und der Beweis dafür, das die Erkenntnis von Claus Stauder, dem Präsidenten des Deutschen Tennis-Bundes, richtig ist: „Wir sind noch nicht Weltklasse." Am ersten Tag des Daviscup-Finales von München hatte Michael Westphal erwartungsgemäß gegen den Schweden Mats Wilander (4:6, 3:6, 8:10) verloren. Boris Becker glich zum 1:1 aus (von einigen Experten gar nicht erwartet), als er Stefan Edberg 6:3, 3:6, 7:5, 8:6 besiegte. Doch dann kam eben das Doppel – und die Chancen auf einen deutschen Sieg über Schweden sanken rapide.

Boris Becker und Andreas Maurer unterlagen 4:6, 2:6, 1:6 gegen Mats Wilander und Joakim Nystroem, die in Schweden hinter Edberg und dem erkrankten Anders Jarryd nur als zweitbestes Paar gelten. Nur zweimal zuvor gab es in der Geschichte des Wettbewerbs kürzere Doppel-Spiele: 1919 besiegten die Amerikaner Brooks/Patterson die Engländer Kingscote/Beamish 6:0, 6:0, 6:2. Und 1972 unterlag Beckers Manager Ion Tiriac für Rumänien an der Seite von Ilie Nastase 2:6, 0:6, 3:6 gegen die Amerikaner Smith/van Dillen. Bekker brachte die Enttäuschung (nur unverbesserliche Optimisten hatten aber auf einen Sieg des deutschen Paares gesetzt) in kurzen Worten auf den Nenner: „Die Schweden wurden immer besser – und wir schwächer." Maurer verlor fünf seiner sechs Aufschlagsspiele, auch Becker machte viele Fehler.

Der Wimbledonsieger allerdings hatte auch viel mit sich selbst zu tun. Nach dem Doppel wurde bekannt, was von der deutschen Mannschaftsführung seit Dienstag erfolgreich verheimlicht werden konnte: Becker litt unter einer Hüftverletzung. Trainer Günter Bosch: „Beim Training in Garmisch-Partenkirchen machte er eine Drehbewegung, wobei einige Muskelstränge auf dem linken Hüftknochen wohl zu stark gedehnt wurden." Mit Tabletten und Einreibungen wurde die Verletzung behandelt. Doch am Morgen vor dem Doppel, so Becker, „konnte ich kaum aus dem Bett aufstehen. Da ist eine Sehne, die springt mal rein mal raus." Er habe eigentlich gar nicht spielen wollen, „aber die haben mir gesagt: du mußt, wir haben keinen anderen."

An diesem Punkt setzt auch die grundsätzliche Kritik von Günter Bosch an: „Die Verantwortlichen müssen sich Gedanken machen um ein optimales Team. Normalerweise muß ein Ersatzspieler ein Doppelspieler sein. So hatten wir keine andere Möglichkeit, Boris auch verletzt in das Match zu schicken."

Zeigt sich hier schon eine gewisse Überbelastung des 18 Jahre alten Wimbledonsiegers? Mannschaftsarzt Professor Josef Keul, bereits am letzten Dienstag nach München geholt, stellt die Frage, ob sich nicht in Bekkers Hüftgelenk die Folgen des vielen Trainings und Spielens auf harten Zement- und Asphaltböden zeigen. Sind gar die spektakulären Hechtsprünge von Becker Schuld? John McEnroe sagte bereits: „Eines Tages wird Bekker von selbst damit aufhören. Oder er wird sich etwas brechen."

Das finanzielle Fazit des Spektakels von München könnte einfach lauten: Nichts genaues weiß man nicht. Unter dem Strich wird für den Deutschen Tennis-Bund (1,7 Millionen Mitglieder) bei einem Umsatz zwischen fünf und sechs Millionen Mark etwa eine Million übrigbleiben. Im Vorjahr belief sich die entsprechende Zahl auf rund 250 000 Mark. Im Kampf gegen den Abstieg in die B-Gruppe gegen das international drittklassige Rumänien. Aber vor dieser Zahl stand ein Minuszeichen.

Claus Stauder, Doktor der Jurisprudenz aus Essen, Besitzer einer Privatbrauerei und Präsident des DTB, drückt es verständlicherweise diplomatisch aus: „Genaue Zahlen kann man wirklich erst nach der exakten Abrechnung bekanntgeben."

Im großen Geschäft um den kleinen Ball ist der jahrelang nur durch seine Damen international akzeptabel vertretene DTB ausgerechnet durch sein Herrenteam in den Mittelpunkt gerückt und zum Großverdiener geworden. Großen Anteil daran hat Boris Beckers Manager Ion Tiriac, der für das Finale verpflichtet wurde, um das Ereignis zu vermarkten. Der in letzter Zeit wegen seiner Geschäftstüchtigkeit oft angefeindete Rumäne wurde von Stauder ausdrücklich gelobt: „Er hat sehr gute Arbeit geleistet, mit unseren Möglichkeiten hätten wir das in den zwei Monaten seit dem Frankfurter Halbfinale nicht gekonnt."

Auf die ständige Frage, wo das ganze Geld denn bleibe, antwortet Stauder so wie ein unvorbereiteter Lotto-Gewinner: „Es hat schon sehr viele Überlegungen gegeben." Sicher ist, daß der DTB 1986 zunächst einmal seinen derzeit 17köpfigen Mitarbeiter-Stab in der Zentrale in Hannover aufstocken wird. „Zahlenmäßig wird das jedoch nach dem Tagesgeschäfts des Alltags ausgerichtet", sagt Stauder, „und nicht von der Utopie, daß wir etwa nun alljährlich ein Daviscup-Finale erreichen."

Bereits seit November wird eine Gruppe von Juniorinnen mit Bundestrainer Hackauf in die große Tenniswelt geschickt. An eine Kopie des oft zitierten „Schweden-Modells", das mit der jährlichen Unterstützung eines Baukonzerns (450 000 Mark) den heutigen Björn Borg-Erben den beharrlichen Aufstieg in die Weltspitze ermöglichte, denkt der DTB weniger.



Der wuchtige Davis-Pokal ist schon etwas in den Hintergrund gerückt. In fast hilfloser Geste hockt Kapitän Wilhelm Bungert vor den deprimierten Andreas Maurer und Boris Becker FOTO: MÜLLER

Geschafft: Der Händedruck zwischen Joakim Nystroem (links) und Mats Wilander. Die beiden sind auch privat unzertrennlich, sie wohnen zusammen in Monte Carlo in dem Haus, in dem auch Boris Becker wohnt. FOTO: AP

Vorsicht mit dem Begriff Weltklasse. Der Ruhm hat einen wackligen Boden

Von H. J. POHMANN

Genüßlich atmeten sie während des Daviscup-Finales die Luft der großen, weiten Tennis-Welt ein. Hunderte von Offiziellen des Deutschen Tennis-Bundes und seiner 14 Landesverbände labten sich an der Atmosphäre einer gut organisierten Veranstaltung von Weltniveau. Deutschlands Tennis dank Boris Becker internationale Spitze?

Solch Denken ist gefährlich und kann fatale Folgen haben. Wilhelm Bungert, Kapitän der deutschen Mannschaft, sieht es da schon realistischer. Nach dem Doppel sagte er: „Heute haben wir unsere Grenzen klar aufgezeigt bekommen."

Davon muß eines unberührt bleiben: Auch und gerade nach diesem Finale muß die Leistung der Mannschaft vorbehaltlos anerkannt werden. Sie hat sich gesteigert und mit dem notwendigen Glück (USA im Viertelfinale ohne McEnroe und Connors, danach die CSSR nur mit einem verletzten Lendl) für wohltuende Überraschungen gesorgt. Doch all dieser frische Ruhm hat einen wackligen Untergrund. Unberührt von dieser Einschränkung ist lediglich Boris Becker, dessen konstante Leistungen über jeden Zweifel erhaben sind.

Aber nun muß die Diskussion über die Zukunft beginnen. Michael Westphal, Hans-Jörg Schwaier und Andreas Maurer, darüber gibt es keinen Zweifel, werden auch weiterhin das Gerippe der deutschen Mannschaft bilden. Aber schon hier muß festgestellt werden, daß alle drei ihren Leistungszenit mehr oder weniger erreicht haben. Das reicht aus, die deutsche Mannschaft weiter zur A-Gruppe der 16 weltbesten Nationen gehören zu lassen. Das reicht auch aus, daß die drei vielleicht auch einmal unter die besten 30 der Welt vordringen. Damit können sie leben, es verdient auch Respekt.

Aber, bitte, bitte: Von einem allgemeinen Spitzenniveau des deutschen Tennis sollte niemand reden, allein schon deshalb nicht, weil die Spieler vor diesem Anspruch geschützt werden müssen.

Der DTB ist gerade in der jetzigen Situation aufgefordert, sich nicht auf den zugeflogenen Lorbeerblättern auszuruhen. Er muß mit seinen nun wohlgefüllten Kassen versuchen, den Anschluß an Schweden und an die CSSR zu finden. Die Nachfolge-Generation der deutschen Spieler erscheint mit Ricky Osterthun, Tore Meinecke, Udo Reglewski und weiteren Talenten, die zwischen 19 und 20 Jahre alt sind, fast schon zu alt, um das „Wunder der Schweden" zu kopieren. Seitdem Björn Borg in Schweden als große Leitfigur auftauchte, ist ein knappes Jahrzehnt vergangen, ehe die Mannschaft ihr heutiges Format erreichen konnte.

- WELT-Kommentator **Hans-Jürgen Pohmann** hat 23 Daviscup-Spiele für Deutschland bestritten. Zusammen mit Jürgen Faßbender bildete er lange Zeit das wohl letzte eingespielte deutsche Doppel.

Finale im Daviscup

Das soll nicht heißen, daß die oben erwähnten deutschen Talente vom DTB nicht mehr unterstützt werden sollten. Im Gegenteil, sie und weitere talentierte Nachwuchsleute müssen alle Chancen erhalten, um für den notwendigen Unterbau im deutschen Tennis zu sorgen. Es gibt in Deutschland genügend ehemalige Grand-Prix-Spieler, die in der Lage sind, junge Leute auf der internationalen Bühne zu betreuen und zu führen. Der Anfang mit Karl Meiler als Junioren-Coach in Australien ist gemacht. Dabei sollte das weltfremde Denken, nur Trainer mit dem erforderlichen Diplom seien geeignet, der Vergangenheit angehören. In der internationalen Turnierszene feiern ehemalige Aktive wie Niki Pilic (Daviscup-Coach), Tony Roche (mit Ivan Lendl), Tony Pickard (Stefan Edberg) und Hans Anders Sjögren (Mats Wilander) als Praktiker die großen Erfolge.

Es wäre jetzt auch ungerecht, allein Andreas Maurer nach der klaren Doppel-Niederlage zu kritisieren. Zum einen erwischten die Schweden mit ihrer enormen Beweglichkeit und ihren offensiven Returns einen glänzenden Tag, zum anderen spielen die beiden Deutschen einfach zu wenig miteinander, so daß kaum Harmonie entstehen kann. Darüber hinaus kam es in München zu der Situation, in der Becker psychisch nicht mehr in der Lage war, seinem Partner über kritische Situationen hinwegzuhelfen. Aber was soll's, in dieser Saison spielten Maurer/Becker im Daviscup gegen die USA und die CSSR so gut, wie es kaum jemand erwarten durfte. Und vorläufig scheint auch keine Alternative in Sicht.

Aber die beiden sind auch keine Dauerlösung. Wo sind die Doppel-Pläne der Jugendtrainer und der Cheftrainer? Wo sind die geplanten Sichtungen und Lehrgänge? Was das Doppel betrifft: Stärker kann das Versagen eines Verbandes gar nicht sein. In den letzten neun Jahren wurden in 21 Spielen 13 verschiedene Kombinationen eingesetzt. Dabei gibt es durchaus gute Doppel-Talente, zum Beispiel Tore Meinecke, der zusammen mit Becker schon Jugend-Weltmeister war.

Es bleibt nicht viel Zeit zum Handeln, wenn der Boom des Jahres 1985 genutzt werden soll.

„Ein Fall für zwei" noch vor Becker

DW. München/Stockholm

Einen Kampf verlor Boris Becker schon am Freitag, obwohl er Stefan Edberg bezwingen konnte – den Kampf um die Gunst der Fernsehzuschauer. Sein Spiel sahen in Deutschland 14,81 Millionen Menschen (40 Prozent der Haushalte). Überflügelt aber wurde er von der ZDF-Krimiserie „Ein Fall für zwei", die 18,16 Millionen (48 Prozent) sahen. Immerhin: Nur 34 Prozent Sehbeteiligung hatte das letzte Spiel der Fußball-Nationalmannschaft. Und es war die zweithöchste Einschaltquote bei einer Tennisübertragung in der Geschichte des deutschen Fernsehens. Übertroffen nur von den 44 Prozent bei Michael Westphals Marathon-Spiel gegen Smid im Daviscup-Halbfinale gegen die CSSR. Westphals Niederlage gegen Wilander am Freitag nachmittag sahen 7,9 Millionen (34 Prozent).

Schwedische Reaktionen

Als beispiellose Leistung in der schwedischen Daviscup-Geschichte bezeichnen die Sonntags-Zeitungen in Stockholm den Sieg des Doppels Joakim Nyström/Mats Wilander im Münchner Daviscup-Finale über Boris Becker und Andreas Maurer. Stolz über die Leistung der eigenen Spieler, aber auch Mitleid mit den Gegnern wird in der schwedischen Presse zum Ausdruck gebracht.

„Dagens Nyheter": „Unser Reservepaar Wilander/Nyström, über dessen Klasse viele unsicher waren, übernahm sofort das Kommando über das Match und verwandelte es in ein blau-gelbes Happening. Für die Zuschauer in der Halle wurde die einseitige Vorstellung natürlich zu einem schmerzhaften Erlebnis. Der einzige Trost: Sie mußten nur kurz leiden. Die Deutschen waren weder gut eingespielt noch individuell in Form. Vor allem brach Maurer unter dem Druck immer mehr zusammen, und im Schlußsatz wurde es sogar für uns zur Pein, Zeuge eines hoffnungslosen Spiels zu sein."

„Sydsvenska Dagbladet": „Das Ein-Mann-Team Becker erwies sich als nicht ausreichend zur Bewältigung der Doppelaufgabe. Boris sah die Hoffnungslosigkeit seines Unterfangens im zweiten Satz ein, als Maurer erneut seinen Aufschlag verloren hatte. ‚BB' gab auf. Die Doppelsieger zeigten mit Nachdruck die enorme Breite an der Spitze des schwedischen Tenniswunders."

„Arbetet": „Andreas Maurer war wohl der ungeeignetste Spieler, der jemals in einem Daviscup-Finale aufgetreten ist. Nichts funktionierte bei ihm, und so mancher fragte sich, ob die beiden deutschen Spieler einander jemals vorher getroffen hatten. Die Deutschen gewannen elf Bälle im zweiten und neun im dritten Satz."

„Svenska Dagbladet": „Schwedens Tennis hat trotz aller Erfolge selten derart imponiert wie beim Doppel in München. Das einfallsreiche und effektive Zusammenspiel von Wilander und Nyström war wunderbar anzusehen. Boris Becker kämpfte zu Beginn hart, gab aber wenig später auf und zeigte statt dessen Proben einer unsportlichen Haltung, die bei ihm zeitweise dominiert."

Am Freitag abend schlachtete auch das schwedische Fernsehen heilige Kühe in seinem Programm. Es verschob – bisher schier unmöglich – die 21.00-Uhr-Nachrichten. Edbergs Spiel gegen Becker wurde live bis zum Schluß übertragen.

Wegwerfware

Der schnelle Nadelfilz-Boden, der den deutschen Spielern (besonders Boris Becker) helfen sollte, kann jetzt nicht mehr benutzt werden. Eine schwäbische Firma verlegte das rund 80 000 Mark teure gute Stück auf eigene Kosten. Und damit der Boden nicht verrutschte – wie in den peinlichen Szenen des Halbfinales von Frankfurt gegen die CSSR – wurde er fest auf einer eigens für 55 000 Mark aufgewalzten Asphaltschicht verklebt und kann nicht mehr abgelöst werden. Der Teppichboden von Frankfurt, den eine schwedische Firma geliefert hatte, konnte dagegen weiter verwendet werden.

Geringes Fernseh-Honorar

Der Deutsche Tennis-Bund, durch die Einnahme von Eintritts- und Werbegeldern Großverdiener, steht in einer Sache schlecht da: Von den Fernsehgesellschaften erhält er im Vergleich zur Länge der Sendezeiten ein geringes Honorar. Für das ganze Jahr 1985 standen ihm lediglich 300 000 Mark zu. Diese Summe ist Inhalt eines Globalvertrages, den ZDF und ARD mit den deutschen Sportverbänden insgesamt ausgehandelt haben. Nur Fußball- und Eishockey-Verband haben eigene Verträge. Und für ein Fußball-Länderspiel von 90 Minuten Länge müssen die Fernsehanstalten denn auch 250 000 Mark bezahlen ...

Zitat zum Wochenende

„Egal wie das hier ausgeht, Weihnachten findet in jedem Fall statt."

Rodica Bosch, die Frau des Trainers von Boris Becker.

Bosch: „Boris war schon immer schwierig. Er ist ein positiver Dickkopf"

CLAUS GEISSMAR, München

War es die Verletzung oder die Enttäuschung über die klare Niederlage im Doppel? Boris Beckers Verhalten am Samstag abend bereitete Mannschaftskollegen und Funktionären des Deutschen Tennis-Bundes Kopfschmerzen. Der Wimbledonsieger hatte keine Lust, im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF, das direkt aus München gesendet wurde, zu erscheinen (auch die komplette schwedische Mannschaft fehlte). Er drohte sogar: „Wenn Westphal da hingeht, werde ich am Sonntag nicht spielen." Schließlich ließ er sich doch umstimmen und war (wie Westphal, Maurer und Schwaier auch) ein eher mürrischer und ungewohnt wortkarger Gesprächspartner. Nach kurzer Zeit verschwanden die Spieler wieder in ihren Hotelzimmern, zurück blieb nur Mannschaftskapitän Wilhelm Bungert.

Während der ZDF-Sendung aus dem Hotel „Vier Jahreszeiten" wurde Becker auch öffentlich gerügt – von Berthold Beitz, dem Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees. Beitz auf die Frage, was für ihn das Bemerkenswerteste an den ersten beiden Daviscup-Tagen gewesen sei: „Das Reklamieren von Boris Becker bei dem Linienrichter im Doppel." Becker (und viele Zuschauer) hatte da einen Ball im Aus gesehen, den der Linienrichter als Punkt für die Schweden anerkannte. Becker selbst erklärte sein Verhalten damit, daß er den Linienrichter um Aufklärung seiner Gesten gebeten habe. Durch eine spontane Handbewegung des Jungen habe er zunächst den Eindruck erweckt, als sei der Ball im Aus gewesen. Becker: „Ich habe ihn gefragt, ob er ein Deutscher sei." Der umstrittene Ball war deshalb so wichtig, weil er beim Stande von 5:4 zum Satzball für die Schweden und danach zum Verlust des ersten Satzes für Becker/Maurer führte.

WELT-Mitarbeiter Claus Geissmar sprach mit Beckers Trainer Günter Bosch über seinen Schützling. Über die Vorbereitung auf das Daviscup-Finale und über seine Verletzung.

WELT: Herr Bosch, war es einfach, Boris Becker durch dieses Daviscup-Finale zu führen?

Bosch: Nein. Viele halten Boris für einen einfachen Menschen. Das ist er nicht. Schon als junger Spieler war er immer sehr schwierig. Sein erstes Wort ist immer „Nein". Dann kommt die Phase, in der man ihn vom Gegenteil überzeugen muß. Wenn ich das geschafft habe, dann steht er voll auf meiner Seite.

WELT: Unterscheidet ihn das von anderen Spielern?

Bosch: Ja, sehr. Andere Spieler sagen sofort zu ihrem Trainer „Ja, ja", und dann tun sie doch, was sie wollen. Das gibt es bei Boris nicht. Wenn wir uns beide darauf geeinigt haben, daß eine veränderte Entscheidung richtig ist, dann tut er hundertprozentig, was er tun soll. Aber vorher habe ich es eben nicht leicht. Ich bezeichne ihn daher inzwischen als einen positiven Dickkopf. Wir müssen uns immer erst zusammenraufen. Dann allerdings ist seine Loyalität total.

WELT: Millionen Zuschauer an den Fernsehgeräten waren sehr bewegt von einer Geste nach dem Sieg über Stefan Edberg. Da rannte Boris Becker zu Ihnen und umarmte Sie durch das Auffangnetz hindurch ...

Bosch: Das hat auch mich sehr gerührt. Und ich will Ihnen auch sagen warum. Einmal, weil es eine so spontane, vom Herzen kommende Geste war, die zu unserem festen inneren Verhältnis gehört. Und zum anderen, weil wir beide wußten, daß dies einer der wichtigsten Siege in seiner bisherigen Karriere war. Wir haben nicht viel darüber gesprochen, aber Tatsache ist, daß wir uns drei Wochen lang in einem tiefen sportlichen Tal befunden haben. Nach der Niederlage in der ersten Runde in Australien entstand für Boris ein enormer psychischer Druck. Er hatte vor dem Münchner Finale keine Gelegenheit mehr, sich in einem Match unter Wettkampfbedingungen zu beweisen. Und nun mußte er gleich im ersten Spiel gegen den Sieger von Australien antreten. Der Erfolg von Boris war eine ganz große und ganz wichtige Leistung von ihm.

WELT: Und was haben Sie ihm vor dem Match gegen Wilander gesagt?

Bosch: Wilander schlägt meisterhafte Passierbälle. Hinzu kommen seine hervorragenden Lobs. Trotzdem mußte Boris angreifen. Es kam nur darauf an, die richtigen Augenblicke dafür zu erspüren. Und wegen der Gefahr, überlobt zu werden, konnte Boris nicht voll nach vorn durchlaufen, sondern mußte einen verzögernden Zwischenschritt in der Mitte machen, damit das Feld hinter ihm gedeckt blieb.

WELT: Hat die Verletzung, von der plötzlich und erst nach dem Doppel die Rede war, noch eine Rolle gespielt?

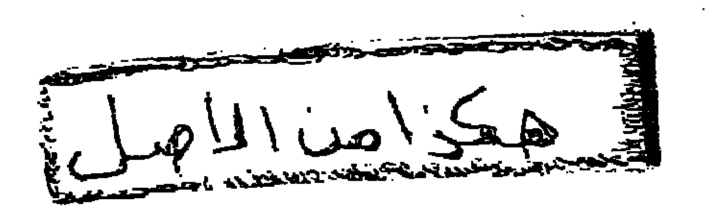
Bosch: Nein, er hatte sie ja schon seit mehreren Tagen. Er hat vor dem Match gegen Wilander nichts mehr gespürt. Es war eine Ultraschallbehandlung gemacht worden. Vor allem haben aber auch die Tabletten gewirkt, die uns unser Orthopäde verschrieben hatte. Er hat eine Tablette zum Frühstück und eine zweite dreißig Minuten vor Spielbeginn geschluckt. Danach war alles in Ordnung.

WELT: War die nervliche Belastung vor dem Match gegen Wilander genauso groß wie vor dem Spiel gegen Edberg?

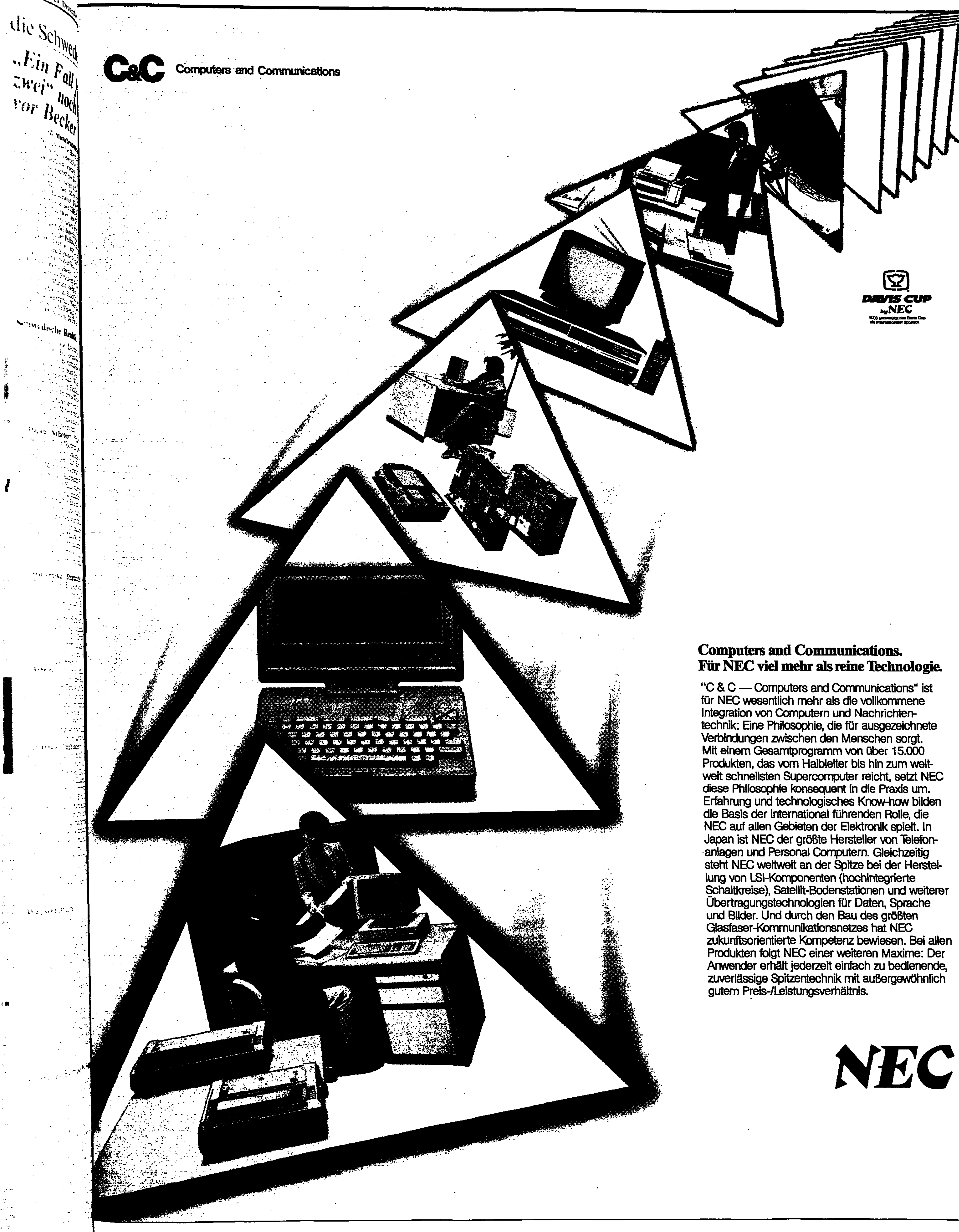
Bosch: Ja, denn nun hatte Boris auch noch die Aufgabe, ein 2:2 für die Mannschaft zu retten. Er sagte zwar immer, daß er beim Spiel nicht mehr so aufgeregt ist. Das liegt aber nur daran, daß wir die ganze Nervenbelastung auf die Stunden vor dem Match verlagern. Da lasse ich ihn toben und schimpfen, zum Beispiel, wenn er sich ein oder zwei Stunden vor dem Spiel einschlägt. Danach ist die nervöse Energie verbraucht, die ihn später im Match stören könnte.

WELT: Trainer-Vater Bosch und sein Tennis-Stiefsohn haben also doch eine totale Harmonie erreicht, die Voraussetzung aller Erfolge ist und bleibt?

Bosch: Eigentlich sollte Boris diese Frage lieber selbst beantworten. Aber von den Schwierigkeiten abgesehen, die ich Ihnen geschildert habe und um die mich keiner beneiden sollte, möchte ich doch sagen: Ja, ich bin zufrieden. Daß sich Boris so gut leiten läßt, liegt daran, daß ich ihn nicht als Spieler, sondern immer als Menschen anspreche. Das ist der Grundstein unseres so guten Verhältnisses und sicher auch weiter der Schlüssel zum Erfolg.



هكذا من الأصل



NEC Business Systems (Deutschland) GmbH
Klausenburger Straße 4, 8000 München 80 Tel.: 0 89-93 20 41

NEC Electronics (Europe) GmbH
Oberrather Straße 4, 4000 Düsseldorf 30 Tel.: 02 11-65 03 01

NEC Electronics (Germany) GmbH
Oberrather Straße 4, 4000 Düsseldorf 30 Tel.: 02 11-65 03 02

NEC Home Electronics (Europe) GmbH
Wiesenstraße 148,4040 Neuss 1 Tel.: 0 21 01-27 80

DFB-VEREINSPOKAL / Im Halbfinale sind die vier Bundesligaklubs jetzt nur noch unter sich

Schalke führte schon 2:0 in Stuttgart, doch das anschließende Zaudern rächte sich bitter: 2:6

ERGEBNISSE

Sandhausen – Dortmund	1:3	(1:1)
Stuttgart – Schalke	6:2	(1:2)
Ulm – K'lautern	3:4	(2:2)

DIE SPIELE

Sandhausen – Dortmund 1:3 (1:1)

Sandhausen: Feldmann – Helfrich – Menges, Sautr – Emmerling, Löw (72. Kumpf), Rupp, Becker, Skoruppa – Dais, Nathmann (66. Rith). – **Dortmund:** Immel – Pagelsdorf – Hupe, Kutowski – Huber, Zorc, Bittcher, Raducanu, Anderbrügge (46. Schüler) – Wegmann, Hrubesch (69. Loose). – **Schiedsrichter:** Jupe (Mühltal). – **Tore:** 1:0 Dais (2.), 1:1 Zorc (9.), 1:2 Wegmann (57.), 1:3 Bittcher (60.). – **Zuschauer:** 11 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Helfrich, Huber.

Stuttgart – Schalke 6:2 (1:2)

Stuttgart: Roleder – Zietsch – Schäfer, K.-H. Förster – Hartmann (58. Nushöhr), Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson (86. Schlegel), Müller – Klinsmann, Pasic. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Schipper (76. Schatzschneider), Roth (67. Opitz) – Kleppinger, Jakobs, Dierßen, Hartmann, Thon – Regenbogen, Täuber. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 0:1 Hartmann (3.), 0:2 Hartmann (40.), 1:2 Allgöwer (41.), 2:2 Allgöwer (50.), 3:2 Zietsch (58.), 4:2 Pasic (85.), 5:2 Klinsmann (88.), 6:2 Allgöwer (89.). – **Zuschauer:** 17 200. – **Gelbe Karten:** Zietsch, Allgöwer, Schipper, Täuber (2), Dietz, Dierßen.

Ulm – K'lautern 3:2 (2:2, 1:0) n. V.

Ulm: Richter – Nickel – Steer, Berti, Simon – Kohnle, Schmidt, Weiß, Rieker (62. Birner) – Sorg (81. Martin), Spies. – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Majewski, Melzer – Spielberger (95. Wolf), Eilenfeldt (52. Moser), Brehme, Geye – Wuttke, Allofs, Schupp. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 1:0 Kohnle (37.), 1:1 Wuttke (59.), 1:2 Spielberger (69.), 2:2 Birner (73.), 2:3 Moser (105.), 2:4 Wolf (108.), 3:4 Birner (119.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karte:** Steer.

VORSCHAU

Der deutsche Pokal

Im Halbfinale des 43. Wettbewerbs um den Vereinspokal des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ist die Bundesliga am 25./26. März 1986 unter sich. Bevor die Runde der letzten vier Teams am 18. Januar 1986 ausgelost wird, kommt es wahrscheinlich am gleichen Tag (möglich ist auch der 21. oder 22. Januar) des neuen Jahres noch zu einem Viertelfinal-Nachholspiel zwischen dem 1. FC Kaiserslautern und Bayern München. Da das Stadion in Kaiserslautern mit 34 000 Besuchern ausverkauft sein wird, wäre eine Live-Übertragung im Fernsehen denkbar.

Der 1. FC Kaiserslautern benötigte in der Hängepartie des Achtelfinales beim Amateur-Oberligaklub SSV Ulm eine Verlängerung (4:3), um gegen den Meister aus München spielen zu können. Der FC Bayern hatte am vergangenen Mittwoch die Achtelfinal-Wiederholung gegen Bochum mit 2:0 gewonnen.

Neben Dortmund (3:1-Sieger in Sandhausen) und dem VfB Stuttgart (6:2 über Schalke 04) hatte sich bereits am vergangenen Donnerstag der SV Waldhof Mannheim durch einen 1:0-Erfolg bei Bayer Leverkusen für das Halbfinale qualifiziert. Das Endspiel findet am 3. Mai 1986 im Berliner Olympiastadion statt.

*

Mit den zwei Nachholspielen Bochum gegen Köln und Mannheim gegen Nürnberg vom 17. Spieltag nimmt die Bundesliga am 18. Januar 1986 wieder ihren Spielbetrieb auf. Am 20. Januar (15.30 Uhr) steht der komplette 20. Spieltag auf dem Programm.

Frankfurt – Düsseldorf	(1:0)
Kaiserslautern – Nürnberg	(1:3)
Dortmund – Köln	(0:2)
Leverkusen – Hamburg	(3:1)
Bremen – Saarbrücken	(1:1)
Gladbach – Hannover	(3:2)
München – Schalke	(1:0)
Bochum – Mannheim	(1:4)
Stuttgart – Uerdingen	(4:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

BERND WEBER, Stuttgart

So ist das nun einmal beim Fußball, der Absturz erfolgt oftmals gerade dann, wenn man sich auf dem Höhenflug wähnt. Und wie so häufig in diesen Fällen entscheiden nicht Können und Tüchtigkeit über Sieg oder Niederlage, sondern ganz einfach der Umstand, daß das Glück und das Pech sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite nicht Balance gehalten haben. Unter dem Strich aber zählt nur das Ergebnis – und das ist eindeutig: Die Schalker, die sich nach einer 2:0-Führung bereits am Ziel ihrer Wünsche sahen, wurden jäh aus allen Träumen gerissen und verloren ihr Viertelfinal-Pokalspiel beim VfB Stuttgart noch mit 2:6.

Stuttgarts Trainer Otto Baric sprach später vom „Glück des Tüchtigen", das seine Mannschaft gehabt habe. Recht hatte er. Denn es war für ihn und für die 17 500 Zuschauer im Neckarstadion in der Tat imponierend mit anzusehen, mit welcher Kraft, mit welcher Entschlossenheit sich der VfB dem Rückstand und dem vermeintlichen K.o. entgegenstemmte. Schalke-Trainer Diethelm Ferner beklagte das Pech, daß seinen Spielern förmlich an den Füßen geklebt habe. Und Recht hatte auch er.

Denn vor und nach dem 2:0 hatte seine Mannschaft gleich mehrere Großchancen, die Gastgeber, die psychisch angeschlagen wirkten, nachdem Guido Buchwald in der 15. Minute einen Foulelfmeter neben das Tor gesetzt hatte, gänzlich auf die Verliererstraße zu drängen. Doch Schalke zauberte nur und zauderte, das rächte sich.

Und vollends verloren die Schalker die vorher so fein gesponnenen Fäden aus der Hand, als auch Schiedsrichter Norbert Brückner aus Darmstadt in einer möglichen Schlüsselszene gegen sie war. In der 58. Minute, da stand es 2:2, flankte Ralf Regenbogen den Ball präzise in die Mitte und Klaus Täuber köpfte ihn wuchtig ins Netz. Dem Torjubel folgte das Entsetzen, Brückner erkannte den Treffer nicht an. Ferner schimpfte: „Eine unmögliche Entscheidung. Ich weiß



Der Ball im Netz, und der Schalker Spieler Kleppinger fischt ihn wieder heraus. FOTO: GES

nicht, was der Schiedsrichter da für eine Unkorrektheit gesehen haben will." Brückner zur WELT: „Mein Linienrichter hat mir angezeigt, daß der Ball zwar geschlagen wurde, bevor er die Torauslinie überschritten hatte, daß er aber im Flug eindeutig hinter der Linie war." Praktisch im Gegenzug brachte Libero Rainer Zietsch den VfB per Kopfball in Führung, danach wurden die konstanierten und wütend angreifenden Schalker geradezu klassisch ausgepokert.

Mit Ovationen wurden die Stuttgarter in die Kabinen und gleichzeitig in den Weihnachtsurlaub verabschiedet. Niemand genoß den brausenden Beifall so sehr wie ihr Trainer Otto Baric. „Ich habe hier zuletzt", so Baric zur WELT, „fast ein Spießrutenlaufen mitmachen müssen. Ich habe mich maßlos geärgert über die Kritik, mit der man über mich hergefallen ist. Richtig aber ist, daß ich die Leistung meiner Mannschaft stabilisiert habe, nachdem sie in der letzten Saison nur als Tabellenzehnter abgeschlossen hatte. Unsere Perspektiven für das neue Jahr sind gut. Wir haben Chancen auf einen UEFA-Cup-Platz, und wir sind jetzt im Pokal in der Runde der letzten Vier." Seinen Lieblingsausdruck „maximal" mochte Baric zwar noch nicht wieder strapazieren, aber so meinte er: „Wenn man mich hier in Ruhe arbeiten läßt, und das bezieht sich überhaupt nicht auf den Verein selbst, sondern ausschließlich auf dessen zuweilen hysterisches Umfeld, werden wir noch viel Spaß miteinander haben."

Der wie gesagt, war den Schalkern vergangen. Schatzmeister Ingo Westen, den nach wie vor Verbindlichkeiten von rund zwei Millionen Mark drücken, ärgerte sich noch gestern maßlos über den Einbruch der Schalker Mannschaft. In dieser Form habe er einfach passieren dürfen. Daß er vielleicht Folge der Vorstandsquerelen sei, die in der vergangenen Woche für einige Turbulenzen am Schalker Markt gesorgt haben, stellte Westen freilich massiv in Abrede. Westen: „Bei uns ist die Luft wieder völlig rein." In erster Linie habe Präsident Hans-Joachim Fenne, der im Alleingang und hinter dem Rücken von Manager Rudi Assauer den Ex-Schalker, Ex-Dortmunder Spieler Rolf Rüßmann als dessen Nachfolger verpflichten wollte, dazu beigetragen. Fenne führte vor ein paar Tagen ein klärendes Gespräch mit Assauer und sprach ihm uneingeschränkt das Vertrauen aus. Auch aus der Schalker Mannschaft kamen Stimmen, daß der Ärger in der Vorstandsetage keinen Einfluß auf das Debakel im Neckarstadion gehabt habe. Abwehrspieler Matthias Schipper: „Wir haben vor dem Spiel noch einmal deutlich gemacht, daß wir mit Assauer am besten zusammenarbeiten können und das es überhaupt keinen Grund dafür gegeben hätte, ihn gegen Rüßmann auszutauschen."

Gleichwohl, viele in Gelsenkirchen haben die Vertragsverlängerung um zwei Jahre mit einer gehörigen Portion Skepsis aufgenommen. Für sie war der Pokal-K.o. Wasser auf ihre Mühlen. Das erscheint durchaus verständlich: Seit der Manager vor fünf Jahren sein Amt in Schalke angetreten ist, hat er für Spielereinkäufe insgesamt 7,5 Millionen Mark ausgegeben. Die Gegenleistung dafür bestand in erster Linie aus Mittelmaß. Bei der letzten Jahresahauptversammlung ist Assauer deswegen heftig kritisiert worden. Und ganz aktuell hat der Traditionsklub solche Zuschauernöte, daß er eine Reduzierung der Eintrittskartenpreise diskutieren will.

Gegen Ulm zeigte Kaiserslautern „viel Blödheit"

dpa/sid, Ulm

Sie haben tapfer gekämpft, die wackeren Amateure – doch zum Schluß setzten sich doch wieder die Bundesliga-Klubs durch. Nach 120 Minuten und dem glücklichen 4:3 (2:2, 0:1)-Sieg in der Verlängerung hatte der 1. FC Kaiserslautern den SSV Ulm 1846 besiegt und das Viertelfinale erreicht. Mit 3:1 (1:1) über den SV Sandhausen erkämpfte sich Borussia Dortmund den Einzug ins Halbfinale.

„So viel Blödheit auf einem Haufen habe ich noch nie gesehen. Da haben sich einige schon im Winterurlaub gewähnt. So etwas lasse ich mir nicht bieten – und das Präsidium auch nicht. Darüber wird noch gesprochen." Hannes Bongartz, der 34jährige Trainer des 1. FC Kaiserslautern, reagierte beim Anschlußtreffer der Ulmer zum 3:4 in der Verlängerung mehr als sauer über die Berufsauffassung seiner Profis, die erst nach vielen Mühen und ebenso vielen Schrecksekunden gewinnen konnten. Bongartz hatte seine Mannschaft wohl bereits nach den ersten 45 Minuten aufgegeben: „In der ersten Halbzeit habe ich nicht gedacht, daß wir in Ulm überhaupt noch ein Tor machen können."

Die 8000 Zuschauer im Ulmer Donau-Stadion begleiteten indes ihre Mannschaft mit stehenden Ovationen in die Kabine. Spielertrainer Werner Nickel: „Mit ein bißchen Glück hätten wir ein Wiederholungsspiel in Kaiserslautern erreichen können, aber von der Belastung her wäre das keine gute Sache für uns gewesen." Das Ziel der Ulmer lautet nämlich: sofortiger Wideraufstieg in den bezahlten Fußball und nicht etwa – Sieg im DFB-Pokal.

Selbst Siege in der Fußball-Provinz sind für die Nerven der Dortmunder Bundesliga-Profis nunmehr wie Balsam. Als sie beim baden-württembergischen Oberliga-Verein SV Sandhausen 3:1 (1:1) gewonnen hatten, sagte Trainer Pal Csernai: „Nach zwei Niederlagen in der Bundesliga brauchten wir ein solches Erfolgserlebnis. Zumal der Unterschied von der Oberliga zur Bundesliga gar nicht mehr so groß ist. Die engagierten Amateure können einem das Leben mindestens in einem solchen Spiel schon schwer genug machen."

Um ein Haar hätte Slobodan Jovanic seinem einstigen Lehrmeister Pal Csernai denn auch eins ausgewischt. 1975 hatte Jovanic beim damaligen badischen Verbandstrainer Csernai die Trainer-Lizenz erworben, zehn Jahre danach brachten seine Sandhausener Amateure die Profis aus Dortmund an den Rand einer Niederlage.

Besonders der großen Chance von Markus Löw in der 54. Minute trauerten die 11 000 Besucher aus dem 13 000 Einwohner zählenden Sandhausen lange nach. Freistehend vergab Löw vor dem Dortmunder Torhüter Immel und verpaßte die 2:1-Führung. Außerdem: „Das 1:0 für uns in der 2. Minute ist eigentlich zu schnell gefallen", sagte Sandhausens Trainer Jovanic, dessen Mannschaft zuvor die Zweitligaklubs Union Solingen und Blau-Weiß Berlin sowie den FC Wangen ausgeschaltet hatte, „denn die Chance, daß wir von Dortmund unterschätzt würden, war damit nicht mehr gegeben."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division. 22. Spieltag: Southampton – Nottingham 3:1, Birmingham – Chelsea 1:2, Coventry – Everton 1:3, Liverpool – Newcastle 1:1, Luton – West Ham 0:0, Manchester United – Arsenal 0:1, Sheffield – Manchester City 3:2, Tottenham – Ipswich 2:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 40:13 Tore/49 Punkte, 2. Liverpool 46:21/45, 3. West Ham 39:20/45, 4. Chelsea 36:23/44. – **„DDR"-Pokal,** Viertelfinal-Rückspiele: Rostock – Dynamo Berlin 2:3, Jena – Lok Leipzig 2:4 n. Elfmeterschießen, Nordhausen – Union Berlin 2:1, Dresden – Karl-Marx-Stadt 5:1 n. V. – **Freundschaftsspiel:** Recklinghausen – Bayern München 2:6.

VOLLEYBALL

Vier-Länder-Turnier der Damen in Sindelfingen: Deutschland – Kuba 3:1. – **Bundesliga,** Damen: Oythe – Augsburg 3:2. – Nachholspiel: Vilsbiburg – Rüsselsheim 3:2. – **Internationales Turnier der Herren** in Haarlem/Holland: Deutschland – Kanada 3:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 14. Spieltag: Leverkusen – Düsseldorf 56:116, München – Köln 82:65, Heidenheim – Porz/Hennef 58:70, Barmen – Osterfeld 68:66. – Herren, 15. Spieltag: Bamberg – Langen 101:68, Charlottenburg – Osnabrück 89:70, SSV Hagen – Köln 79:58, Gießen – Göttingen 62:64, Oldenburg – Bayreuth 67:93, Leverkusen – TSV Hagen 72:68. – Tabelle: 1. Düsseldorf 28:0, 2. München 20:8, 3. Barmen 20:8, 4. Osterfeld 16:12, 5. Porz/Hennef 10:18, 6. Leverkusen 8:20, 7. Köln 6:22, 8. Heidenheim 4:24.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Hofweier – Kiel 14:20, Weiche-Handewitt – Gummersbach 26:18, Düsseldorf – Großwallstadt 16:17, Dortmund – Göppingen 24:12, Schwabing – Reinickendorf 26:18. – Tabelle: Großwallstadt 20:2, 2. Essen 18:4, 3. Schwabing 17:5, 4. Kiel 16:8, 5. Düsseldorf 13:9, 6. Gummersbach 13:9, 7. Weiche-Handewitt 12:10, 8. Dortmund 10:12, 9. Günzburg 8:14, 10. Frisch Auf Göppingen 8:14, 11. Dankersen 8:14, 12. Lemgo 6:16, 13. Hofweier 5:17, 14. Reinickendorf 2:22. – **B-Weltmeisterschaft** der Damen, Finale: „DDR" – Ungarn 25:18. – Spiel um Platz 3: Deutschland – CSSR 22:20. – Endstand: 1. „DDR", 2. Ungarn, 3. Deutschland, 4. CSSR, 5. UdSSR, 6. Norwegen, 7. Polen, 8. Rumänien, 9. Frankreich, 10. Bulgarien.

RINGEN

DMM, Endrunde, 5. Kampftag, Gruppe A: Wiesental – Aschaffenburg 23,5:16, Schifferstadt – Reilingen 30:9. – Tabelle: 1. Schifferstadt 8:2, 2. Wiesental 6:4, 3. Aschaffenburg 4:6, 4. Reilingen 2:8. – Gruppe B: Aldenhoven – Urloffen 30,5:7,5, Aalen – Witten 21,5:18,5. – 1. Witten 8:2, 2. Aalen 8:2, 3. Aldenhoven 2:8, 4. Urloffen 2:8.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Heusenstamm – Steinhagen 4:9, Düsseldorf – Berlin 9:0, Saarbrücken – Bremen 9:2, Grenzau – Jülich 5:9, Reutlingen – Altena 9:4. – Nachholspiel: Frankfurt – Saarbrücken 9:7. – Tabelle: 1. Saarbrücken 18:2, 2. Grenzau 14:6, 3. Düsseldorf 14:6, 4. Steinhagen 13:7, 5. Jülich 12:8, 6. Reutlingen 11:7, 7. Altenau 10:8, 8. Bremen 4:16, 9. Berlin 2:18, 10. Heusenstamm 0:20. – **ETTU-Pokal,** Herren, Viertelfinale: Komperdell Wien – Grenzau 1:5. – **Bundesliga,** Damen: Frankfurt – Saarbrücken 9:7, Großen-Linden – Donauwörth 3:9, Frankfurt – Donauwörth 9:2, Großen-Linden – Saarbrücken 4:9. – Tabelle: 1. Frankfurt 20:0, 2. Kaiserberg 16:2, 3. Reinickendorf 13:5, 4. Saarbrücken 13:5, 5. Soest 10:8, 6. Donauwörth 6:14, 7. Ahlem 5:11, 8. Kleve 4:12, 9. Stuttgart 3:15, 10. Großen-Linden 0:18.

SKI NORDISCH

12. Langlauftage von Davos, Herren, 15-km-Lauf: 1. Grünenfelder (Schweiz) 37:24,9 Min., 2. Aunli 38:14,2, 3. Monsen (beide Norwegen) 38:15,7, 4. Wassberg (Schweden) 38:19,6, 5. Vanzetta (Italien) 38:22,9, 6. Langli (Norwegen) 38:47,5, ... 20. Anzenberger 39:33,8, ... 49. Schneider 41:00,0, ... 54. Kuß 41:13,5, ... 56. U. Zipfel (alle Deutschland) 41:14,4. – **Nordische Kombination** in Tarvis/Italien: 1. Geir Andersen (Norwegen) 427,055 Punkte, 2. Weinbuch 423,990, 3. Müller 419,205, 4. Moseler (Italien) 418,210, 5. Boegseth 417,295, 6. Espen Andersen (beide Norwegen) 414,530, 7. Schaad 413,530, 8. Glanzmann (beide Schweiz) 413,500, 9. Tscherjakow (UdSSR) 412,340, 10. Pohl 412,450, ... 16. Wucher 403,225, ... 20. Kramer 401,830, ... 29. Donauburger 389,860, ... 30. Schwarz 389,735, ... 37. Heumann 377,430, ... 41. Schmidt 370,795, ... 44. Fleig (alle Deutschland) 365,165. – **Damen,** 5-km-Lauf: 1. Opitz 14:02,9, 2. Jacob 14:22,5, 3. Kuhfittig (alle „DDR") 14:24,5, 4. Kratzer (Schweiz) 14:28,5, 5. Mlakar (Jugoslawien) 14:28,1, 6. Nestler („DDR") 14:32,8, ... 14. Kohlrusch 14:48,4, ... 20. Jäger 15:11,5, ... 24. Baumgarten 15:18,6, ... 28. Bilgeri 15:42,0, ... 35. Roth 16:07,4, ... 37. Tecker 16:12,9, ... 39. Rombach 16:17,4, ... 41. Bodenmiller (alle Deutschland) 17:37,8.

BIATHLON

Alpencup in Pontresina/Schweiz: 10-km-Sprint: 1. Roetsch 26:04 Min., 2. Jacob (beide „DDR") 26:54, 3. Passler (Italien) 27:05, 4. Wirth 27:11, 5. Goethel (beide „DDR") 27:13, 6. Veltschikov (Bulgarien) 27:14, ... 8. Fritzenwenger 27:21, 9. Höck 27:23, 10. Eder, ... 13. Hiemer 27:42, 14. Angerer 27:47, ... 20. Fischer (alle Deutschland).

SKI ALPIN

3. **Weltcup-Slalom,** Herren, in Kranjska Gora/Jugoslawien: 1. Petrovic (Jugoslawien) 1:44,83 Min., 2. Nilsson (Schweden) 1:45,63, 3. Stangassinger (Österreich) 1:46,92, 4. Pramotton (Italien) 1:47,63, 5. Frommelt (Liechtenstein) 1:47,90, 6. Julen (Schweiz) 1:48,30, ... 15. Wasmeier (Deutschland) 1:50,13. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Girardelli (Luxemburg) 80 Punkte, 2. Müller (Schweiz) 70, 3. Wirnsberger (Österreich) 65, 4. Petrovic 62, 5. Nilsson 57, 6. Alpiger (Schweiz) und Krizaj (Jugoslawien) je 55, ... 18. Wasmeier 26, ... 25. Wildgruber 18.

BOXEN

Bundesliga, Amateure, 1. Kampftag, Gruppe Süd: Leonberg – Eichstätt 16:16, Landshut – Frankfurt 13:13. – Gruppe Nord: Flensburg – Ahlen 10:15, Leverkusen – Mülheim 13:13.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: 1. Baxter (K. Woodburn), 2. Orphelino, 3. Aquamarin, Toto: 184/34, 16, 94, ZW: 640, DW: 31 312, 2. R.: 1. Lord Quadicio (A. Tylicki), 2. Askuri, 3. Nikata, Toto: 40/13, 12, 21, ZW: 88, DW: 748, 3. R.: 1. Alombardo (P. Remmert), 2. Nereda, 3. Clary, Toto: 32/20, 22, 16, ZW: 1036, DW: 10 512, 4. R.: 1. Overa (Am. Frl. V. Furler), 2. War o'Khan, 3. Altaich, Toto: 100/38, 14, 21, ZW: 592, DW: 2552, 5. R.: 1. Olschowsky (A. Sofley), 2. Silberkaiser, 3. Oststern, Toto: 56/18, 13, 38, ZW: 236, DW: 4284, 6. R.: 1. Alphard (A. Tylicki), 2. Carioca, 3. Ti Rex, Toto: 44/18, 22, 16, ZW: 400, DW: 2792, 7. R.: 1. Chopper (Frl. M. Diedrichsen), 2. Openair, 3. Bentos, Toto: 60/34, 214, 54, ZW: 3176, DW: nicht getroffen, 8. R.: 1. Only Second (J. C. Dettori), 2. Kalpurnia, 3. Wetterhexe, Toto: 92/22, 15, 17, ZW: 612, DW: 6484, 9. R.: 1. Boden (Am. F. Gossen), 2. Remy Martin, 3. Fritzchen, Toto: 180/38, 26, 30, ZW: 696, DW: 59 160, 10. R.: 1. Cirk (Frl. M. Diedrichsen), 2. Barinella, 3. Innovator, Toto: 36/15, 18, 21, ZW: 160, DW: 680.

RODELN

Weltcup in Olang, Südtirol, Herren-Einsitzer: 1. Huber 1:51,812 Min., 2. Hiltgartner 1:51,948, 3. Raffel (alle Italien) 1:52,454, 4. Schettel 1:52,476, ... 9. Hackl (beide Deutschland) 1:52,990. – Doppelsitzer: 1. Raffel/Huber 1:15,119, 2. Helmut und Walter Brunner (Italien) 1:15,324, 3. Schwab/Staudinger 1:15,427, ... 6. Ilsanker/Hackl (alle Deutschland) 1:15,786. – **Damen-Einsitzer:** 1. Rainer (Italien) 1:53,518, 2. Göllner (Österreich) 1:53,944, 3. Oberhuber (Italien) 1:54,252, ... 5. Bilgeri (Deutschland) 1:55,363. – Stand im Weltcup, Einsitzer: 1. Huber 60 Punkte, 2. Hiltgartner 54, ... 5. Schettel 43, ... 7. Hackl 36. – Damen, Einsitzer: 1. Rainer 30, 2. Göllner 25, 3. Doyon (Kanada) 16, ... 7. Bilgeri 8.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 9, 17, 36, 37, 44, Zusatzzahl: 12. – **Spiel 77:** 5 0 7 2 5 4 4. – **Glücksspirale,** Endziffern: 7, 96, 109, 6969, 79114, 449626. – Los-Nummer: 0245070, 4256088, 9717768. – Prämienziehung: 728284, 257726, 158529. – Schlußziehung: 03871. (Ohne Gewähr)

SKI NORDISCH

Weinbuch zum Auftakt zufrieden

dpa, Tarvis

Das Duell im Weltcup der Nordischen Kombination zwischen Weltmeister Hermann Weinbuch aus Berchtesgaden und Titelverteidiger Geir Andersen aus Norwegen geht auch in diesem Winter weiter. Zum Auftakt gewann der Norweger in Tarvis (Italien) den schwierigen 15-km-Langlauf, nachdem er tags zuvor Zweiter beim Springen gewesen war. Weinbuch wurde in der Gesamtwertung schließlich Zweiter vor dem Oberstdorfer Thomas Müller.

Sprunglauf-Bester Hans-Peter Pohl aus Schonach holte sich nach einem starken Rennen als Zehnter die ersten sechs Weltcup-Punkte.

„Für den Anfang der Saison bin ich sehr zufrieden", sagte Doppel-Weltmeister Weinbuch. „Ich bin zwar einmal recht nahe an Andersen herangekommen. Aber ich habe noch nicht die Stabilität, das Tempo durchzuhalten, besonders nicht bei dieser schweren Strecke und dem hohen Tempo, das wir alle gegangen sind." Besonders Thomas Müller legte ein fast unglaubliches Tempo vor und verbesserte sich vom 13. Platz nach dem Springen auf Rang drei.

Mit einem enttäuschenden 14. Platz beendete Peter Angerer (Hammer) den Biathlon-Sprint über 10 km beim Alpencup in Pontresina (Schweiz). Dafür plazierten sich vier Athleten des Deutschen Skiverbandes (DSV) noch vor Angerer: Der 24jährige Tobias Lindner (Willingen) belegte mit 45 Sekunden Rückstand (ohne Strafrunde) auf den Sieger Frank Peter Roetsch aus der „DDR" den 7. Platz vor Herbert Fritzwenger (Ruhpolding) und Stefan Höck (Benediktbeuren). Auch Gottfried Hiemer (Peiting) als 13. lag noch vor Peter Angerer, der sich durch dri Fehlleistungen im Schießen um ein besseres Resultat brachte.

SKI ALPIN / Ein Jugoslawe ist in dieser Saison der große Star im Weltcup-Slalom – Wasmeier 15.

Rok Petrovic, erst 19 Jahre, aber nervenstark

dpa/sid/DW., Kranjska Gora

Ein Jubelsturm von 25 000 jugoslawischen Zuschauern trug Rok Petrovic in Kranjska Gora zum Sieg. Es war in diesem Winter nun schon der zweite Erfolg für den 19jährigen Jugoslawen in einem Weltcup-Slalom. Petrovic siegte vor dem schwedischen Weltmeister Jonas Nilsson und den Österreicher Thomas Stanggassinger. Einziger Deutscher im Klassement war Riesentorlauf-Weltmeister Markus Wasmeier, der als Fünfzehnter einen Weltcup-Punkt erkämpfte.

Das Gastspiel des alpinen Skizirkus auf dem hartgefrorenen Slalomhang bein Kransjka Gora, unweit des österreichischen Villach, gestalteten die Jugoslawen zum Volksfest mit Würstlständen und Slibowitz. Die bisherigen Erfolge der jugslawischen Slalom-Spezialisten Petrovic und Krizaj, der in Sestriere und Madonna die Campligio jeweils Zweiter war, hatten schließlich die Stimmung erwartungsvoll angeheizt. Und der junge Petrovic bewies dabei außerordentliche Nervenstärke. Die sportliche Regie brachte das Duell der beiden Slalomsieger dieses Winters: Nilsson mußte unmittelbar vor Petrovic starten.

Als der blonde Schwede Bestzeit erzielt hatte, mußte auch der athletische Jugoslawe mit vollem Risiko attackieren. Sein Triumph versetzte seine Landsleute in riesengroße Begeisterung. Petrovic: „Die Stimmung der Zuschauer war toll. Wer siegen will, muß auch etwas riskieren."

Drei Slalom-Weltcup-Rennen gab es in diesem Winter, zwei davon gewann Rok Petrovic. Was nicht allzu überraschend ist. Denn der Aufstieg des 19jährigen Laibachers vollzog sich überaus zielstrebig.

Bereits 1981, mit 15 (!) Jahren, wurde Petrovic bei den Junioren-Weltmeisterschaften Sechster im Riesentorlauf. Ein Jahr später verbesserte er sich in dieser Disziplin bei den Junioren-Titelkämpfen auf Platz vier. Wiederum ein Jahr drauf, nunmehr 17 Jahre alt geworden, steigerte sich Petrovic im Riesentorlauf erneut um einen Platz und wurde Dritter. Im Spezialslalom aber holte er sich den Weltmeistertitel der Junioren.

In der Saison 1983/84 startete Petrovic dann im Europa-Cup, das ist jene internationale Serie, die dem alpinen Ski-Nachwuchs den späteren Auftritt im Weltcup vorbereiten soll. Der Start von Rok Petrovic im Europa-Cup war allerdings ein Reinfall, und gar nicht eines aufstrebenden Stars und eines in Fachkreisen schon gebührend gefeierten Talentes würdig: Er wurde nur 72. Doch Petrovic hielt sich mit einem anderen Titel schadlos: Mit dem des Balkan-Champion im Riesentorlauf und Spezial-Slalom.



Slalom-Star Rok Petrovic aus Jugoslawien: drei Weltcup-Rennen, zwei Siege. FOTO: AP

Im letzten Winter placierte sich Petrovic bei den Weltmeisterschaften in Bormio (Italien) im Riesentorlauf als Siebenter – und alle jugoslawischen Hoffnungen ruhten fortan auf ihm. Zuvor, im Winter 1984, hatte außerdem Jure Franko in Sarajewo für Jugoslawien die erste Medaille bei Olympischen Winterspielen geholt – er war Zweiter im Riesentorlauf geworden. Mit ihm, mit Bojan Krizaj, dem blonden Slowenen, und mit dem großen Talent Rok Petrovic schien der jugoslawische Ski-Verband auf einmal drei Stars von außergewöhnlichem Format zu besitzen.

Doch im Spätherbst, kurz bevor die Skirennläufer zum abschließenden Gletschertraining vor der neuen Saison aufbrachen, sah es gar nicht mehr rosig für den jugoslawischen Skisport und die drei Stars Franko, Petrovic und Krizaj aus. Franko war in die USA und in die Schweiz gereist, um sein ständige Schmerzen verursachendes Knie untersuchen zu lassen. Das Ergebnis: Jure Franko mußte noch vor Beginn der ersten Rennen mit dem Skisport aufhören. Das defekte Knie war nicht mehr heilbar.

Rok Petrovic wiederum wurde in der Nähe seiner Heimatstadt Laibach – ohne eigenes Verschulden – in einen schweren Verkehrsunfall verwickelt, bei dem ein Passant zu Tode kam. Petrovic bat den Verband um Bedenkzeit. Denn mit dem Gedanken, Ski-Rennen zu fahren, konnte er sich angesichts der Tatsache, einen Menschen mit dem Auto getötet zu haben, nicht anfreunden.

Und dann waren da noch die Atteste der Ärzte: In ihen stand, daß die Rückenmuskulatur des muskulösen Rok Petrovic völlig überentwickelt sei und deshalb zu schmerzhaften Beschwerden führe. Würde er überhaupt starten können? Rok Petrovic startete, und zwar gleich mit einem Weltcup-Sieg im italienischen Sestriere.

1,76 m ist er groß, 72 kg schwer. Und wenn es darum geht, sich deutsch, englisch, italienisch oder französisch zu verständigen, ist er obendrein so etwas ist wie der Dolmetscher im jugoslawischen Team. Mit seiner aggressiven Fahrweise ist er nun auch schon der Publikumsliebling an den Slalom-Hängen.

Deshalb machen auch die Manager der jugoslawischen Skifirma Elan Jagd auf ihn. Denn der Jugoslawe Rok Petrovic startet für die französische Marke Rossignol.

OLYMPIA / Die Vorstellung von Samaranch:

Tennisspieler nach Seoul

sid, München

„Wir müssen alle Sportorganisationen der Welt unter dem Olympia-Schirm vereinigen", sagte Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), nach dem Abschluß eines Kooperationsvertrages mit IANOS in München. Für die Internationale Versammlung der Nationalen Sportorganisationen (IANOS) unterzeichnete der australische Vorsitzende Wayne Reid ein Abkommen im Bereich „Sport für alle" und schuf damit die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit beim Weltkongreß „Fundamente des Sports für alle" vom 9. bis 12. März 1986 in Frankfurt.

Die drei Tage des Münchener Davis-Pokal-Finales nutzten die olympischen Sportführer zu weitreichenden sportpolitischen Gesprächen. Juan Antonio Samaranch und der deutsche IOC-Vizepräsident Berthold Beitz erlebten in München Tennis-Lust und politische Arbeit.

Neben dem Vertrag mit IANOS verhandelten Samaranch und Beitz mit der Europäischen Fernseh-Union (EBU) über die Olympia-Sendungen 1988, ohne indes in finanzielle Details zu gehen. Gleichzeitig wurde mit dem Südkoreaner Un Yong Kim, dem Vize-Präsidenten des Olympischen Organisations-Komitees von Seoul, der 10. Februar 1986 als Unterzeichnungstermin des Fernseh-Vertrages zwischen Seoul und der US-Fernsehgesellschaft NBC vereinbart.

Die Südkoreaner, so mußte Samaranch in München erfahren, sind immer noch unzufrieden mit dem 300-Millionen-Dollar-Vertrag. Durch Verzögern der Unterschrift haben sie ihre olympische Position allerdings nicht verbessert. Es herrschte in München kein Zweifel darüber, daß am 8./9. Januar 1986 in Lausanne bei den neuen Gesprächen zwischen Nord- und Südkorea über „grenzüberschreitende Olympia-Wettbewerbe 1988" die Südkoreaner wohl Zugeständnisse machen müssen, wenn dies gewünscht wird.

Berthold Beitz räumte in einem Interview mit Vorurteilen und falschen Vorstellungen auf. Die Quintessenz seiner Ausführungen: Die Olympischen Spiele können heute ohne das große Geld nicht mehr durchgeführt werden. Die offenen Spiele werden über den Athleten-Kodex wahrscheinlich 1992 kommen. Die olympische Bewegung steht stärker denn je da. Der angeblich internationale Führungsanspruch des IOC ist genauso ein Schlagwort wie der bislang vermißte sogenannte Demokratisierungsprozeß. Mit den internationalen Fachverbänden und den Nationalen Olympischen Komitees hat das IOC enge Kontakte, um die Einheit des Sports zu dokumentieren: „Deshalb braucht nicht jedes NOK ein Mitglied im IOC zu haben. Das IOC kann in seiner heutigen Struktur seine Probleme bewältigen."

Über die Kommerzialisierung der Spiele sagte Juan Antonio Samaranch, daß die Vermarktung schon deshalb notwendig sei, weil das IOC sich nicht allein auf die amerikanischen Fernsehgelder stützen dürfe. „Diese machen 85 Prozent unseres Etats aus", sagte Samaranch, der keinen Zweifel daran ließ, daß er bestrebt ist, die besten Tennisspieler der Welt zu den Olympischen Spielen zu holen. Samaranch: „Unser Ziel ist klar, es müssen die Besten teilnehmen. Ich bin sicher, daß Willi Daume als Vorsitzender der IOC-Zulassungskommission eine Lösung finden wird, die alle befriedigt."

Eine sehr schlechte Prognose stellte Samaranch dem Boxen: „Diese Sportart ist einfach zu gefährlich und gesundheitsschädigend."

FUSSBALL

Lummer macht sich für Projekt „FC Berlin“ stark

dpa, Berlin

Das vom Berliner Fußball-Verband (BFV) seit einiger Zeit betriebene Projekt der Gründung eines „FC Berlin“ mit dem Ziel, Berlin durch eine Konzentration der Kräfte wieder in die Bundesliga zu bringen, erhielt Unterstützung durch den Berliner Innensenator und Bürgermeister Heinrich Lummer. Zur Begründung eines Vermittlungsangebots zwischen Verband und Vereinen der Stadt betonte der CDU-Politiker, die Bürger hätten ein Recht auf Unterhaltung und Ausgleich in ihrer Freizeit.

Deshalb, so Lummer, sei die Frage zu stellen, „inwieweit Kommune und Verbände optimale Bedingungen zu schaffen haben, damit sich die Vereine entfalten und die Nichtaktiven an ihren Leistungen erfreuen können?“ Konkret sei zu überlegen, „ob nicht die Preise für die Spiele beispielsweise eines FC Berlin gesenkt werden könnten“. Außerdem stünden Mittel der Spielbank zur Verfügung, „die bei der Bildung eines Spitzenklubs sicher einen guten Start ermöglichen würden“.

Es sei jedoch Eile geboten, damit die im März durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) anstehenden Lizenzierungsverfahren „nicht das endgültige ‚Aus‘ des Berliner Spitzenfußballs bringen“. Ein Versuch des Berliner Fußball-Verbandes, die Zweitliga-Vereine Tennis Borussia, Hertha BSC und Blau-Weiß 90 sowie den Amateur-Oberligaklub SC Charlottenburg für das Projekt zu interessieren, scheiterten an den Vereinsinteressen. Eine neue Gesprächsrunde ist für Mitte Januar geplant.

HANDBALL / Bronze für Damen bei der B-WM

Abstand zwischen Ost und West geschrumpft

dpa, Hannover

Grenzüberschreitender Jubel in Deutschland Ost und West, Wut und Enttäuschung bei der UdSSR – nach elf Tagen B-Weltmeisterschaft in 26 niedersächsischen Städten steht die Handball-Welt der Frauen auf dem Kopf. „Wir sind Dritter und Weltmeister UdSSR Fünfter. Das hört sich doch gut an“, freute sich mit Stolz die Mannschaftsführerin der DHB-Auswahl, Petra Platen (Engelskirchen), zum Abschluß einer Turnierrunde, die mit dem verdienten 25:18-Finalsieg der „DDR“ gegen Vize-Weltmeister Ungarn endete.

Zwei Überraschungen prägten die Titelkämpfe, die durch die Teilnahme der Olympia-Boykott-geschädigten Ostblockländer A-WM-Niveau besaß. Die Bronzemedaille für die Mannschaft des DHB nach dem glanzvollen 22:20 gegen die CSSR kam ebenso unerwartet wie der blamable fünfte Platz des Favoriten UdSSR. „Der Abstand Ost-West ist geschrumpft und die UdSSR-Vormacht gebrochen“, stellte der zwei Jahre kritisierte und nun gefeierte Bundestrainer Ekke Hoffmann fest.

Lediglich der Rücktritt von Spielmacherin Britta Vattes (27) aus Leverkusen bildete einen Wermutstropfen im Freudenbecher der Gastgeber, die ihre beste Placierung seit Rang drei bei der A-WM 1965 erzielten. Auch um die Karriere von Weltklasse-Torhüterin Astrid Hühn (Leverkusen) und Barbara Wenzl (Lützellinden) gibt es Fragezeichen. Für Bundestrainer Hoffmann, der die Weihnachtstage zum Nachdenken über eine Vertragsverlängerung nutzen will, ergeben sich dadurch neue Probleme.

Weniger schwerwiegende lösten seine patenten Schützlinge auf ihre Weise. Weil die „Sekt- und Siegesfete“ von der Direktion eines Oldenburger Hotels um Mitternacht gestoppt wurde, zogen die „Bronze-Mädchen“ in die nächste Kneipe um.

„Erstmals konnten wir in einem Turnier relativ stabile Form nachweisen“, erklärte Hoffmann. Siegen gegen Dänemark (19:13), Norwegen (22:14), Schweden (26:13), Polen (16:15) und gegen die CSSR (22:20) stehen lediglich ein 16:19 gegen die „DDR“ und der 14:14-Ausrutscher gegen Frankreich gegenüber. „Um absolute Weltspitze zu erreichen, muß der Angriff noch besser werden“, forderte Hoffmann ein noch intensiveres Training und mehr Lehrgänge für den Nationalkader bei gleichzeitig besserer sozialer Absicherung. DHB-Präsident Bernhard Thiele sagte für das kommende Jahr, in dem die Mannschaft bei der A-WM in den Niederlanden ihre gute Leistung bestätigen muß, finanzielle Unterstützung für den Frauen-Bereich zu.

UdSSR-Trainer Igor Turtschin führte die Mißerfolge seines psychisch labilen Teams auf das Fehlen der besten Werferin, Julia Sofina, auf die schlechten Schiedsrichterleistungen und auf die angeblich ungerechte Gruppen-Einteilung zurück. Dabei schoß der Trainer aus der UdSSR allerdings ein Eigentor: In den Finalspielen bezwangen gleich viermal Mannschaften aus der DHB-Gruppe Teams aus der vermeintlich stärkeren UdSSR-Gruppe.

MOTORSPORT / Rennen in Kanada gestrichen

Formel 1 startet zum ersten Mal in Osteuropa

sid, Paris

Der Tod des Waiblinger Formel-1-Rennfahrers Manfred Winkelhock hat späte Konsequenzen. Die Rennstrekke im kanadischen Mosport ist auf dem Kalender-Kongreß des Internationalen Automobilsportverbandes (FISA) in Paris wegen mangelhafter Sicherheitskriterien aus dem Programm der Sportwagen-Weltmeisterschaft 1986 gestrichen worden.

Winkelhock war am 11. August beim WM-Lauf in Mosport mit einem Porsche 962 ohne Einwirkung eines Konkurrenten verunglückt. Einen Tag später erlag er seinen Verletzungen im Krankenhaus von Toronto. Der bewußtlose Winkelhock konnte erst nach 25 Minuten aus dem Wrack geborgen werden. Die Unfall-Ursache blieb ungeklärt. In der Folge wurde die schlechte Ausrüstung der Streckensicherung stark kritisiert.

Auch der Nürnberger Norisring fand vorerst keine Aufnahme in die zehn Läufe umfassende Sportwagen-WM. Die Strecke am früheren Reichsparteitags-Gelände, mit den „200 Meilen“ die besucherträchtigste Veranstaltung in Deutschland, ist laut FISA-Reglement bei 2,3 km Länge für ein Meisterschaftsprädikat dieser Art 1,2 km zu kurz. Allerdings wollen sich die Veranstalter um eine Ausnahmeregelung bemühen und das Rennen damit noch ermöglichen. Bislang war am 29. Juni eine der neu eingeführten Sprint-Konkurrenzen auf dem Norisring vorgesehen. Einzige deutsche Veranstaltung der Sportwagen-Weltmeisterschaft ist vorerst das 1000-km-Rennen am 24. August auf dem Nürburgring.

Vier Wochen zuvor (27. Juli) ist der Hockenheimring Schauplatz des deutschen Formel-1-Grand-Prix. Insgesamt umfaßt die Formel-1-Weltmeisterschaft 16 Rennen. Start ist am 23. März in Brasilien, das Finale am 26. Oktober in Australien. Neu wurden die Großen Preise von Spanien (13. April), Ungarn (10. August) und Mexiko (12. Oktober) in den WM-Kalender aufgenommen. Gestrichen sind die Rennen in Holland und Südafrika.

Spanien kehrt nach fünfjähriger Pause mit der neuen Strecke in Jerez de la Frontera in Andalusien in das Formel-1-Programm zurück, Mexiko hat zwischen 1963 und 1970 schon acht Grand Prix gesehen, aber Ungarn ist erster Formel-1-Veranstalter in Osteuropa (10. August 1986).

18 Kilometer nordöstlich von Budapest wird zwischen den Orten Kerepestarcsa und Mogyorod eine neue, 3,9 km lange Rennstrecke gebaut. Ihr Name ist „Hungaroring.“ Sie soll bis Mai 1986 fertiggestellt sein, eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 190 km/h erlauben und 120 000 Besuchern Platz bieten. Die ungarische Regierung investiert 200 Millionen Forint, umgerechnet rund zehn Millionen Mark, in das Unternehmen.

Den Entwurf fertigte der ungarische Brücken- und Straßenbau-Ingenieur Istvan Papp an. Die Arbeiten haben nach Angaben des ungarischen Automobilsport-Verbandes im Oktober begonnen, sind derzeit aber durch das Winterwetter unterbrochen. Mitte Juni 1986 sollen jedoch erste Testfahrten durchgeführt werden.

Von Richthofen fordert: Dem „DDR“-Sport finanziell entgegenkommen

sid, Köln

Der Präsident des Landessportbundes Berlin, Manfred von Richthofen, hat sich dafür ausgesprochen, der „DDR“ für eine Ausweitung des deutsch-deutschen Sportverkehrs finanziell entgegenzukommen.

„Im Sportgespräch“ des Deutschlandfunks sagte von Richthofen, der Mitglied der Verhandlungskommission des Deutschen Sportbundes (DSB) bei den Kalender-Gesprächen ist, für das kommende Jahr sei diese Möglichkeit „von seiten der DDR nicht ernsthaft in die Diskussion eingebracht worden“. Offenbar hätten die Vertreter des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR“ die Weisung gehabt, das Resultat im Rahmen der vereinbarten 84 Begegnungen zu lassen.

Wie aus Bonn bekannt geworden war, wäre die Bundesregierung bereit gewesen, für deutsch-deutsche Sporttreffen auf „DDR“-Boden dem DTSB einen Betrag von je 10 000 bis 20 000 DM zu zahlen.

Richthofen würde nach eigenen Worten finanzielle Zugeständnisse begrüßen: „Weil ich weiß, daß in allen möglichen anderen Bereichen auch gezahlt wird, ob in der Öffentlichkeit bekannt oder weniger bekannt. Weshalb soll es im Sport nicht möglich sein, zu einer vernünftigen Absprache zu kommen?“

Richthofen („Das ist sehr heikel, ich weiß.“) will auch erkannt haben, daß „die Angst der DDR vor einem größeren Ausmaß von Begegnungen noch stärker ist“ als die Ausschöpfung finanzieller Vorteile.

In dem Kulturabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten, das kurz vor seiner Unterzeichnung steht, sieht Richthofen für den Sport „gewisse Chancen“, vor allem für den Bereich des Jugendsports.

Der Berliner Landessportbund-Vorsitzende hat bestätigt, daß in den Kalender-Gesprächen vergangene Woche in Frankfurt am Main auch die Möglichkeit eines Fußball-Länderspiels zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ erörtert worden ist.

Noch sei allerdings nichts entschieden. Sicher aber ist, daß der DFB für Anfang Mai noch einen Länderspielpartner sucht.

SPORT-NACHRICHTEN

Nationaltrainer trat zurück

Belgrad (dpa) – Nur 16 Monate nach seiner Berufung zum Nationaltrainer der jugoslawischen Fußball-Mannschaft reichte Milos Milutinovic (52) seinen Rücktritt ein. Der frühere 34malige Nationalstürmer begründete seinen Entschluß mit dem Ausscheiden Jugoslawiens in der Qualifikation für die Endrunde der Fußball-Weltmeisterschaft im nächsten Jahr in Mexiko.

Marita Koch gewählt

Berlin (AP) – Zur Sportlerin des Jahres 1985 sind in der „DDR“ die Weltrekordlerin im 400-Meter-Lauf, Marita Koch, der Skisprung-Weltmeister Jens Weißflog und die Leichtathletik-Nationalmannschaft der Frauen gewählt worden. Wie das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ berichtete, wurden bei der zum 33. Mal von der FDJ-Zeitschrift „Junge Welt“ durchgeführten Umfrage 1,8 Millionen Stimmen abgegeben.

Mitgliederzahl stieg

Darmstadt (dpa) – Auf die Entwicklung der Mitgliederzahl im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) hat die Krise der deutschen Leichtathleten in diesem Jahr keine Auswirkung gehabt. Mit mehr als 8000 Neuzugängen kletterte die Zahl der Mitglieder im DLV 1985 auf die neue Höchstmarke von 814 415 in 6728 Vereinen.

Eisschnellauf-Weltrekord

Alma Ata (sid) – UdSSR-Eisschnelläufer Igor Schelesowski hat auf der Hochgebirgsbahn in Alma Ata mit 36,49 Sekunden über 500 m einen neuen Weltrekord aufgestellt. Der 22 Jahre alte Sprint-Weltmeister steigerte die bisherige Bestmarke seines Landsmanns Pawel Pegow um acht Hundertstel.

Thaler Vierter

Hulsberg (dpa) – Querfeldein-Weltmeister Klaus-Peter Thaler (Gevelsberg) mußte sich im niederländischen Hulsberg mit einem Rückstand von einer Minute auf Roland Liboton mit dem vierten Platz zufrieden geben. Es siegte der Belgier nach 1:06:37 Stunden vor dem zeitgleichen Hennie Stamsnijder (Holland).

Schlußlicht Beckenbauer

München (sid) – Wie schon im vergangenen Jahr wurde Berthold Beitz (Essen), seit 1984 Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees, von einer Jury deutscher Sportjournalisten zum Sportführer des Jahres gewählt. Auf der untersten Stufe landeten: Franz Beckenbauer, Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, und Klaus Zschunke, Oberturnwart des Deutschen Turner-Bundes.

Fernsehstreit beigelegt

Mexico City (dpa) – Der Streit zwischen den Organisatoren der Fußball-Weltmeisterschaft und dem mexikanischen Fernseh-Konsortium „Telemexiko“ sowie zahlreichen ausländischen Fernsehanstalten ist offensichtlich beigelegt worden. Die Mexikaner hatten nach Auffassung der Europäischen Rundfunk-Union (EBU) „unverschämte“ finanzielle Forderungen erhoben.

Kasparow spielte remis

Hilversum (dpa) – Bei dem auf sechs Partien angesetzten Schachmatch in Hilversum (Niederlande) zwischen Weltmeister Garri Kasparow (UdSSR) und Jan Timman (Niederlande) endete die fünfte Begegnung nach 34 Zügen mit einem Remis. Damit führt Kasparow, der heute in Hamburg einen Simultankampf gegen den Hamburger SV bestreitet, mit 3:2 Punkten.

Sieg für Weltmeister CSSR

Moskau (sid) – Mit einem 3:1 (0:0, 1:0, 2:1)-Sieg in Moskau über Gastgeber UdSSR gewann Eishockey-Weltmeister CSSR überraschend das Turnier um den Iswestija-Pokal. Hinter der ungeschlagenen CSSR (6:2) und dem entthronten Titelverteidiger UdSSR (6:2) belegten Schweden (5:3), Kanada (2:6) und Finnland (1:7) die weiteren Plätze.

Zwei im Halbfinale

La Trinite (sid) – Die Tischtennis-Bundesligaklubs TTC Grenzau und Borussia Düsseldorf haben die Vorschlußrunde im europäischen ETTU-Pokal erreicht. TTC Grenzau gewann bei Komperdell Wien mit 5:1, Ex-Meister Borussia Düsseldorf schaltete im Achtelfinale den Zweitligakl ub BG Bayreuth mit 5:3 aus. Dagegen unterlag der TTC Jülich beim französischen Vertreter Trinite Sports Nizza mit 2:5.

Vorwurf gegen Spranger ein „Vorwand"

● Fortsetzung von Seite 1

Zimmermann: Nicht nur wegen terroristischer Straftaten. Wir wissen, daß es zahlreiche kommunistische Gruppierungen gegeben hat, deren Mitglieder aufgefordert wurden, zum Teil in großer Geschlossenheit zu den Grünen zu gehen. Wir wissen heute, daß ein großer Teil der Führungskader der Grünen einen eindeutig linksextremistischen Hintergrund hat. Das ist im Verfassungsschutzbericht 1984 und nicht nur dort, sondern auch in Berichten früherer Regierungen, nachgewiesen worden.

Schlußstrich unter Affäre Pollard

AFP, Washington

Die amerikanische und israelische Regierung haben offensichtlich einen Schlußstrich unter die Spionageaffäre Pollard gezogen, die die Beziehungen zwischen den USA und Israel belastet hatte. Wie das State Department bekanntgab, hat die israelische Regierung einer Gruppe von amerikanischen Experten alle Dokumente übergeben, die vom mutmaßlichen Spion Jonathan Pollard an israelische Stellen übermittelt worden waren.

Nach dem offiziellen amerikanischen Kommuniqué hat die israelische Regierung uneingeschränkt mit der amerikanischen Expertengruppe unter Führung des juristischen Beraters im State Department, Sofaer, zusammengearbeitet. Die Amerikaner hätten in Israel mit jenen Personen zusammentreffen können, die über Fakten der Mission Pollards informiert waren. Die israelische Organisation, die in der Affäre Pollard verwickelt sei, sei aufgelöst worden.

Verstöße des Kreml gegen Abrüstung aufgelistet

Washington: Das Klima von Genf wird „verdüstert"

DW. Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat der Sowjetunion Verstöße gegen bestehende Rüstungskontrollabkommen vorgeworfen. Die „absichtlichen Verletzungen" der Verträge „wecken schwere Besorgnisse" über die sowjetische Verpflichtung zur Rüstungskontrolle und „verdüstern die Atmosphäre" der laufenden Verhandlungen in Genf.

Der Vorwurf ist in einem neuen Bericht des Präsidenten an den Kongreß über Vertragsverstöße der UdSSR im Rüstungsbereich enthalten, der heute veröffentlicht werden soll. In einer als nicht geheim eingestuften bereits am Samstag bekannt gewordenen Version werden neun konkrete, weitgehend schon früher genannte Verstöße aufgelistet. Betroffen sind außer dem SALT-II-Abkommen auch andere Vereinbarungen über Atomteststopps und chemische Waffen.

Neue Raketensilos

Die „Washington Post" berichtete am Samstag, daß nach Erkenntnissen amerikanischer Geheimdienste die Sowjets an neuen Raketensilos bauen. Dies deute darauf hin, daß sie möglicherweise bereit seien, zwei neue, große Interkontinentalraketen in Flugtests zu erproben.

Die Versuche mit den beiden Interkontinentalraketen, die den USA als SSX-26 und SSX-27 seit längerem bekannt seien, würden eventuell gegen das SALT-II-Abkommen verstoßen. Sie sollen möglicherweise die riesige SS-18 ersetzen. Der Vertrag, der nie ratifiziert, aber von beiden Seiten trotzdem beachtet wurde, läuft am 31. Dezember 1985 aus. Präsident Ronald Reagan hat noch nicht entschieden, ob die USA sich weiterhin an die Raketenzahlen des Abkommens halten wollen.

In dem dritten Bericht dieser Art werden die große Radaranlage bei Krasnojarsk als Verstoß gegen den Raketenabwehr-Vertrag (ABM) von 1972 und die mobilen SS-25 Raketen, die mit einem Sprengkopf bestückt sind, als Verletzung von SALT-II genannt.

Kein totaler Stopp?

Weiter heißt es, die UdSSR habe wahrscheinlich das 150-Kilotonnen-Limit für unterirdische Atomversuche überschritten und zugelassen, daß bei einigen Versuchen Radioaktivität in die Atmosphäre entwichen sei. Augenscheinlich hätten die Sowjets die Stationierung von SS-16-Raketen beendet, die von Washington als eine SALT-II-Verletzung betrachtet würden.

Keinen Kommentar gab es in Washington zu einem Bericht der „Los Angeles Times", wonach die US-Regierung demnächst bereit sei, den Vorschlag Moskaus für Gespräche über einen neues Verbot von Atomwaffenversuchen aufzugreifen. Danach wolle Washington keinen totalen Stopp, sondern eine Begrenzung nach Zahl und Sprengkraft.

Das Moskauer Parteiorgan „Prawda" kritisierte am Sonntag erneut die ablehnende Haltung der US-Regierung, sich dem von Moskau im Sommer einseitig verkündeten Moratorium für „beliebige Atomtests" anzuschließen. Gleichzeitig bekräftige das Blatt das sowjetische Einverständnis, daß beide Mächte im Falle eines Eingehens der USA auf die UdSSR-Initiative „einige Maßnahmen" über gegenseitige Inspektionen vor Ort vereinbaren sollten.

„Reiseerleichterungen bleiben wichtigstes Ziel"

Kohl und Windelen umreißen Aufgaben der Deutschlandpolitik

AP. Frankfurt

Führende Vertreter der Bundesregierung haben am Wochenende an die „DDR"-Führung appelliert, den Weg zu weiteren Reiseerleichterungen und mehr menschlichen Begegnungen in beiden deutschen Staaten freizugeben. Sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, nannten dies in Interviews das wichtigste Ziel der Bonner Deutschlandpolitik.

Bundeskanzler Kohl erklärte in „Bild am Sonntag": „Mein Hauptziel bleibt, daß möglichst viele Menschen aus der DDR zu uns kommen können." Er erinnerte in diesem Zusammenhang noch einmal an die Befürchtungen, es werde nach der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu einer neuen Eiszeit kommen. In Wirklichkeit hätten sich dagegen die innerdeutschen Beziehungen verbessert. Es gebe mehr Reisen in dringenden Familienangelegenheiten, ein Verkehrs- und das Kulturabkommen.

Im Süddeutschen Rundfunk betonte Bundesminister Windelen, die Erleichterung menschlicher Begegnungen bleibe das vordringliche Ziel der Bonner Deutschlandpolitik auch im nächsten Jahr. Die Bundesregierung werde alles Erforderliche tun, „damit die Menschen auf beiden Seiten der Trennungslinie in Verbindung bleiben und sich die Nation nicht auseinanderlebt". Er appellierte an die „DDR"-Führung, mit Reiseerleichterungen auch für Bürger, die noch nicht das Rentenalter erreicht hätten, „großzügiger" zu sein. Ein solches Verhalten würde nach Ansicht des CDU-Politikers auch zeigen, daß Ost-Berlin „souverän und selbstbewußt genug" geworden sei. Von den über 60 000 Menschen, die aus besonderen familiären Anlässen 1985 in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durften, sei „nur ein verschwindend geringer Teil nicht wieder zurückgekehrt", fügte Windelen hinzu.

Der Bundesminister unterstrich, daß die Deutschen zur Friedensgestaltung in Europa einen besonderen Beitrag leisten müßten, der vor allem im Abbau von Spannungsursachen bestehe. Der Schießbefehl, die Reisebeschränkungen und die Erziehung von Kindern zum Haß seien „unfriedliche Akte". Windelen: „Wir rufen die DDR dazu auf, hier einen Beitrag zum inneren und damit zum äußeren Frieden zu leisten."

Wie der Bundeskanzler würdigte auch Windelen das kürzlich ausgehandelte Kulturabkommen mit der „DDR". Es sei gelungen, Berlin nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich in das Abkommen einzubeziehen.

Windelen übte zugleich deutliche Kritik an dem niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder, der sich bei seinem „DDR"-Aufenthalt in der vergangenen Woche für die Respektierung einer eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft ausgesprochen hatte.

In der „Kölnischen/Bonner Rundschau" erklärte Windelen, es sei bestürzend, mit welcher Leichtfertigkeit ein Mann, der Ministerpräsident werden wolle, elementare Interessen der Bundesrepublik Deutschland und Niedersachsens aufs Spiel setze. Windelen äußerte den Verdacht, die SPD wolle die Deutschlandpolitik in den Wahlkampf hineinziehen. Sie gebe damit „ohne Not das letzte Stück Gemeinsamkeit auf".

Franke rechnet für 1986 mit weniger Arbeitslosen

Arbeitgeberpräsident Esser: Wirtschaft leistet ihren Beitrag

DW. Nürnberg

Im kommenden Jahr erwartet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, erstmals seit längerer Zeit wieder einen Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte Franke: „Die Anzeichen für eine Besserung am Arbeitsmarkt mehren sich." 1985 sei die Zahl der Beschäftigten um 250 000 angestiegen. Im kommenden Jahr könne der Anstieg der Beschäftigtenzahl sogar noch größer ausfallen.

Frankes Einschätzung wird auch von Regierungspolitikern der Union geteilt. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte für das neue Jahr 300 000 neue Arbeitsplätze in Aussicht. Die Zahl der Erwerbstätigen könnte nach seinen Worten im neuen Jahr rund 26 Millionen erreichen. „Es ist uns gelungen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln", betonte Kohl. „Wir werden die Arbeitslosigkeit langsam aber stetig absenken", sagte der Kanzler.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) wies ebenfalls auf die Bedeutung der wachsenden Zahl an Beschäftigten hin. In einem Interview der „Welt am Sonntag" unterstrich er außerdem, daß 1986 mit einer Wachstumsrate von mindestens drei Prozent zu rechnen sei. „Vielleicht werden es auch 3,5 Prozent." Er sei auch zuversichtlich, „daß die Inflationsrate sogar unter zwei Prozent im Jahresdurchschnitt bleibt, vielleicht bei 1,5 Prozent".

Wie der Bundeskanzler rechnet auch Arbeitgeberpräsident Otto Esser für das kommende Jahr mit einem Wachstum auf dem Arbeitsmarkt von 300 000 Stellen. Im Deutschlandfunk erklärte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gestern die Bereitschaft der Wirtschaft, ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Viele Erwerbslose könnten jedoch nur über weitere Qualifizierungen wieder einen Arbeitsplatz erhalten. Dabei müßten die Tarifparteien zusammen mit den Arbeitsämtern und den Bildungswerken der Wirtschaft eng zusammenarbeiten.

Wie Esser wies auch Franke auf die Unerläßlichkeit der beruflichen Weiterbildung hin. „Im Rahmen der sogenannten Qualifizierungsoffensive soll noch mehr Arbeitslosen die Chance gegeben werden, aktuell geforderte berufliche Fertigkeiten und Qualifikationen zu erwerben." Im Haushalt für das Jahr 1986 seien für die Förderung der beruflichen Bildung über fünf Milliarden Mark vorgesehen (1985: 4,3 Milliarden Mark).

Nach Ansicht Frankes ist das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium der Bundesanstalt durch die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz weiter verbessert worden. 1986 könnten noch mehr Arbeitslose als bisher beruflich qualifiziert und noch mehr Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gebracht werden. Mit dem Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums könne 1986 Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung von 360 000 Stellen verhindert oder beseitigt werden.

Franke erwartet, daß die Vorruhestandsregelung im neuen Jahr stärker genutzt wird. Im Haushalt der Bundesanstalt seien 1986 Mittel für durchschnittlich 60 000 Empfänger von Vorruhestandsgeld eingebracht, deren Arbeitsplätze wieder besetzt werden sollen und für die von den Arbeitsämtern deshalb ein Zuschuß zum Vorruhestandsgeld gezahlt werden könne.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sporthilfe

„Unsere Olympia-Anwärter sind gut – in Einzelfällen"; WELT vom 13. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

über den richtigen Weg bei der Sportförderung ist in der Bundesrepublik fürwahr schon häufig und immer wieder weitgehend ohne neue wesentliche Resultate gestritten worden.

Was Emil Becks Forderung nach einem besonderen Sportminister oder Sport-Staatssekretär angeht, so hat in der Bundesrepublik der Bundesinnenminister die politische Zuständigkeit für den Sport.

Haben wir denn bei allen Entscheidungen und Entwicklungen im Sport nicht klar den Vorrang für die Fachverbände eingeräumt und politisch untermauert? Braucht es einen Minister, um Erfolge zu erzielen? Liegt es nicht vielerorts einfach an der Grundeinstellung gegenüber der Rolle des Sports in einer modernen Gesellschaft und damit der eigentlichen Bedeutung eines sportlichen Erfolges für ein Land?

Denn ein Minister macht noch lange keine olympischen Siege oder Erfolge bei Weltmeisterschaften. Das besorgen bei uns die Athleten. Und das ist gut so.

Was wir brauchen, ist ganz einfach mehr Bereitschaft, sich Fragen und Problemen des Sports neu zu öffnen, damit die neuen Entwicklungen und Entscheidungserfordernisse in diesem Bereich rechtzeitig erkannt werden. Die Politik hat da gewiß eine Verantwortung. Und diese Verantwortung muß sie gemeinsam mit den Sportverantwortlichen, aber auch genauso den Athleten, mit Leben erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Mais,
Taunusstein 2

Linke Optik

„Rechts-links-Muster"; WELT vom 17. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem vorgenannten Artikel wird erwähnt, daß es bei dem entbrannten Streit um den ARD-„Bericht über Wehrpflichtige und Ersatzdienstleistende" nicht um „handwerkliche Qualitäten, sondern um die Durchsetzung der jeweils parteibezogenen Auffassung zu Wehr- und Ersatzdienst ..." geht.

Die einseitige, linkslastige Hervorhebung edler Tugenden nur bei ersatzdienstleistenden jungen Bürgern wird auch in der Person des Mischa in der ZDF-Serie „Schwarzwaldklinik" jedesmal und immer pointierter vorgeführt.

Selbst der „Chefarzt" begegnet dem Genannten fast unterwürfig und mokiert sich mit ihm gemeinsam über eine Oberschwester, die sich bemüht, für die in einem Krankenhaus besonders wichtige Sauberkeit der Wäsche und deren Ablage zu sorgen.

Besonders makaber ist eine derartige Verhöhnung angesichts des Umstandes, daß in zwei Hamburger Krankenhäusern Schmutz und Nonchalance zu erheblichen Beeinträchtigungen von Patienten führten, die nun in einem Falle schon gegen einen Chefarzt klagen und die aufsichtsführende Behörde ins Zwielicht brachten.

Dagegen werden in der „Schwarzwaldklinik" die ihrer Pflicht nachgehenden Polizisten mit ihrer außerordentlichen schweren Berufsausübung gegenüber dem Ersatzdienstleistenden stark desavouiert.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Herbert Scholz,
Hamburg 52

Polen und wir

„Die polnische Karte"; WELT vom 14. Dezember

Nicht nur nach dem Wiederauftauchen Gomulkas ist die gesamte sowjetische Führung sofort in Warschau erschienen, sondern es kam später, belegt durch namhafte belgische, polnische und israelische Quellen (letztere mit Kartenmaterial) zu ultimativen Drohungen, Stettin und etwa einen Streifen von 100 Kilometern östlich der Oder-Neiße-Linie der DDR zu übergeben, falls sich Gomulka nicht voll den Moskauer außen- und gesellschaftspolitischen Anweisungen unterordnet. Pilsudski war für ein Großpolen, aber kein „maßloser Nationalist". Seine oktroyierte Verfassung enthielt – auf dem Papier – klare föderalistische Bestimmungen für öffentlich-rechtliche Strukturen der Nationalitäten bzw. Volksgruppen. In der Praxis ist er jedoch damit völlig gescheitert.

In der Angst vor den Russen und Deutschen sind fast alle Polen „Patrioten" und versuchen zum Teil mit gegensätzlichen Methoden einen kleinen polnischen Bewegungsraum zu retten. Deshalb sprach Walesa Jaruzelski den Patriotismus nicht ab. Aus dieser Sorge schwenkte auch Pilsudski nach Scheitern seiner Präventivkriegspläne gegen Hitler auf die Linie von 1934 um. Seine Epigonen und einige europäische Staaten versagten bei diesem schwierigen, wahrscheinlich kaum lösbaren, Manöver.

Wahrscheinlich tun wir alle zu wenig, um Teile des polnischen Volkes mühsam davon zu überzeugen, daß ein tragbarer, europäisch gesicherter, freiheitlicher Ausgleich mit einem freien deutschen Volk ohne Verfolgung beiderseitiger Maximalziele vielleicht später möglich und existenz- sowie friedenssichernd sein könnte.

Dr. Herbert Czaja,
MdB, CDU, Bonn

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Ratschläge sind wie abgetragene Kleider; man benutzt sie ungern, auch wenn sie passen."

Thornton Wilder, amerikanischer Autor (1897–1975)

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Das Auswärtige Amt schickt einen neuen Botschafter in die Volksrepublik Kongo. Die deutsche Mission in Brazzaville übernimmt **Bernhard Kalscheuer**. Der Kölner, Jahrgang 1926, kam 1956 in den Auswärtigen Dienst. Auf Auslandsposten war er unter anderem in Phnom Penh und in Addis Abeba. 1979 wurde er Ständiger Vertreter des Botschafters in Port of Spain. Seit Frühjahr 1982 leitet Bernhard Kalscheuer das deutsche Generalkonsulat in Recife, Brasilien.

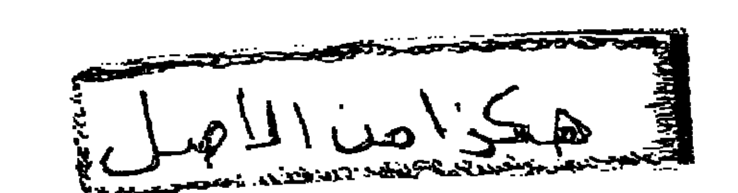
AUSZEICHNUNG

Der Leiter der Abteilung Mikrochirurgie der Bonner Universitätsaugenklinik, Professor Dr. **Michael Ulrich Dardenne**, ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Damit sollen grundsätzlich seine Verdienste um die Entwicklung der modernen Augenchirurgie gewürdigt werden und sein privater Beitrag zur Entwicklungshilfe durch Operations- und Ausbildungstätigkeit in Ländern des Nahen Ostens und Südamerikas. Dardenne ist besonders als Pionier bei der ambulanten Operation des grauen Stars und der damit verbundenen Einpflanzung künstlicher Linsen bekannt geworden. Sein hervorragendes Interesse gilt der Weiterentwicklung der Lasertechnik in der Augenchirurgie.

KIRCHE

Der „Politische Club" der Evangelischen Akademie Tutzing erhält am 1. Januar 1986 einen neuen Leiter. Zum Nachfolger von **Dieter Schröder** wurde der 60jährige Publizist und Politologe **Paul Noack**, ordentlicher Professor für politische Wissenschaften am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München, berufen. Schröder, Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung", scheidet auf eigenen Wunsch aus beruflichen Gründen aus dem Tutzinger Leitungsamt aus. Noack ist der fünfte Chef des 1953 gegründeten Clubs. Seinen bundesweiten Ruf als „Testgelände für Politiker" erwarb sich der Politische Club in den fünfziger und sechziger Jahren. Professor Noack wird den Club erstmals bei seiner traditionellen Frühjahrstagung leiten, die im April zum Thema „Geld – Macht – Moral" stattfindet.

Der Leiter der Evangelischen Akademie in Meißen, Domprediger **Dieter Ackermann**, ist am 5. Dezember nach schwerer Krankheit im Alter von 53 Jahren gestorben. Das teilte jetzt die sächsische Kirchenzeitung „Der Sonntag" in ihrer jüngsten Ausgabe mit. Vor seiner Berufung zum Direktor der Akademie war der gebürtige Dresdener Studiendirektor des sächsischen Predigerseminars in Lückendorf und Studentenpfarrer in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) gewesen.



Unseriöse Geschäfte?

sas. – Es steht außer Frage, daß der Verbraucher beim Kauf an der Haustür besonders leicht zu unüberlegten Vertragsabschlüssen bewegt werden kann. Unseriösen Gewerbetreibenden gelingt es immer wieder, mit fragwürdigen Methoden Kunden zum Erwerb von Waren und Leistungen zu veranlassen, den sie später bereuen. Doch besteht bei Barzahlungskäufen bisher kaum eine Möglichkeit, von solchen Verträgen loszukommen.

Das am 1. Mai 1986 in Kraft tretende Gesetz eines generellen Widerrufsrechts bei Haustürgeschäften ist deshalb längst überfällig. Nur hat es leider einen Haken: Der Versicherungswirtschaft, die einen Großteil ihrer Verträge in den Wohnungen der Kunden anbahnt, ist es gelungen, aus dem Anwendungsbereich herausgenommen zu werden. Das bedeutet im Klartext, daß der Gesetzgeber dem Verbraucher ausgerechnet bei den meist sehr teuren und langfristig bindenden Versicherungsverträgen keine nachträgliche Überlegungsfrist zubilligt, während er diese zum Beispiel beim Kauf eine Satzes von Kochtöpfen für notwendig erachtet.

Die paradoxe Situation spricht für den Einfluß der Versicherungslobby, aber nicht für ihr Geschick. Denn dahinter muß die Furcht vermutet werden, daß zuviel widerrufen würde und die Außendienste der Versicherungen die Widerrufsfrist dazu nutzen könnten, sich gerade gewonnene Kunden gegenseitig abzujagen. Wer konkurrenzfähige Waren und Dienstleistungen anbietet, der braucht ein Widerrufsrecht nicht zu fürchten. Die Versicherer stellen sich somit selbst in die Ecke unseriöser Geschäftemacher.

Ultimatum

HH – Fast ein Jahr ist es nun schon her, daß der Bundesrechnungshof dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit gerichtlichen Schritten für den Fall gedroht hat, daß er bei seiner Weigerung bleibe, Einblick in Ausgabenbelege zu geben. Es ging um eine umstrittene Wanderausstellung Energie, für die die Organisation 1980 vom Forschungsministerium 80 000 Mark Bundesmittel erhalten hatte. Seither hat man nichts mehr von dem Fall gehört. Inzwischen ist aus dem früheren BBU-Vorstandsmitglied Jo Leinen, der die Mittel noch beantragt hatte, ein veritabler Landesminister geworden. An der Spitze des Bundesrechnungshofs ist ein Wechsel eingetreten. Vor der Wahl Heinz-Günter Zavelbergs hat man in Frankfurt das Thema vielleicht nicht so gern anfassen wollen. Für ein solches Zögern könnte es Gründe geben, die jedoch zumindest nicht auf Dauer gelten können. Ultimatum ist Ultimatum. Der Rechnungshof bringt sich um seinen Einfluß, wenn er es schon selbst nicht ernst nimmt.

EINZELHANDEL / Die Kaufbereitschaft der Kundschaft ist bundesweit gewachsen

Das Weihnachtsgeschäft hat 18 Milliarden Mark Umsatz gebracht

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Erwartungen des Einzelhandels auf ein zusätzliches Weihnachtsgeschäft von gut 18 Milliarden DM Umsatz haben sich erfüllt. Zu diesem Ergebnis kommt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) nach ihrer Blitzumfrage zum Geschäftsverlauf am vierten verkaufsoffenen Samstag und zum gesamten Weihnachtsgeschäft.

Der seit Oktober und bundesweit zu beobachtende Trend zu einer wachsenden Kaufbereitschaft der Verbraucher halte unvermindert an, resümiert die HDE als Gesamtresultat des im Verlauf schwankungsreichen, insgesamt aber positiven Weihnachtsgeschäfts. Nach den Beobachtungen der HDE haben in diesem Jahr die Kunden mehr Weihnachtseinkäufe als in den Vorjahren bereits im November erledigt, der fast durchweg im Einzelhandel zweistellige Umsatzplusraten gegenüber dem letztjährigen November brachte.

Insgesamt werden deshalb, folgert die Hauptgemeinschaft, die zwei Monate November/Dezember ein besseres Umsatzergebnis als der Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres bringen. Danach dürfte der deutsche Einzelhandel seinen Gesamtumsatz 1985 nominal um 2,5 Prozent und real um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbessern.

Diese Schätzung schließt die Erwartung ein, daß nach dem vierten langen Samstag nun auch noch der Wochenanfang vor den Festtagen im Lebensmittelhandel erhebliche Umsätze bringt. Insgesamt dürfte damit der Zusatzumsatz des Weihnachtsgeschäfts um rund fünf Prozent über dem mit 17,1 Milliarden DM recht flauen Vorjahresstand liegen und 3,8 Prozent vom diesjährigen Einzelhandelsumsatz ausmachen.

Etwas skeptischer wird auch nach dem vierten verkaufsoffenen Samstag das Weihnachtsgeschäft von den Warenhauskonzernen beurteilt. Ihre Vorjahresumsätze übertrafen sie auch an diesem letzten langen Samstag nicht. Hier wie generell im Einzelhandel war es der Tag der kleinen Geschenke mit Schwerpunkten bei Parfümerieartikeln, Büchern, Uhren/Schmuck, Schallplatten, Lederwaren und Kleintextilien.

Exakte Auskunft dazu gibt wiederum allein der Horten-Konzern, der mit 29,1 Mill. DM Tagesumsatz gerade wieder das Ergebnis des letzten langen Samstages des Vorjahres erreichte. Insgesamt und auch hier unter Einschluß der vorgezogenen Weihnachtseinkäufe aus November gibt Horten dem diesjährigen Weihnachtsgeschäft mit einer erwarteten Plusrate von gut drei Prozent immerhin die Note „zufriedenstellend".

Das hier wie auch bei den anderen Warenhauskonzernen zurückhaltendere Urteil zum Weihnachtsgeschäft (auch das Erreichen der Umsatzmarke von 18 Milliarden DM für den gesamten Einzelhandel wird da skeptisch beurteilt) ist offensichtlich vom unterschiedlichen Umsatzgewicht des Textiliengeschäfts diktiert. Es macht bei den Warenhäusern normalerweise bis zu 50 Prozent des Weihnachtsumsatzes aus, bei den von der HDE-Umfrage erfaßten Einzelhandelsbetrieben aber nur 30 Prozent.

Nach glänzendem Auftakt mit frühem Wintereinbruch im November ist das Damen- und Herrenoberbekleidungsgeschäft mit Ausnahme hochmodischer (Winter-)Ware im milden Dezemberwetter durchweg flau geblieben. Mehr als in den Vorjahren wird bereits mit reduzierten Preisen gearbeitet. Die Kundschaft jedoch reagiert in Erwartung der allgemeinen Textilien-Preissenkungswelle nach den Festtagen auf solche „vorgezogenen Sonderangebote" bislang nur sehr zurückhaltend.

Abseits dieser „wetterbedingten" Sonderlage im Winterbekleidungsgeschäft sehen HDE wie Warenhauskonzerne vom Verlauf des Weihnachtsgeschäfts ihre Erwartung bekräftigt, daß dank nachhaltig besserer Konsumstimmung 1986 nach mehreren flauen Jahren ein deutlich besseres Einzelhandelsjahr wird. Nicht zuletzt auch durch den 1986 nach allen Prognosen stärker als seit langem ausfallenden Anstieg der Masseneinkommen wird erwartet, daß die Einzelhandelsumsätze nominal um bis zu 4,5 Prozent und real um bis zu 2,5 Prozent wachsen werden.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street glaubt fest an Spurt zum Jahresende

H.-A. SIEBERT, Washington

Vor dem traditionellen Spurt zum Jahresende, mit dem die Wall Street trotz des inzwischen erreichten hohen Kursplateaus immer noch rechnet, werden die US-Aktienmärkte plötzlich von Zweifeln geplagt. Niemand weiß mehr so recht, wie sich die Wirtschaft entwickelt, nachdem die Blitzprognose des Handelsministeriums in Washington für 1985 nur ein mageres Realwachstum von 2,4 Prozent signalisiert. Das wäre das schlechteste Ergebnis seit dem Rezessionsjahr 1982 (minus 2,5 Prozent).

Es traf die Börsianer auch wie ein Schock, daß der Kongreß in die Weihnachtsferien (bis zum 21. Januar) flüchtete, ohne das Haushaltsdefizit in den kommenden drei Jahren um insgesamt 74 Mrd. Dollar zu kürzen. Dieses Ziel hatte er sich selbst im Herbst in der Budget-Resolution gesetzt. Es droht nun die Gefahr, daß das soeben verabschiedete Haushaltsausgleichsgesetz früher als erwartet zu den Akten gelegt werden muß und die Schließung der Einnahmenlücke bis 1991 ein Traum bleibt.

Die neue Unsicherheit führte vergangene Woche zu ungewöhnlich starken Kursausschlägen. Hohe Gewinne am Morgen gingen regelmäßig nachmittags verloren. Gebeutelt wurde vor allem der Dow-Jones-Industrie-Index, der noch am Montag mit 1553,10 Punkten seinen 35. Rekord in diesem Jahr aufgestellt hatte. Nach einem Wochenplus von 7,79 schloß er Freitag (minus 0,92) mit 1543. Besser schnitten die breiteren Barometer ab. So stieg der Nyse-Index um 0,48 (plus 0,58) auf 121,31, der Standard & Poor's um 1 (0,92) auf 210,94 Punkte. Auslaufende Index-Futures und Index-Options verstärkten die Hektik. Umgesetzt wurden 769 Mill. Aktien; die aktivsten waren J. P. Morgan und AT & T. Texaco und Pennzoil, die Verhandlungen über einen außergerichtlichen Vergleich aufgenommen haben, nahmen um ⅝ auf 30,5 bzw. 1⅞ auf 63⅝ Dollar zu.

Nach dem „Flash", der mit Sicherheit korrigiert wird, wuchs die US-Wirtschaft im 4. Quartal 1985 auf Jahresbasis um 3,2 Prozent. Das Ergebnis für die Juli/September-Periode wurde von real 4,3 auf drei Prozent reduziert. Bis auf Autos, die nach den Rabatten scharf fielen, zogen die Endverkäufe an. Die im 3. Quartal geleerten Lager füllten sich wieder. Der Preisdeflator erhöhte sich um nur 2,5 (2,9) Prozent, obwohl die Verbraucherpreise in den USA im November um 0,6 Prozent zunahmen.

Weit daneben trafen somit die Prognosen der Administration, die für 1985 ein Realwachstum von 3,9 Prozent vorausgesagt hatte. 1986 sollen es sogar vier Prozent sein. Die Prognosen der privaten Institute reichen indessen von 1,7 (Data Resources) bis zu 3,2 (Conference Board). Wichtig ist aber, daß die US-Notenbank unter diesen Vorzeichen die Kreditbremse kaum anziehen wird. 30jährige Treasury Bonds fielen auf 9,32, dreimonatige Bills auf 9,32 Prozent.

Neues Selbstbewußtsein

Von KAREN SÖHLER

Hat das hochverschuldete Lateinamerika wirklich keine Chance, wie manche unken? Brasilien, das die meisten Kredite im Ausland aufgenommen hat, bemüht sich, das Gegenteil zu beweisen. Vielen Skeptikern zum Trotz erholt sich die Wirtschaft des Landes. Das belegen nicht nur die Exportüberschüsse, die in diesem Land mit rund 12 Milliarden Dollar fast das Vorjahresniveau erreichen, sondern auch das Bruttoinlandsprodukt, das 1985 um etwa fünf Prozent gewachsen ist.

Vorausschauende meinen, daß dieser Auftrieb auch im nächsten Jahr anhalten wird. Das hat zu einem neuen Selbstbewußtsein und damit dazu geführt, daß das größte Land des Subkontinents ohne den Internationalen Währungsfonds (IWF) längere Fristen für die Schuldentilgung mit den Gläubigerbanken vereinbaren wird.

Obwohl auch andere hochverschuldete Entwicklungsländer sich bemüht haben, den IWF auszuschalten, blieb ihnen dieser Weg versperrt. Venezuela ausgenommen, haben die Kreditinstitute immer darauf bestanden, daß zunächst die Regierungen der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Länder mit dem IWF ein Wirtschaftsprogramm ausarbeiten, in dem Zielgrößen festgelegt sind. Anhand dieser Vorgaben hat der IWF kontrolliert, ob sich das Land an das abgesprochene Konzept hält. Die Banken wiederum haben sich an den Ergebnissen der Kontrolle orientiert. Nur bei guten Resultaten haben sie umgeschuldet oder gegebenenfalls neue Kredite zur Verfügung gestellt.

Auf diese Risikominderung wollten die Gläubiger auch bei Brasilien ursprünglich nicht verzichten. Als die Regierung des noch neuen demokratischen Präsidenten José Sarney vor Monaten den Widerstand ankündigte, sträubten sich die meisten Kreditinstitute noch. Langwierige Verhandlungen wurden geführt. Doch inzwischen haben sich die Sinne offenbar gewandelt. Nach den letzten Gesprächen zwischen Vertretern der Banken und Vertretern der Regierung in den vergangenen Wochen bestehen kaum noch Zweifel: Brasilien schuldet ohne das wachende Auge des IWF um. Das Land will das Tempo, mit dem seine Wirtschaft wieder aufgebaut wird, selbst bestimmen und die Gläubiger akzeptieren die Einstellung.

Hat sich die Auffassung der Banken geändert? Sie hat es nicht. Aber zum einen kann Brasilien im Augenblick auf Grund der wirtschaftlichen Erfolge auf weitere Kredite aus dem Ausland verzichten. Damit sitzen die Südamerikaner am längeren Hebel. Daß sie die Fälligkeiten für Rückzahlungen, so wie sie jetzt bestehen, nicht einhalten können, stört die Gläubiger mehr als den Schuldner.

Zum anderen können die Banken den Druck Brasiliens nicht als Erpressung empfinden. Ihr Wohlverhalten kostet schließlich nichts und sie haben die Möglichkeit, die sie wohl nutzen werden, zunächst in kleinen Schritten umzuschulden. Das bedeutet: gestreckt werden nur die Fälligkeiten für 1986 und rückwirkend für 1985. Auf ein großes Paket, das Tilgungen und Zinsen mehrerer Jahre umfaßt, wie es ursprünglich geplant war, werden sich die Kreditinstitute zunächst nicht einlassen. Das gibt ihnen die Möglichkeit, die Entwicklung Brasiliens in den nächsten Monaten zu beobachten.

Erleidet die Wirtschaft Rückschritte, muß Brasilien doch an den internationalen Kapitalmärkten um neue Kredite bitten, werden die Gläubiger auf der Kontrolle des IWF wieder bestehen, bevor sie dem Land neues Geld geben. Das zeigt: Brasilien sollte nicht zu stark von den Auflagen des IWF abweichen in der Annahme, in nächster Zukunft auf ausländische Kredite nicht angewiesen zu sein. Sicher ist das gewiß nicht. Und sich von einem völlig anderen Wirtschaftskurs zurück auf den des Fonds zu begeben, wäre mühsam und schädlich für die Wirtschaft.

Eine sparsame Politik zu verfolgen, ähnlich der des IWF, bedeutet allerdings für die Regierung, unpopulär zu handeln. Sie kann beispielsweise nicht soviel verteilen, wie die Gewerkschaften es gern sähen. Ob die Regierung diese notwendige Strenge bewahrt, ist die große Frage. Was ist vor Wahlen, wenn die Opposition mit großen sozialen Leistungen winkt? Um die Gunst der Wähler wird schließlich auch in Brasilien gebuhlt. Dann gibt es keinen Prügelknaben IWF mehr, dem die Schuld für eine harte, sparsame Wirtschaftspolitik angelastet werden könnte.

AUF EIN WORT



„Alle, die an der Fortführung der bisherigen Vereinbarung zwischen deutschem Steinkohlenbergbau und Elektrizitätswirtschaft interessiert sind, sind gut beraten, beizeiten Gespräche über einen über das Jahr 1995 hinausgehenden Einsatz der Steinkohle in der Stromerzeugung aufzunehmen."

Dr. Franz Josef Spalthoff, Vorstandsmitglied des RWE, Essen.
FOTO: WOLF P. PRANGE

Ifo: Bauwirtschaft erholt sich

dpa/VWD, München

Das Bauvolumen wird nach Meinung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, ab 1987 mindestens drei Jahre lang real wieder deutlich steigen, die Werte von 1980 aber „bei weitem" nicht wieder erreichen. In seiner Bauvorausschätzung bis 1995 erwartet Ifo grundsätzlich einen fallenden Trend im Wohnungsbau, aber anhaltendes Wachstum im Wirtschaftsbau. Langfristig komme der Bausektor von seiner Rolle als Wachstumsbremse nicht los: Der Anteil des Bauvolumens am Bruttosozialprodukt werde von 20 Prozent Mitte der 60er Jahre auf etwa elf Prozent zum Ende des Jahrzehnts sinken.

BUNDESSCHULDEN

Zinssenkung entlastet die Staatskasse spürbar

cd. Frankfurt

Der Bund wird mit einer „Überdeckung" von rund 8 Mrd. DM in das Haushaltsjahr 1986 gehen, denn die Bruttokreditaufnahme (75,5 Mrd. DM ohne die geplante Silvester-Anleihe) übersteigt den im Haushalt 1985 angesetzten Bedarf (67,5 Mrd. DM). Damit hat der Bund zugleich die notwendige Vorsorge für die noch vor dem Jahresende zu erwartenden Abflüsse aus dem 1986er Etat und für den hohen Liquiditätsbedarf im Januar getroffen, sagte Finanzstaatssekretär Tietmeyer. Für 1986 erwartet das Finanzministerium eine mit 23,7 Mrd. DM etwa ebenso hohe Nettoneuverschuldung des Bundes wie in diesem Jahr, wegen der von 45,6 auf 60,7 Mrd. DM steigenden Tilgungen werde der Bruttokreditbedarf allerdings um 15 Mrd. DM steigen.

Die Tilgung von Bundesschulden werde erst nach 1987 (67,3 Mrd. DM) wieder sinken. Die Anschlußfinanzierung fälliger Bundesschulden könnte der Bundeskasse vom nächsten Jahr eine jährliche Entlastung bis zu 2 Mrd. DM bringen, weil der Bund jetzt zu deutlich niedrigeren Zinsen zum Zuge kommt als bei der Aufnahme der 1986 zu tilgenden Kredite.

Dennoch rechnet Tietmeyer damit, daß die Zinsbelastung des Haushaltes von 29,4 Mrd. DM in diesem Jahr über 30,4 Mrd. DM 1986 bis auf 37 Mrd. DM 1989 steigt, weil die Bundesschuld weiter zunimmt, wenn auch mit deutlich niedrigeren Steigerungsraten. Nach dem Wegfall der Kuponsteuer ist der Auslandsanteil an der Bundesetatfinanzierung von neun auf 22 Prozent gestiegen. Die Instabilität der Auslandsengagements am Rentenmarkt könnte künftig eine stärkere Kurspflege für Bundestitel erfordern.

US-BRUTTOSOZIALPRODUKT

Revision schönt Sparquote, Inflationsrate und Einfuhren

Sbt. Washington

In den USA haben sich wichtige volkswirtschaftliche Daten geändert, nachdem das Handelsministerium in Washington die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten revidierte. Statt 1972 wurde zum Beispiel für die Ermittlung konstanter Preise das Basisjahr 1982 gewählt. In die Wertschöpfung stärker einbezogen werden mit zusätzlich 100 Mrd. Dollar Einkommen aus der Schattenwirtschaft; sorgfältiger erfaßt werden die Sparquote und der Außenhandel. Geglättet werden dadurch die Ausschläge.

Mit den Korrekturen durchbricht das US-Bruttosozialprodukt in diesem Jahr erstmals die 4000-Mrd.-Dollar-Marke. Nominal ist es von 1972 bis 1984 im Jahresdurchschnitt um 9,9 Prozent gewachsen. Real erreicht es 3584 Mrd. Dollar, wobei das Jahresplus im gleichen Zeitraum statt 2,7 nur 2,5 Prozent betrug. Ebenfalls inflationsbereinigt stiegen die Verbraucherausgaben jährlich um 2,7 (vorher: 3,1), betriebliche Investitionen um 3,7 (4,5), Güter- und Dienstleistungsexporte um 5,5 (5,4), entsprechende Importe um 5,3 (6,4) und Regierungskäufe um 1,4 (1,5) Prozent).

Gemessen am gewogenen BSP-Preisindex, ist die durchschnittliche Inflationsrate von 1972 bis 1984 von 7,3 auf 6,6 Prozent reduziert worden. Die US-Bürger haben auch etwas mehr gespart. So sackte die Sparquote im 3. Quartal 1985 nicht auf 2,7, sondern nur auf 3,5 Prozent. Der Effekt der statistischen Änderungen läßt sich am Wirtschaftswachstum von Juli bis September verdeutlichen: Ohne sie wäre die reale Zunahme nicht von 4,3 auf drei, sondern nur auf 3,5 Prozent reduziert worden. 1984 machte sie 6,6 (6,8) Prozent aus.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Fischfangquoten erstmals für Zwölfergemeinschaft

Brüssel (dpa) – Die für Fischerei zuständigen EG-Minister haben sich in der Nacht zum Sonnabend in Brüssel auf die Gesamtfangmengen für die neue Zwölfergemeinschaft und ihre Aufteilung in Fangquoten für einzelne Mitgliedsländer geeinigt. Spanien und Portugal werden damit, wie in den Beitrittsverträgen vorgesehen, mit Beginn ihrer EG-Mitgliedschaft vom 1. Januar 1986 an auch in die Gemeinsame Fischereipolitik einbezogen. Gleichzeitig wurden auch die Fangquoten im Rahmen des Grönland-Abkommens unter Dach und Fach gebracht, an denen vor allem die Deutschen interessiert waren. Vor Grönland fing die deutsche Hochseefangflotte 1985 mit 80 000 Tonnen Fisch den weitaus größten Anteil ihrer Fangmengen außerhalb der EG-Gewässer. Als Kompensation für den weitgehend verschwundenen Kabeljau wurden die Rotbarsch-Mengen in diesem Gebiet von 5500 auf 10 000 Tonnen aufgestockt. Die zusätzlichen Mengen entfallen fast ganz auf die deutschen Fischer.

US-Stahlverluste

Washington (Sbt.) – Die US-Stahlindustrie landete im dritten Quartal 1985 wieder in der Verlustzone. Nach Angaben des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts in Washington verlor die Branche insgesamt 89 Mill. Dollar, verglichen mit einem Gewinn in Höhe von 133 Mill. Dollar in der April/Juni-Periode. Von Januar bis September erreichte das Minus 94 Mill. Dollar bei einem zusammengefaßten Stahlumsatz von 24,5 Mrd. Dollar.

Lebhafte Kreditnachfrage

Frankfurt (cd.) – Die konjunkturelle Belebung beflügelt das Kreditgeschäft. Die Bankkredite an inländische Unternehmen und Private wuchsen im November um 10,2 Mrd. DM und damit wesentlich stärker als vor einem Jahr (6,9 Mrd. DM); auch saisonbereinigt nahmen sie kräftig zu. Gleichzeitig flossen inländischen Nichtbanken – teilweise saisonbedingt – umfangreiche Mittel aus dem Ausland zu; ein Indiz dafür ist die Zunahme der Nettoforderungen von Bundesbank und Kreditgewerbe gegenüber dem Ausland von 5,3 Mrd. DM nach 2,1 Mrd. DM im Oktober und 3,6 Mrd. DM im November 1984.

Höherer Einfuhrzoll

Brüssel (AP) – Die Europäische Gemeinschaft wird den Einfuhrzoll auf Videorecorder vom 1. Januar an von acht auf 14 Prozent erhöhen. Dies teilte ein Sprecher der EG-Kommission am Wochenende mit. Als Ausgleich für die Zollerhöhung soll der Einfuhrzoll für Halbleiter von 17 auf 14 Prozent gesenkt werden und die Abgabe für Elektronenrechner, Kofferradios, Kassettenrecorder und Radiowecker wegfallen.

Neues Angebot

London (dpa/VWD) – Ein Konsortium aus fünf europäischen Firmen - Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Agusta (Italien), Aerospatiale (Frankreich), British Aerospace und GEC (Großbritannien) – hat einen neuen Vorschlag zur Beteiligung an dem angeschlagenen britischen Hubschrauberhersteller Westland unterbreitet. Mit 38 Mill. Pfund (136,8 Mill. DM) für eine 29,9prozentige Beteiligung wollen die Europäer das Angebot von 30 Mill. Pfund ausstechen, das der amerikanische Hubschrauber-Weltmarktführer Sikorsky und der italienische Fiat-Konzern gemacht haben.

Nachteilsausgleich

Kassel (VWD) – Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat in einem Musterprozeß grundsätzlich entschieden, daß bei Betriebsänderungen ein Nachteilsausgleich für die betroffenen Arbeitnehmer erfolgen muß. Zu diesem Zweck muß ein Sozialplan aufgestellt werden. Wenn sich der Arbeitgeber und der Betriebsrat nicht auf einen Sozialplan einigen, so kann der Betriebsrat die Einigungsstelle anrufen, die dann für die Aufstellung des Plans zuständig ist (Az.: Bundesarbeitsgericht 1 ABR 78/83).

Wochenausweis

	15.12.	7.12.	15.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	64,8	64,4	63,3
Kredite an Banken	105,2	82,0	95,8
Wertpapiere	4,1	4,1	4,1
Bargeldumlauf	116,0	116,7	109,7
Einl. v. Banken	41,9	51,8	50,5
Einlagen v. öffentl. Haushalten	9,8	0,1	3,1

KERNKRAFTWERKE

Entsorgungskonzept wird termingerecht verwirklicht

HEINZ HECK, Bonn

„Fortschritte wie in keinem Jahr zuvor" sind nach einer Jahresbilanz des Deutschen Atomforums 1985 bei der Entsorgung deutscher Kernkraftwerke erzielt worden. Das Entsorgungskonzept der Bundesregierung werde mit der Wirtschaft termingerecht verwirklicht.

Als „wichtige Meilensteine der Entsorgung" nennt das Forum:

- Ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle ist im niedersächsischen Gorleben im Oktober endgültig in Betrieb genommen worden;
- die Entscheidung für Wackersdorf als Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage fiel im Februar. Die erste Teilerrichtungsgenehmigung folgte im September, und die Bauvorbereitungen haben begonnen.
- Die deutsche Anlage für Verglasung hochradioaktiver Abfälle (Pamela) im belgischen Mol arbeitet seit August.
- Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt hat im März den Nachweis vorgelegt, daß das Endlager Konrad sicher betrieben werden kann. Die ehemalige Erzgrube ist für die Endlagerung von nicht Wärme entwickelnden radioaktiven Abfällen gedacht.
- Der Bau von zwei Schächten zur bergmännischen Erkundung des Salzstocks Gorleben gehe termingerecht voran. Hier ist ein weiteres Endlager vorgesehen.

Das Atomforum weist im übrigen auf die Schwierigkeiten bei den beiden zentralen Zwischenlagern für ausgediente Brennelemente in Gorleben und Ahaus hin. Gorleben sei zwar fertiggestellt, könne aber aus juristischen Gründen noch keine Brennelemente aufnehmen. Ahaus sei zur Zeit gerichtlich unterbrochen.

HAUSTÜRGESCHÄFTE / Versicherungsverträge generell ohne Widerrufsmöglichkeit

Harte Kritik am neuen Gesetz

S. SCHUCHART, Bonn

Das Ende einer Gesetzgebungs-Groteske war in der vergangenen Woche in Bonn zu beobachten: Erwartungsgemäß scheiterten die Bundesländer Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland im Bundesrat mit ihrem Versuch, den vom Bundestag Mitte November verabschiedeten Gesetzentwurf über den Widerruf von Haustürgeschäften zu Fall zu bringen. Stein des Anstoßes für die SPD-Länder war die generelle Herausnahme von Versicherungsverträgen aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes.

Der von Bayern initiierte Gesetzentwurf des Bundesrats hatte in seiner ursprünglichen Form dagegen lediglich eine Ausnahmeregelung für Versicherungsverträge mit sofortiger Deckungszusage vorgesehen. „Dies wäre eine sinnvolle Regelung gewesen, die wir immer mitgetragen haben", betonte die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD, Anke Martiny, gegenüber der WELT. Doch durch die jetzige Regelung weise ein Gesetz, das an sich einen Fortschritt im Verbraucherschutz darstelle, schwerwiegende Mängel auf. „Es geht nicht an, den Anschein zu erwecken", erklärte Frau Martiny, „daß nur die anderen die bösen Buben sind, obwohl es bei den Versicherungsverträgen häufig nicht mit rechten Dingen zugeht, wie die Beschwerdestatistik des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen zeigt."

Auch die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in Bonn beklagt, daß sich „die starke Versicherungslobby gegenüber dem Parlament durchgesetzt und offensichtlich die Parlamentarier mit teils einseitigen, teils falschen Argumenten zu ihrer Fehlentscheidung verleitet habe". Nach Auffassung der AgV ist es reine „Augenwischerei", wenn in diesem Zusammenhang auf die gut funktionierende Versicherungsaufsicht hingewiesen wird, da diese nicht in der Lage sei, im Einzelfall einem überrumpelten Kunden zu helfen. Auch erwartet die AgV entgegen den Beteuerungen der Versicherungswirtschaft nicht, daß auf absehbare Zeit auf europäischer Ebene eine spezifische Regelung für die Versicherungsverträge zustandekommt.

Zudem greife der Hinweis auf freiwillig eingeräumte Rücktrittsrechte nicht, da es diese nur bei der kapitalbildenden Lebensversicherung gebe und viele andere Branchen der Direktvertriebswirtschaft ebenfalls solche Widerrufsrechte gewähren, ohne von dem Gesetz ausgenommen zu sein. Diese im Arbeitskreis „Gut Beraten – Zu Hause Gekauft" zusammengeschlossenen Anbieter erwägen zur Zeit, wegen der Ungleichbehandlung mit Hilfe eines Rechtsgutachtens die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überprüfen zu lassen.

STEUERBEREINIGUNGSGESETZ / Zum 1. Januar

Anreiz für private Forschung

HEINZ HECK, Bonn

Mit diesem Beitrag werden die Erläuterungen zum Steuerbereinigungsgesetz abgeschlossen.

Investitionszulagen- und Zonenrandförderungsgesetz

Zu den Schwerpunkten der Änderungen gehört die Aufhebung des Kumulationsverbots von regionaler Zulage nach Paragraph 1 und Forschungszulage nach Paragraph 4 des Investitionszulagengesetzes. Dadurch soll ein größerer Anreiz für private Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in den Fördergebieten geschaffen werden. Außerdem wird die Förderung besonders kapitalkräftiger Betriebe eingeschränkt, die – gemessen an der Investitionssumme – nur eine geringe Zahl neuer Arbeitsplätze schaffen. Dazu wird der förderungsfähige Höchstsatz vom 30fachen auf das zehnfache der durchschnittlichen Investitionskosten je geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplatz abgesenkt. Der förderungsfähige Höchstsatz beträgt damit nur noch 2 statt 6 Millionen Mark je Arbeitsplatz.

Weitere Änderungen des Investitionszulagengesetzes gelten der Rechtssicherheit und -klarheit sowie dem einfacheren Verwaltungsvollzug. Dazu gehört auch die Streichung der Prosperitätsklausel in beiden Gesetzen. Die Prüfungen des Bundesrechnungshofs haben ergeben, daß die Klausel ohne Bedeutung geblieben ist. Der Verzicht dient der Steuer- und Verwaltungsvereinfachung für Steuerbürger und Finanzverwaltung.

Bewertungsgesetz

Bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens wird eine Vereinfachung dadurch erreicht, daß künftig hinsichtlich des Ansatzes des Geschäfts- oder Firmenwerts in der Vermögensaufstellung und in der Steuerbilanz ein völliger Gleichklang erreicht wird. Sowohl in der Frage, ob ein Firmen- oder Geschäftswert angesetzt wird, als auch hinsichtlich der Höhe des Wertes, folgt das Bewertungsrecht künftig dem Einkommensteuerrecht. Danach kann der Geschäfts- oder Firmenwert bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens ebenso wie im Steuerbilanzrecht nach Maßgabe des Bilanzrichtliniengesetzes abgeschrieben werden.

Beim sonstigen Vermögen wird die 1974 aufgehobene Vermögensteuerbefreiung für Werke zeitgenössischer Künstler wieder eingeführt. Befreit sind ab 1. 1. 1986 alle Kunstwerke, die zu Lebzeiten des Künstlers angeschafft werden oder angeschafft worden sind. Diese Begünstigung der zeitgenössischen Kunstwerke gegenüber dem übrigen Kunstbesitz soll einen Anreiz bringen, gerade Werke lebender, vor allem junger und unbekannter Künstler zu erwerben.

Umsatzsteuer

Durch die Änderungen des Umsatzsteuergesetzes werden vor allem EG-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt; dabei wird auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs Rechnung getragen. Die umsatzsteuerliche Organschaft wird künftig in ihren Wirkungen auf das Erhebungsgebiet beschränkt. Der Fortfall der grenzüberschreitenden Organschaft betrifft in erster Linie Versicherungsunternehmen mit Organträgern im Ausland. Die Neuformulierung stellt jedoch sicher, daß zwischen in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften keine Wettbewerbsstörungen auftreten.

Land- und Forstwirtschaft

Der Freibetrag für Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe kleinerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wird von 60 000 auf 90 000 Mark erhöht. Zugleich werden die Voraussetzungen für die Gewährung dieses Freibetrags verbessert: Die Wirtschaftswertgrenze für die „unschädlichen" außerlandwirtschaftlichen Einkünfte wird von 18 000/36 000 (Ledige/Verheiratete) auf 24 000 48 000 Mark erhöht (Paragraph 14 a Abs. 1–3 EStG).

Der Freibetrag für die Veräußerung oder Entnahme land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke zur Abfindung weichender Erben in Höhe von 60 000 Mark wird künftig für jeden weichenden Erben gewährt und nicht mehr nur, wie derzeit, für alle weichenden Erben gemeinsam (Paragraph 14 a Abs. 4 EStG).

Ein Freibetrag wird bei der Veräußerung von Grund und Boden zur Schuldentilgung für Grundstücksverkäufe in den Jahren 1986 bis 1988 eingeführt (Paragraph 14 a Abs. 5 EStG).

Die Sonderabschreibungen für Modernisierungsinvestitionen werden verlängert (Paragraph 76–78 EStDV).

ITALIEN / Die Aussichten in der Außenwirtschaft haben sich erheblich gebessert

Abwertungs-Spekulation abgekühlt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Wirtschaft beschließt das Jahr 1985 mit besseren Ergebnissen und Aussichten als ursprünglich erwartet. Das betrifft vor allem die Außenwirtschaft, die nicht zuletzt dank der Ende Juli erfolgten Abwertung der Lira-Parität innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) im letzten Jahresdrittel eine deutliche Verbesserung erfahren hat. Während das staatliche Außenhandelsinstitut ICE (Rom) auf Grund der ersten Halbjahresergebnisse für das gesamte Jahr noch ein Defizit im Warenverkehr von 26 000 Mrd. Lire (umgerechnet etwa 37,7 Mrd. DM) erwartet hatte, wird jetzt nur noch mit einem Fehlbetrag von knapp über 20 000 Mrd. Lire gerechnet. Das sind etwa 50 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Eine weitere erhebliche Verbesserung dürfte den Prognosen zufolge im kommenden Jahr eintreten, so daß eine Halbierung des Außenhandelsdefizits auf um die 10 000 Mrd. Lire erwartet wird. Entscheidender Faktor für die in den letzten Monaten eingesetzte Trendänderung ist neben der Ende Juli erfolgten Lira-Abwertung vor allem der schwächere Dollarkurs. Beides hat dazu beigetragen die Spekulation um eine neue Lira-Abwertung abkühlen zu lassen, so daß die Unternehmen aufgehört haben ihre Rohstoff- und Halbwarenläger über die Normallinie hinaus aufzufüllen.

Durch die Lira-Abwertung hat die italienische Wirtschaft die vorher aufgestauten Verluste an Wettbewerbskraft weitgehend wieder abgebaut. Das macht sich besonders deutlich im Verhältnis zur D-Mark bemerkbar, der gegenüber die Lira seit Jahresanfang inzwischen um zehn Prozent abgewertet wurde.

Die im letzten Jahresdrittel eingetretene Verbesserung der Außenhandelspositionen hat sich auch in der Leistungsbilanz niedergeschlagen. Sie wird den Erwartungen von Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi zufolge in diesem Jahr um „einige tausend Milliarden Lire" unter dem anfangs erwarteten Passivsaldo von 11 000 bis 12 000 Mrd. Lire abschließen.

Die Entspannung an der Außenfront hellt den Erwartungshorizont für 1986, der in den letzten Monaten erheblich verdunkelt erschien, wieder auf. Da inzwischen damit gerechnet wird, daß der Abbau der Defizite im außenwirtschaftlichen Bereich in den kommenden Monaten weiter andauert, gewinnt die Rgierung wieder Spielraum für eine nicht nur aufs Bremsen gerichtete Wirtschaftspolitik.

Wie weit, das hängt in erster Linie davo ab, wie sich die Lohndynamik und die Staatsverschuldung entwikkeln werden. Die Stundenlöhne erhöhten sich im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr um elf Prozent, das heißt um 2,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate. Ebenfalls weit am Ziel vorbeigeschossen ist die Entwicklung des Staatshaushalts.

Das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren ist schuld daran, daß die italienische Wirtschaft auch weiterhin mit einer starken hausgemachten Inflation zu kämpfen haben wird.

Thomson-Holding will nach Hannover

dpa/VWD, Villingen

Die Deutsche AG für Unterhaltungselektronik oHG (Dagfu), Villingen-Schwenningen, die im wesentlichen als Holding der deutschen Unterhaltungselektronikunternehmen Saba, Dual, Nordmende und Telefunken der französischen Thomson-Gruppe fungiert, will ihre Zentralfunktionen von Villingen nach Hannover verlegen. Eine Entscheidung, so erklärte ein Sprecher der Dagfu, sei allerdings noch nicht gefallen.

Im Planungsstadium befänden sich ferner Überlegungen, die Exportabteilungen von Saba, Dual, Nordmende und Telefunken bis Mitte 1986 an einem Ort, wahrscheinlich ebenfalls Hannover, zu konzentrieren. In Villingen bleiben soll das zentrale Entwicklungslabor mit etwa 300 Mitarbeitern. Die Holding Dagfu beschäftigt 200 bis 250 Mitarbeiter und hatte 1984 einen Umsatz von 2,86 Mrd. DM und einen Teilkonzernverlust von 3,28 Mill. DM.

NAMEN

Dr. Wolfgang Leeb, als Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank AG, Frankfurt, zuständig für den Konzernstab Finanzen und für den Geschäftsbereich Inland, vollendet am 23. Dezember sein 60. Lebensjahr.

Dr. **Josef Lanzhammer** wird zum Jahresende als Geschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Papiergroßhandels e. V., Mülheim, ausscheiden und in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wird Dr. **Rolf Hartmann**, bisher Sprecher der Geschäftsführung der Drewsen Spezialpapiere GmbH & Co. KG.

Herbert Kuphal, Mitglied der Geschäftsführung der Nürnberger Diehl GmbH & Co., beging am 21. Dezember seinen 65. Geburtstag.

Dr. **Wolf-Dieter Bopst** (46), Leiter des Bereichs Verkauf Inland der Osram GmbH, wurde mit Wirkung vom 5. Dezember zum stellvertretenden Geschäftsführer ernannt.

Michael Stein wurde als Nachfolger von Dr. **Peter-Jörg Klein** als Repräsentant der Dresdner Bank AG, Frankfurt, in Moskau in sein Amt eingeführt. **Klein** geht als Chief General Manager der Bank nach Japan.

Wilhelm Pigorsch, seit zehn Jahren persönlich haftender Gesellschafter, wird mit Ablauf dieses Jahres aus dem Bankhaus Gebr. Bethmann, Frankfurt, ausscheiden. **Werner Chrobok**, bisher Geschäftsführer der BV Financial Management GmbH, wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Hans Schmidt, Generalbevollmächtigter und Leiter des Finanz- und Rechnungswesens der Wella AG, Darmstadt, übernimmt den neuen Vorstandsbereich Finanzen. **Peter Kunse**, zuletzt Geschäftsführer der Tochtergesellschaft in Mexiko, wird Arbeitsdirektor für das Personal- und Verwaltungsressort. Vorstandsmitglied Dr. **Wolf Schröder-Hilgendorff** wird zum Jahresende als Arbeitsdirektor ausscheiden.

Peter Henschke (46) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1986 zum Marketing- und Vertriebsdirektor der Lindner GmbH, Bamberg, bestellt.

CONCORDE / Rentabler Nachfolger nicht in Sicht

Jetzt aus den roten Zahlen

J.Sch. Marrakesch

Bis zum Ende dieses Jahrhundert werden Fluggäste, die es sehr eilig haben, auf die Concorde angewiesen sein, denn ein Nachfolger für das jetzt zehn Jahre mit doppelter Schallgeschwindigkeit (über dem Meer) bei der Air France und British Airways eingesetzte französisch-britische Verkehrsflugzeug ist noch längst nicht in Sicht.

Zu dieser Perspektive äußerte sich Air-France-Chef Marceau Long beim Jubiläum in Marrakesch sehr optimistisch. Denn die Concorde sei für seine Gesellschaft ein hochgradiger Werbefaktor – ähnlich wie Rennwagen für eine Automobilmarke. Im übrigen ist die Concorde – aus Air-France-Sicht – inzwischen aus den roten Zahlen geflogen. Für dieses Jahr wird sie der Gesellschaft, nach Long, einen Gewinn von etwa 80 Mill. Franc einbringen, gegenüber 66 Mill. Franc 1984 und 32 Mill. Franc 1983. Dabei sind allerdings die vom französischen Staat getragenen Kapitalkosten nicht berücksichtigt. Von den laufenden Investitionen (Ersatzteile) übernimmt Air France 50 Prozent.

Von der in nur 16 Exemplaren gebauten Concorde hatte die Air France – quasi geschenkweise – sieben übernommen, von denen vier auf der Strecke Paris/New York (Flugzeit dreieinhalb Stunden) und zurück eingesetzt werden. Das Ticket kostet hin und zurück mit 26 135 Franc 17 Prozent mehr als die normale 1. Klasse. Die fünfte Concorde der Air France kann für Charterflüge (70 in diesem Jahr) zu 120 000 bis 150 000 Franc die Flugstunde gemietet werden. Alle anderen Strecken (nach Rio, Washington und Mexiko) wurden wegen Unrentabilität inzwischen eingestellt.

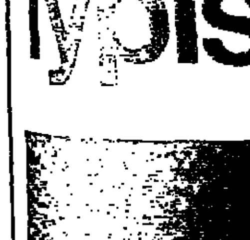
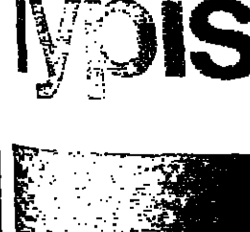
In den letzten zehn Jahren beförderte die Air France mit der Concorde insgesamt 608 000 Passagiere, wobei sich neuerdings eine wesentliche Umsatzbelebung zeigt. So wurde im Oktober auf der Strecke Paris/New York eine Rekordauslastung von 76 Prozent verbucht. Ein wirklich rentabler Concorde-Nachfolger müßte nach Long allerdings statt 100 etwa 300 Fluggäste befördern können sowie weniger Treibstoff verbrauchen.

RENTENMARKT / Weiterer Zinsrückgang

Dynamik aus dem Ausland

Der Rentenmarkt hat eine unerwartete Dynamik entwickelt. Impulse kommen vor allem aus dem Ausland. Mit dem weiteren Zinsrückgang in den USA schrumpfte der Zinsvorteil von Dollaranlagen weiter, so daß Engagements in D-Mark an Attraktivität gewannen. Zudem läßt die Befürchtung, daß das Pfund Sterling als „Ölwährung" mit dem Ölpreis weiter unter Druck gerät, einiges Kapital aus Großbritannien in die Bundesrepublik fließen. Anders als an der Aktienbörse wurde die vom Zentralbankrat angekündigte Umstrukturierung und Senkung der Mindestreserven am Rentenmarkt nicht als geldpolitische Lockerung fehlinterpretiert. cd.

Emissionen	20.12. 85	13.12. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,95	6,02	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,31	6,36	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,08	6,14	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,38	6,38	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,11	6,20	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,71	5,79	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,78	6,90	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,10	6,19	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,88	6,92	7,20	8,08	8,45








DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

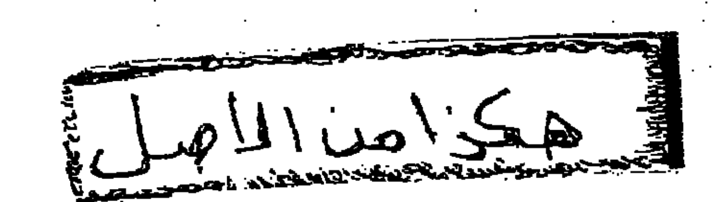
Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg



Werner Bahlsen gestorben

Werner Bahlsen, persönlich haftender Gesellschafter der H. Bahlsens Keksfabrik KG in Hannover, ist am 21. Dezember im Alter von 81 Jahren unerwartet gestorben. Er stand nahezu 60 Jahre an der Spitze des von seinem Vater gegründeten Unternehmens und gehörte zu den wenigen wirklichen Unternehmerpersönlichkeiten der deutschen Wirtschaft. Werner Bahlsen führte die Keksfabrik aus der existenzbedrohenden Lage während der Weltwirtschaftskrise und leitete nach dem Zweiten Weltkrieg den planvollen Wiederaufbau des Betriebs zu einem der weltweit führenden Dauerbackwaren-Hersteller ein.

Erst vor wenigen Monaten hatte er die Geschäftsführung niedergelegt und den Vorsitz des Beirats übernommen. Neben seiner Tätigkeit im eigenen Unternehmen hat es Werner Bahlsen stets als selbstverständliche Pflicht angesehen, sich für das Allgemeinwohl zu engagieren. Seine Tätigkeit im Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ist nur ein Beispiel. Für sein ehrenamtliches Wirken für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche und Kunst erhielt er 1978 den Freiherr-vom-Stein-Preis. Werner Bahlsen hinterläßt ein wohlgeordnetes Haus.

(dos)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Walter P. Schega; **Detmold:** Ramm GmbH, Lemgo; **Elmshorn:** Bauges. Nord mbH, Bevern; **Frankfurt:** Nachl. d. Kurt Hirz; Nachl. d. Roswitha Steckenborn; Reyschmidt GmbH; Wolfgang Glimm, Rechtsanwalt, Hofheim/Ts; **Hannover:** ÖKO-Haus GmbH, Langenhagen; Otto Hengst OHG; **Heidelberg:** Deppe & Seifried GmbH; **Krefeld:** Richard Obermann GmbH u. Co. KG; **Lebach:** Nachl. d. Andreas Josef Leidinger, Nalbach-Bilsdorf; **Lippstadt:** intercontact Möbel J. Flaishans OHG, Anröchte; **Lörrach:** Schilder-Bauer GmbH, Weil am Rhein; **Mayen:** Dewa GmbH; **Moers:** „Perfekt Selbstbau" Bauelementehandelsges. mbH; **Nürnberg:** Nachl. d. Anna Margarete Stauffer, Berching; **Pinneberg:** Betonwerk Kurt Pahl, Ellerbek; **Rendsburg:** Harald Damerow, Jahrsdorf; **Traunstein:** Nefetex Ex-Import Textilhandels GmbH; **Vechta:** Kleinstheim f. Kinder u. Jugendliche e. V.; **Wetzlar:** Dewa-Gilsoneit GmbH i. Wetzlar; **Wuppertal:** BBP Music Service Großhandel GmbH, Wülfrath.

Vergleich beantragt: Stuttgart: Medienzentrum „Alte Stuttgarter Reithalle" GmbH & Co. KG; Medienzentrum „Alte Stuttgarter Reithalle" Verwaltungs- GmbH.

KLEINWANZLEBENER SAATZUCHT / Höhere Dividende und Jubiläumsbonus

Vorjahresergebnis noch übertroffen

D. SCHMIDT, Hannover

Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) die ohnehin günstigen Vorjahresergebnisse noch übertroffen. Bei der Vorlage der Bilanz sprach der sonst eher zurückhaltend urteilende Vorstand denn auch von einem „guten Abschluß". KWS sei den Erfolgsweg konsequent weitergegangen. Dies gelte nicht nur für die AG, sondern gleichermaßen für die Gruppe, erklärte Finanzchef Kurt Quensell.

Auch die Aktionäre profitieren von dieser Entwicklung. Der Hauptversammlung am 29. Januar wird vorgeschlagen, die Dividende auf 8 (7,50) DM zu erhöhen. Hinzu kommt ein Jubiläumsbonus von 2 DM. Damit trägt KWS der vor 100 Jahren erfolgten Umgründung in eine Aktiengesellschaft Rechnung. Das Grundkapital von 33 Mill. DM liegt mehrheitlich bei den Familien Büchting und Rabbethge. Aus dem auf 8,9 (7,1) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß werden ferner die offenen Rücklagen (43,1 Mill. DM) mit 2,5 (2) Mill. DM bedacht.

Die Ertragskraft des Unternehmens zeigt sich im Cash-flow, der auf 19,4 (16,6) Mill. DM zunahm. Die Umsatzrendite nach Steuern beziffert Quensell mit 5,83 (4,96) Prozent und die Eigenkapitalrendite mit 12,22 (9,86) Prozent. Der KWS-Finanzchef ließ keinen Zweifel daran, daß auch das Betriebsergebnis kräftig (gut 20 Prozent) verbessert wurde.

Der Umsatz der AG nahm im Berichtsjahr um 8,3 Prozent auf 154 (143) Mill. DM zu. Wesentlichen Anteil daran hat der für KWS wichtigste Umsatzträger, die Zuckerrübe (Anteil 50 Prozent), sowie das Saatgut Mais. Der Bereich Feldsaaten/Futterrüben blieb nahezu unverändert. Der Exportanteil erreichte 37 (35) Prozent.

Im Berichtsjahr stiegen die Sachanlageinvestitionen auf 7 (5) Mill. DM. Sie wurden in vollem Umfang durch die auf 8,5 (5,8) Mill. DM erhöhten Abschreibungen finanziert. Ein grundsolides Bild zeigt die Bilanz. Die liquiden Mittel werden mit 23 (24) Mill. DM ausgewiesen. Aus der Tatsache, daß die Rücklagen höher sind als das Grundkapital, darf nach den Worten Quensells nicht geschlossen werden, daß KWS in den nächsten Jahren Berichtigungsaktien ausgeben werde. Dies stehe nicht zur Debatte.

Im Inlandskonzern, also unter Einschluß der Firmen Lochow-Petkus, Ragis Kartoffel, van Waveren Pflanzenzucht, Agrar Consulting und Planta, erhöhte sich der Umsatz um 12,8 Prozent auf 216 (192) Mill. DM. Der Konzerngewinn stieg auf 8,9 (7,5) Mill. DM. Den Weltumsatz beziffert Vorstandsmitglied Andreas Büchting auf 286 (257) Mill. DM.

Mit der Entwicklung der Tochter- und ausländischen Beteiligungsgesellschaften zeigt sich Büchting weitgehend zufrieden. Auch ergebnismäßig seien die Planungen realisiert worden. Forciert werden soll vor allem das Geschäft in Frankreich. Die Kapitalaufstockung der KWS France auf inzwischen 10 Mill. F (bislang 0,26 Mill. F) spricht für sich. In den USA, wo KWS drei Gesellschaften betreibt, wurden erhebliche Marktanteile hinzugewonnen.

Angesichts der schwierigen Lage auf dem Zuckerrüben- und Kartoffelmarkt werden die Aussichten für das laufende Jahr allerdings skeptisch beurteilt. Wenn das Niveau des Berichtsjahres gehalten werden kann, wäre dies ein gutes Ergebnis, meinte Büchting. Weiter intensivieren will KWS die Arbeit auf den Gebieten Forschung und Züchtung. Die Ausgaben dafür erreichen bereits bis zu 15 Prozent des Umsatzes.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Anteile abgegeben

Düsseldorf (Py.) – Die Aachener und Münchener Versicherungs-AG, Aachen, will ihren 25,1-Prozent-Anteil am 40-Mill.-DM-Grundkapital der Kölnischen Rückversicherungs-AG, Köln, verkaufen. Wie die AM-Holding mitteilte, soll der Anteil (die Mehrheit liegt bei der Colonia Versicherung) im In- und Ausland breit gestreut werden. Mitentscheidend für die Verkaufsüberlegungen sei das Bestreben, die Rückversicherungsaktivitäten der Gruppe stärker auf die mehrheitlich gehaltene Aachener Rückversicherungsgesellschaft AG zu konzentrieren. Die Kölnische Rück hat ein Prämienvolumen von 1,45 Mrd. DM, die Aachener Rück von 634 Mill. DM.

Kalkhoff neu gegründet

Hannover (dos) – Die Verträge für die Gründung der „Neue Kalkhoff Werke GmbH" sind am Freitag unterzeichnet worden. Mit einem Kapital von 10 Mill. DM will die Gesellschaft Mitte Januar die Produktion von Fahrrädern in den Betriebsstätten der in Konkurs gegangenen Kalkhoff Werke GmbH in Cloppenburg wieder aufnehmen. Die neue Firma wird für 17 Mill. DM das Kalkhoff-Anlagevermögen erwerben und zunächst 400 der früheren 650 Mitarbeiter wieder einstellen. Nach Angaben der neuen Eigner, zu denen der Osnabrücker Hartwig Piepenbrock und der Oldenburger Wirtschaftsprüfer Horst Klose zählen, ist die öffentliche Hand in beträchtlichem Umfang engagiert.

Hohes Umsatzplus

Essen (dpa) – Die Chemischen Fabriken Th. Goldschmidt AG, Essen, haben am konjunkturellen Aufschwung der Branche in diesem Jahr teilgenommen. Nach Angaben des Unternehmens erhöhte sich der Umsatz der Gruppe in den ersten zehn Monaten um 24 Prozent auf 775 Mill. DM. Dazu trugen auch der Erwerb der restlichen 50 Prozent Beteiligung an der Kerachemie GmbH, Siershahn, und die im Vorjahr übernommene Hansa Textilchemie GmbH, Oyten, bei. Ohne diese Sondereinflüsse bleibt ein Umsatzzuwachs von 12 Prozent. Das wirtschaftliche Ergebnis der AG in den zehn Monaten sei besser als 1984. In der Gruppe lag die Zahl der Beschäftigten Ende Oktober bei 4167 (3412)t.

Daimler und Wankel

Stuttgart (nl) – Daimler-Benz wird das Lebenswerk des 83jährigen Dr. Felix Wankel, der sich in seinem Forschungsinstitut in Lindau seit vielen Jahren als freier Forscher und Entwickler vornehmlich auf dem Gebiet der Motorentechnik betätigt, auch über dessen aktive Entwicklungstätigkeit sichern. Nach einem in Stuttgart unterzeichneten Vertrag wird Daimler-Benz die Betriebskosten des Instituts mit seinen 20 Beschäftigten tragen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Kurt Haberkorn: 88 Tips für erfolgreiche Redner; Expert Verlag, Sindelfingen. 1985, 68 S., 15,50 Mark

Es sind mannigfaltige Gründe, warum es mit der Redekunst so schlecht bestellt ist: fehlende Kenntnis der rhetorischen Grundregeln, mangelnde Übung, Befangenheit und Ängstlichkeit, schlechtes sprachliches Ausdrucksvermögen, mangelnder Wortschatz und viele subjektive Bedenken. Auch der schon erfahrene Redner kann die Tips dieses Autors als Checkliste verwenden.

Law & Commercial Dictionary in five languages; Band I: A–J 335 Mark; Band II: K–Z 335 Mark

Die juristischen Fachverlage West Publishing Company, St. Paul Minnesota, C. H. Beck, München und die Editiones Techniques Juris-Classeurs, Paris, haben in Zusammenarbeit ein neuartiges Wörterbuch vorgelegt, das sich als Standardwerk bald einen Platz bei allen international arbeitenden Juristen und Wirtschaftlern sichern dürfte. Insgesamt 175 000 Rechts- und Wirtschaftsbegriffe werden erklärt ausgehend vom englischen Wort, das in seiner Bedeutung erläutert wird. In Zweifelsfällen stellen Gerichtsentscheidungen die richtige Definition fest. Damit eröffnet diese Bedeutungserklärung dem Benutzer zugleich den Zugang zum anglo-amerikanischen Rechtssystem. Für jeden englischen Ausdruck findet der Leser fachgerechte, kurze Übersetzungen in vier Sprachen: Deutsch, Spanisch, Französisch und Italienisch. Dem Rechts- und Wirtschaftswörterbuch ist es gelungen, nicht nur eine Übersetzungshilfe zu geben, sondern auch die Unterschiede der einzelnen Rechtssysteme zu erläutern.

Dr. Klaus Offerhaus: Der Bundesfinanzhof; Schäfer Verlag, Stuttgart. 1985, 90 S., 22 Mark.

Mit dieser Broschüre erhält der Leser einen umfassenden Einblick in die Arbeit, Funktion, Rechtsstellung, Organisation und geschichtliche Entwicklung des obersten deutschen Finanzgerichts. Offerhaus gelingt es, seine Darstellung in einer klaren, für jeden verständlichen Sprache, vorzutragen. Die Lektüre erleichtert dem Rechtssuchenden den Zugang zum finanzgerichtlichen Verfahren.

Volksfürsorge-Versicherungen (Hrsg.): Steuertips zum Haus- und Grundbesitz; 200 S., kartoniert, 5 DM Schutzgebühr (erhältlich bei den Volksfürsorge-Geschäftsstellen und der Hauptverwaltung An der Alster 57, 2000 Hamburg 1)

Haus- und Grundbesitz haben vielerlei steuerliche Folgen. Der neue Ratgeber gibt Antworten auf alle Fragen von Bauherren, Erwerbern und Hausbesitzern. Zuverlässig und leicht verständlich werden auch die komplizierten Einzelbestimmungen erläutert. Die Darstellung beschränkt sich nicht auf die Einkommenssteuer, sondern behandelt auch in Grundzügen die Grunderwerbs-, Erbschafts-, Grund- und Vermögenssteuer sowie Einzelheiten aus der Bausparförderung. Wesentlich: alle vorgesehenen Neuregelungen der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums ab 1.1.87 sind enthalten.

Wochenschlußkurse

New York

	20.12.	13.12.
Adv. Micro Dev.	28,875	29,5
Aetna Life	52,375	52,75
Alcan Aluminium	28,625	29
Alcoa	39,75	38,5
Allied Chemical	46,75	46,375
AMR Corp.	41	44,625
Amax	13	12,375
Am. Cyanamid	61	58
Am. Express	52,75	54,25
Am. Motors	2,75	2,875
Am. Tel. & Telegr.	25,125	24,125
Amoco Corp.	62,875	62,375
Asarco	17	18,5
Atlantic Richfield	65	62,625
Avon Products	28	28,5
Bally	16,5	16,375
Bk. of America	15	15,375
Bethlehem Steel	16,125	16
Black & Decker	20,5	20,125
Boeing	50,75	51,875
Brunswick	44,375	45,25
Burroughs	64,125	66
Caterpillar	41,875	42,375
Celanese	149,5	146,25
Chase Manhattan	69,75	69,125
Chrysler	44,875	44,125
Citicorp	49,875	49,375
City Investing	–	–
Clorox	47,75	48,25
Coca-Cola	84,75	86,125
Colgate	32,625	32
Commodore	11,25	11,25
Comwth. Edison	29,875	30,5
Comm. Satellite	36,625	35
Control Data	20,5	19,25
CPC Int.	51,625	51,625
Curtiss Wright	42,625	39,5
Deere	27	26,375
Delta Airlines	39	40,75
Digital Equipm.	130,875	135,625
Dow Chemical	41,5	40,625
Du Pont	66,75	64,25
Eastern Gas-Fuel	24,375	23,875
Eastman Kodak	48,75	52,5
Exxon	54,5	52,75
Firestone	22,25	21,25
Fluor	14,5	14,375
Ford	57,5	57,25
Foster Wheeler	12,375	12,375
Freeport	24,375	23,875
GAF Corp.	63,875	65
General Dynamics	68,75	67,125
General Electric	71,25	70,875
General Foods	–	–
General Motors	75,75	75
Gen. T & E.	46,125	45,25
Goodrich	33	33
Goodyeartire	30,75	30,125
Grace	47,625	47,5
Halliburton	27	26
Heinz	32	32,875
Hewlett Packard	36,375	38
Homestake	23,5	22,5
Honeywell	77,625	77,25
IBM	154,5	150,25
Int. Tel. & Tel.	36,5	36,75
Int. Harvester	8,375	8,75
Int. Paper	50,375	50,75
Int. North. Inc.	47,375	46,75
Jim Walter	42,75	42
Litton Industries	79,5	83,875
Lockheed Corp.	48,125	47,875
Loew's Corp	53,625	54,625
Lone Star	33,375	32,25
Louisiana Land	31,25	31,25
LTV Corp.	6,75	6,75
Mc Dermott	18,375	17,5
Mc Donnel Doug.	73,125	71,875
Merck & Co.	135,625	134,5
Merrill Lynch	34,625	35,5
Mesa Petroleum	14,75	15,125
MGM (Film)	24,625	23,75
Minnesota M.	90,375	88,625
Mobil Oil	30,5	30
Monsanto	48,5	47,25
Morgan J.P.	62,75	65,75
Nat. Semiconductor	12,875	13,625
National Steel	–	–
NCR	40,125	41,125
Newmont	47,25	46,5
PanAm World	7,75	7,875
Pfizer	53	55,5
Phibro	43,625	44
Philip Morris	86,25	85,25
Philips Petroleum	12	12,125
Pittston	12,25	11,625
Polaroid	43,5	39
Prime Computer	22	23,5
Procter & Gamble	70,5	70,375
RCA	59,875	59,625
Revlon	58	57,75
Reynolds Ind.	31,75	32
Rockwell Int.	36,125	36,5
Rorer Group	37,875	35,75
Schlumberger	34,75	35
Sears Roebuck	39,25	40,75
Singer	42,625	41,75
Sperry Corp.	53,75	52,625
Stand. Oil Calif.	37,75	36,5
Storage Techn.	1,625	1,75
Tandy	39,75	41,5
Teledyne	301,25	297,125
Telex Corp.	60,75	58,375
Tesoro	10,125	9,875
Texaco	30,25	29,625
Texas Instrum.	106,125	104,5
Tosco	4	3,625
Trans World Corp.	38,75	39,25
Transamerica	34	35
Travelers	47,5	47,25
UAL	50,5	52,5
Uccel Corp.	16,875	16,625
Union Carbide	72,625	69,75
Union Oil of Calif.	27,375	27,375
US Gypsum	50,25	47,5
US Steel	25,125	26,125
United Technologies	45,5	44,625
Walt Disney	115,125	108
Warner Comm.	35,375	35,25
Westinghouse El.	45	44,75
Weyerhaeuser	30,875	32
Whittaker	19,75	21
Woolworth	59,875	60,875
Xerox	58,5	59,75
Zenith Radio	20	19,25
Dow Jones Index	1543,12	1535,21
Stand. & Poors	210,97	209,94

Toronto

	20.12.	13.12.
Abitibi-Price	17	18
Alcan Alu.	40	40,125
Bk. of Montreal	34,5	34,625
Bk. of Nova Scotia	14,5	15
Bell Cda Enterprises	41,625	41,625
Bluesky Oil	3,35	3,3
Bow Valley Ind.	13,625	14,375
Brenda Mines	8,375	8,875
Brunswick M & Sm.	12,625	12,5
Cdn. Imperial Bk.	43,375	43,75
Cdn. Pacif. Enterpr.	–	29,75
Cdn. Pacific Ltd.	18,375	17,875
Cominco	11,5	11,5
Coseka Res.	2,5	2,45
Denison Mines	14,375	14,375
Dome Petroleum	2,85	3,05
Domtar	22,625	22,5
Falconbridge Ltd.	21	18,875
Great Lakes Forest	18,5	16,75
Gulf Canada	20,25	20,25
Gulfstream Res.	0,95	1,01
Hiram Walker Res.	32,375	32,75
Hudson Bay Mng. Sp.	6,75	6,625
Husky Oil	9,75	9,25
Imperial Oil -A-	51	51,75
Inco	18	17,375
Inter City Gas Ltd.	14,75	14,625
Interprov. Pipeline	43,25	42,75
Kerr Addison	15,875	15,25
Lac Minerals	36,625	35,5
Massey Ferguson	3	3,1
Moore Corp	28,5	29,625
Noranda Mines	14	14,75
Norcen Energy Res.	16,25	15,375
Northgate Expl.	4,6	4,35
Northern Telecom.	47,75	47,875
Nova An Alberta "A"	7	6,75
Nu West Group	0,42	0,47
Oakwood Petrol	8,25	8
Placer Development	23,875	23,5
Provigo Inc.	15,375	14,5
Ranger Oil	4,65	4,7
Revenue Properties	1,98	1,97
Rio Algom	23	23,125
Royal Bk. of Can.	33,75	34,375
Seagram	66,875	64
Shell Canada	22,5	22,875
Sherritt Gordon	8	7,375
Stelco -A-	23,625	23,25
TransCda. PipeLines	21,5	21,75
Westcoast Transm.	17,375	17,875
Index: TSE 300	2870,68	2844,00

Tokio

	21.12.	13.12.
Alps	1740	1850
Bank of Tokyo	765	775
Banyu Pharma	699	700
Bridgestone Tire	527	532
Canon	1120	1200
Daikin Kogyo	650	635
Daiwa House	874	880
Daiwa Sec.	785	818
Eisai	–	1300
Fuji Bank	1540	1540
Fuji Photo	1990	2090
Fuji Radio	2000	1970
Hitachi	745	780
Honda	1190	1230
Ikegai Iron	343	340
Isetan	700	715
Ito Yokado	2960	3070
Japan Air	8400	7840
Japan Met.	345	336
Japan Syn. Rubber	340	349
Kajima	482	480
Kansai Elec.P.	2110	2170
Kao Soap	975	975
Kawasaki H	164	170
Kawasaki S	135	135
Kirin Brewery	725	739
Komatsu	505	490
Kubota Iron	350	342
Kyocera	4500	4740
Makita El.	980	1030
Marui	1550	1520
Matsushita El. Ind.	1270	1340
Matsushita El. Wks.	885	888
Mitsubishi CP	558	585
Mitsubishi El.	339	340
Mitsubishi Estate	1080	1140
Mitsubishi Heavy I.	374	375
Mitsui Co. Ltd	430	438
Mitsukoshi	625	650
Mitsumi El	900	910
Nichicon	–	910
Nihon Cement	338	329
Nikko Sec.	710	750
Nippon El.	1280	1360
Nippon Kokan	133	134
Nippon Oil	779	820
Nippon St.	155	155
Nippon Yusen	337	340
Nissan Motor	575	525
Nomura Sec.	1090	1130
Olympus	1000	1050
Penta-Ocean	336	340
Pioneer	1800	1890
Renown	740	730
Ricoh	1090	1140
Sankyo	1080	1080
Seiyu Stores	840	835
Sekisui Pref.	842	840
Sharp	900	957
Shiseido	1420	1360
Sony	3980	4280
Sumitomo Bank	1680	1690
Taisei Corp.	326	321
Taisho Marine	545	554
Takeda Chem.	975	942
Teijin	476	485
Tokyo Elec.	1280	1340
Tokyo Gas	298	301
Tokio Marine	898	910
Tokyo El. Power	2820	2720
Toray Ind.	515	520
Toshiba Elec.	366	395
Toto	858	870
Toyo Kogyo	395	402
Toyota Motor	1190	1220
Yamaichi	750	770
Yamanouchi	3040	3050
Yamaha	661	675
Yamazaki	925	966
Index	1046,20	1047,97

Zypern

Perez de Cuellar rechnet mit baldiger Annäherung

Von E. ANTONAROS

In diesem Jahr wurde die Republik Zypern 25 Jahre alt. 1960 wurde die Insel im östlichen Mittelmeer von der britischen Kolonialmacht in die Unabhägigkeit entlassen. Doch die Zyprioten haben keinen Grund, dieses Jubiläum zu feiern. Im Gegenteil: Die Insel ist seit der türkischen Invasion im Sommer 1974 hoffnungslos in einen griechischen und einen türkischen Sektor geteilt. Die Aussichten auf eine Annäherung der beiden Volksgruppen, die nach den Gründungsverträgen der Republik die Insel gemeinsam verwalten sollten, sind gering.

Die vorläufig letzte Chance für ein Arrangement zwischen den 160 000 Türken und den 650 000 Griechen verlief im Januar im Sande. Nach mehrmonatigen Vorverhandlungen unter der Ägide des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar konferierten Inselpräsident Spyros Kyprianou und Türkenführer Rauf Denktasch in New York ohne Erfolg. Denktasch hielt Kyprianou vor, in letzter Minute die Unterzeichnung einer Einigung verweigert zu haben. Von griechischer Seite dagegen wurde behauptet, daß das vorgelegte Papier erst nach Ausfüllung der dort auftretenden Lücken auf dem Verhandlungsweg unterschrieben werden sollte.

Konzessionen nach amerikanischem Druck

Dieser Konferenz waren erhebliche türkische Konzessionen vorangegangen, die trotz der federführenden Rolle des UN-Generalsekretärs auf rege diplomatische Aktivitäten der USA zurückzuführen sind. Denktasch hatte unter anderem seine bisherige Forderung nach einer Rotation des Präsidentenamtes zwischen Griechen und Türken aufgegeben und sich mit dem Amt des Vizepräsidenten für die Inseltürken zufriedengegeben. Ebenfalls hatte er seine bisher großzügigsten territorialen Konzessionen gemacht und sich damit einverstanden erklärt, daß das türkisch-zyprische Bundesland in der aus zwei Zonen bestehenden Bundesrepublik Zypern 28 (statt heute 37) Prozent des gesamten Inselgebiets erfassen sollte.

Das Friedensdokument sah ferner vor, daß die Fragen der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit sowie der Abzug der türkischen Besatzungstruppen, die seit 1974 im hermetisch abgeschirmten Nordteil der Insel stationiert sind, im Laufe von weiteren Verhandlungen geklärt werden sollten. Insbesondere für den Truppenabzug – die Griechen sprechen von 25 000 Soldaten, nach türkischen Angaben gibt es nur 16 000 Armeeangehörige aus dem Festland – sollte ein Zeitplan vereinbart werden.

Weil Kyprianou diese Regelungen zu vage erschienen, kam es nicht zu einem Arrangement. Nach Zypern zurückgekehrt, wurde der Staatschef von den beiden wichtigsten Inselparteien unter Beschuß genommen: Die konservative „Demokratische Sammlung" unter Glafkos Klerides und die Moskau-orientierte kommunistische Akel-Partei, die zusammen 23 von 35 Sitzen im damaligen Parlament kontrollierten, warfen Kyprianou vor, die Einigung torpediert und mit seinen unrealistischen Forderungen die Aussichten auf eine Lösung des Inselproblems verspielt zu haben.

Doch beim Urnengang am 8. Dezember erzielten Kyprianou und seine in der Mitte angesiedelte „Demokratische Partei" einen beachtlichen Wahlerfolg. Völlig wider Erwarten erhielten sie 27,6 Prozent der Stimmen gegenüber nur 19,5 Prozent im Mai 1981. Auch die ihn unterstützende linkssozialistische Edek-Partei erhöhte ihren Anteil von 8,2 auf elf Prozent. Erhebliche Stimmengewinne erzielte auch die „Demokratische Sammlung" mit 33,5 statt bisher 31,9 Prozent. Aber die Kommunisten erlitten mit einem Rückgang ihres Anteils von bisher 32,7 auf 27,4 Prozent eine erhebliche Niederlage.

Das Wahlergebnis hat die innenpolitische Auseinandersetzung beendet und eindeutig bestätigt, daß Kyprianou fest im Sattel sitzt und bis zum Ende seiner Amtszeit im Februar 1989 unangefochten regieren wird.

Eine zentrale Rolle hatte im Wahlkampf vor allem die Auseinandersetzung um den Abzug der türkischen Truppen gespielt. Während Kyprianou den Abzug aller türkischen Soldaten zeitsynchron mit der Bildung einer Übergangsregierung verlangt, hatten sich Kommunisten und Konservative zunächst mit einem Zeitplan einverstanden erklärt. Unter Kyprianous Druck verhärtete allerdings auch Klerides im Laufe des Wahlkampfes seinen Standpunkt.

Es ist schwer zu sagen, ob es sich bei diesen unrealistisch-maximalistischen Forderungen, die nun auf griechischer Seite im Wahlfieber entstanden sind, um Verhandlungspositionen von Dauer oder aber um Wahlslogans handelt, die bald wieder abgemildert werden können. Selbst Türkenführer Rauf Denktasch ist sich nicht hundertprozentig im klaren darüber, wie er die griechische Haltung interpretieren soll. In einem Gespräch mit der WELT unmittelbar nach den Parlamentswahlen zeigte er sich skeptisch. Er hat den Eindruck, daß der nun im Amt und in seinem harten Kurs bestätigte Kyprianou „nicht verhandlungswillig" sei.

Nach Denktaschs Ansicht sollten neue Verhandlungen „auf einer niedrigeren Ebene" stattfinden. Als Grundlage könnte das Januar-Papier dienen. Solche Beratungen von Vertretern des UN-Generalsekretärs mit den Inselgriechen und -türken sollten ursprünglich im Dezember in Genf abgehalten werden. Sie wurden allerdings auf Wunsch der Griechen und mit türkischer Zustimmung kurzfristig verschoben und sollen nun möglicherweise im Januar stattfinden.

Denktasch er wäre bereit, einen konkreten Zeitplan über den Truppenabzug auf den Tisch zu legen. Keine Konzession will er dagegen hinsichtlich der künftigen Rolle der Türkei als Garantiemacht machen. „Ohne die Türken wären wir der griechischen Willkür ausgeliefert", sagt er. Diese Haltung macht eine Einigung nicht sehr wahrscheinlich, zumal der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou eine solche Rolle der Türkei „unter keinen Umständen" akzeptieren will.

Ängste und Militärs verhindern Lösung

Athens sozialistischer Regierungschef, der Kyprianous harten Kurs im Wahlkampf aktiv unterstützte, hat neuerdings die These formuliert, daß die künftige Verfassung der Insel von Ländern aus dem Westen, dem Osten und der Dritten Welt garantiert werden soll. In der Verfassung von 1960 waren Griechenland, Großbritannien und die Türkei als Garantiemächte vorgesehen. Die Türkei machte im Sommer 1974 von ihren Rechten als Garantiemacht Gebrauch und schickte Truppen auf die Insel, als griechische Offiziere gegen den damaligen Staatschef Erzbischof Makarios putschten und ein Marionettenregime in Nikosia etablierten.

Es ist eher unwahrscheinlich, daß elf Jahre nach dem blutigen Zypern-Krieg und der De-facto-Teilung der Insel diese diametral gegensätzlichen Auffassungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Die Inselgriechen übersehen oft die tiefsitzenden Ängste und Sicherheitsbedürfnisse der türkischen Minorität. Ihrerseits nutzen die Inseltürken ihre militärische Überlegenheit aus, um den Griechen Lösungen zu servieren, denen die meisten griechischen Inselpolitiker guten Gewissens nicht zustimmen könnten.

UN-Generalsekretär Xavier Perez de Cuellar scheint jedoch die letzte Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben. Er, der vor Jahren als UN-Beobachter auf Zypern stationiert war und daher mit der Inselproblematik sehr eng vertraut ist, glaubt die beiden Volksgruppen einander doch näherbringen zu können. Nur die wenigsten Inselkenner sind so zuversichtlich wie er. Es wäre schon ein kleines Wunder, wenn Griechen und Türken Zyperns bereit wären, das Kriegsbeil zu begraben und einen neuen Anfang zu machen.



Nicosias Altstadt galt wegen ihrer Nähe zur teilenden „Attila-Linie" als sterbendes Viertel der zyprischen Hauptstadt. Ein breiter Streifen mitten durch die traditionsreiche Stadt ist Sperrgebiet. Resignation riß immer tiefere Wunden. Doch heute ist der Verfall gestoppt. Die Stadtverwaltung, hier vor allem Oberbürgermeister Lellos Demetriades, und Eigeninitiative brachten neue Urbanität in die engen Gassen. Heute steigen wieder die Grundstückspreise, und das sei, so der OB, „der beste Beweis dafür, daß sich das Leben entwickelt und Dynamik gewinnt". FOTO: HHH

Ab 1. Januar 1986 Zollunion mit der EG

Mit fast achtjähriger Verspätung soll Zypern nun von einem Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft profitieren, das im Gefüge der Zypern-Krise und der 1974 erfolgten De-facto-Teilung der Insel eingefroren worden war. Nach einem Beschluß des Europäischen Rates vom 25. November in Luxemburg hat die EG-Kommission nun das Mandat erhalten, die im Abkommen vorgesehenen Regelungen unverzüglich zu reaktivieren und die dort vorgesehene Zollunion Zyperns mit der Gemeinschaft bereits zum 1. Januar 1986 in Kraft zu setzen.

Anfang Dezember fanden in Brüssel vorbereitende Gespräche des zyprischen Außenministers Georgios Iakovou mit EG-Kommissar Claude Cheysson statt, der für die auswärtigen Angelegenheiten der Gemeinschaft zuständig ist. Die endgültige Entscheidung für das Inkrafttreten der Zollunion, die von Zyperns Griechen aus politischen und finanziellen Gründen gewünscht wird, soll am 23. und 24. Dezember erfolgen, wenn Cheysson eine weitere Gesprächsrunde mit der zyprischen Regierung in Nikosia führen wird.

Zyperns Anspruch auf eine Zollunion ist in einem aus fünf Artikeln bestehenden Abkommen geregelt, das die Inselregierung im Jahre 1973 mit der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen hatte. Dieses Abkommen räumt Zypern erhebliche Präferenzregelungen im Handelsbereich ein und sieht als Endstufe die Zollunion vor, die eigentlich bereits im Jahre 1977 hätte eingeleitet werden müssen. Diese Regelung sieht zwar – anders als das Abkommen mit der Türkei – die Vollmitgliedschaft nicht als Endziel vor, ist aber erheblich günstiger als die Abkommen, die zwischen der EG- und beispielsweise den Maghreb-Ländern existieren.

Trotz Avancen von griechisch-zyprischer Seite ist die Einführung der Zollunion seit 1977 immer wieder von seiten der Gemeinschaft unter deutlichem Hinweis auf die politische Lage der gespaltenen Insel hinausgezögert worden. Als es im Dezember letzten Jahres danach aussah, als ob eine Einigung zwischen Griechen und Türken zustande kommen könnte, ließ sich die Gemeinschaft zur verbindlichen Ankündigung bewegen, daß 1985 die Verhandlungen über die Verwirklichung der Zollunion stattfinden sollten.

Auch nach dem Kollaps der interkommunalen Gespräche in New York änderte die EG ihre Pläne nicht. Der Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal sowie der von Griechenland ausgehende massive Druck führten schließlich zur Endphase der Beratungen, die vor Weihnachten abgeschlossen werden soll.

Das Assoziationsabkommen sieht die Verwirklichung der Zollunion in zwei Phasen mit einer Dauer von jeweils zehn und fünf Jahren vor. Im Laufe dieser fünfzehnjährigen „Übergangsperiode", die übrigens weitgehend den Spaniern und Portugiesen zugestandenen Regelungen entspricht, sollen sämtliche Barrieren im Außenhandel Zyperns mit der EG schrittweise abgebaut werden, so daß die Inselrepublik um die Jahrtausendwende von sämtlichen Mechanismen der Gemeinschaft profitieren wird, ohne Vollmitglied zu sein.

Von der Zollunion verspricht sich Zypern eine Ankurbelung seiner Exporte in Richtung EG: Wegen der Quotenregelung, die für die meisten Agrarerzeugnisse (Zitrusfrüchte, Kartoffeln, Trauben, Wein), aber auch für die Textilien der Inselrepublik im EG-Raum gilt, weist die Handelsbilanz Zyperns mit der EG einen immer größer werdenden Überschuß zugunsten der Gemeinschaft aus, der 1983 knapp 450 Millionen Ecu betrug.

Die Handelsbarrieren haben zur Folge gehabt, daß Zyperns Ausfuhren praktisch stabil geblieben sind, während die Importe aus der Gemeinschaft (Düngemittel, Maschinen, Autos, Getreide und Textilien) ständig zugenommen haben.

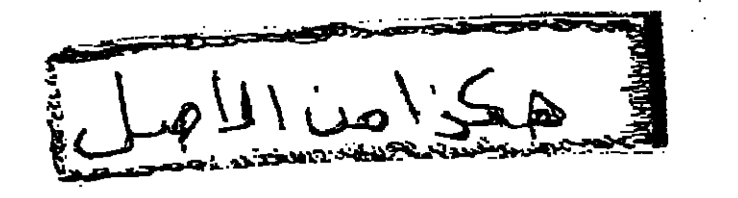
Doch die wichtigsten Vorteile sollen, wie die zyprische Regierung äußerst ungern unterderhand zugibt, im politischen Bereich entstehen. Insgeheim glauben die Inselgriechen, daß durch die Quasi-Eingliederung des griechischen Teils Zyperns in die Gemeinschaft die Inseltürken praktisch unter Druck geraten werden, eine Lösung des Inselproblems mit den Griechen voranzutreiben, um auch selbst von den günstigen Zollunion-Regelungen im Wirtschaftsbereich zu profitieren.

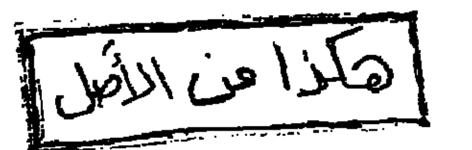
Türkenführer Rauf Denktasch hat diese Gefahr erkannt und daher mit Vehemenz auf die nun erklärte Absicht der Gemeinschaft reagiert, die Zollunion mit Zypern zu verwirklichen. Zwar heißt es in sämtlichen Vereinbarungen, daß alle aus der Zollunion resultierenden Vorteile beiden Volksgrupen zugute kommen sollen. Aber angesichts der Teilung der Insel ist diese Regelung kaum anwendbar. Denktasch: „Auch wir müssen gehört werden, weil wir gleichberechtigte Partner auf dieser Insel sind."

Stoßen seine Appelle an die Adresse der EG auf taube Ohren, so droht Denktasch seine letzte Waffe einzusetzen. Seine im November 1983 proklamierte „Türkische Republik von Nordzypern", zu deren „Präsident" er sich im Sommer wählen ließ, ist bisher mit Ausnahme der Türkei von keinem Staat der Welt völkerrechtlich anerkannt worden. „Wir haben uns darum absichtlich nicht bemüht, weil wir alle Brücken nicht abreißen wollen. Aber ignorieren die Griechen unsere Rechte weiterhin, so werden wir uns zur Wehr setzen."

Diese Drohnungen werden im griechischen Teil Zyperns allerdings nicht sonderlich ernst genommen. „Denktasch ist bisher nicht imstande gewesen, auch nur einen einzigen Staat dazu zu bringen, ihn anzuerkennen. Er ist völlig isoliert", glaubt ein Diplomat im zyprischen Außenministerium. „Die Eingliederung Zyperns in die EG würde seine Isolation vervollständigen und ihn hoffentlich zum Handeln zwingen."

E. ANTONAROS





OFF-SHORE / Ein „Reiz-Klima" für Investoren

Progressionsvorbehalt für deutsche Anleger

Rund 5000 ausländische Firmen haben sich in den letzten fünf Jahren auf der Inselrepublik registrieren lassen. Oft sind es nur Firmenschilder, die auf die Präsenz der Ausländer hinweisen.

Zypern wirbt nicht nur mit einer vorteilhaften geographischen Lage zwischen Europa und Arabien, Zypern bietet jedem Investor und jedem Off-shore-Unternehmen besondere steuerliche Anreize. Kein Wunder daher, daß die meisten Unternehmen, die sich in Zypern etabliert haben, aus Europa und den USA stammen. Rund die Hälfte sind Handelsunternehmen, es folgen Consulting-Firmen, Marketing-Gesellschaften, Arbeitsvermittlungs-Büros für Arabien und die internationale Schiffahrt.

Zypern nutzt für diese Off-shore-Funktion seine Insellage. Die Regierung wird nicht müde zu betonen, daß gerade die Insellage ein ideales Sprungbrett in die arabische Welt darstellt.

Seit sich die Regierung vor zehn Jahren eher zaghaft in das Gebiet der Off-shore-Gesellschaften wagte, wird diese Möglichkeit, durch Firmenpräsenz die steuerrechtlichen Vorteile ausnutzen zu können, immer stärker genutzt. Zypern kommt dabei nicht nur die Drehscheibenfunktion zugute. Die Insel gilt in Europa und in den USA als „europäisch" und nicht als orientalisch, es ist wie ein Stück Festlandeuropa, wie Bankerkreise in Zypern immer wieder betonen.

Ungewöhnlich ist dabei auch das hervorragend funktionierende Telefon- und Telexnetz, das Geschäftsleute gewöhnlich in dieser Region nicht erwarten können. Kaum Inflation und niedrige Lebens- und Arbeitskosten sind weitere Vorteile für die Gründung einer Off-shore-Gesellschaft.

Off-shore-Gesellschaften sind ausländische Unternehmen, die die Insel als Stützpunkt für ihre Geschäfte nutzen, während die Muttergesellschaft ihren Sitz in einem anderen Land hat und selber nicht in Zypern aktiv werden darf. Der Zweck der Gesellschaft ist an Aktivitäten außerhalb der Insel gebunden. Die Gesellschaft muß mehrheitlich im Besitz von Ausländern sein. Aber: Die Off-shore-Gesellschaften können auch mit der Einschaltung von zyprischen Treuhändern gegründet werden, wobei Treuhänder Aktien oder Anteile im Namen eines ausländischen Gesellschafters halten. Bei der Einschaltung von zyprischen Treuhändern wird die Genehmigung durch die Zentralbank sofort erteilt.

Besonders Banken nutzen diese Möglichkeiten. Seit sich die Regierung vor etwa drei Jahren entschlossen hat, auch ausländischen Banken Lizenzen für Repräsentanzen zu geben, blüht das Geschäft. Vor allem Banken aus Libanon, aber auch aus Festlandeuropa haben sich nach Zypern begeben. Die „Offshore-Banking Units" (OBU) dürfen zwar auf Zypern nur mit Ausländern und in ausländischer Währung Geschäfte machen, doch hindert dies die geschäftlichen Transaktionen vor allem die Beiruter Bankiers nicht.

Für deutsche Interessenten muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß es mit Zypern ein Doppelbesteuerungsabkommen gibt. Es gewährt Steuerbefreiung mit Progressionsvorbehalt. Das bedeutet, es gibt keine zusätzliche Belastung durch deutsche Steuern. Um den Zufluß fremden Kapitals zu verstärken, ist das Einkommen jeder Person aus Zinsgewinnen am ausländischen Kapital von der Steuer befreit, das auf Konten einer zyprischen Bank geflossen ist. Einkommen aus Zinsen von nach Zypern geflossenem fremden Kapital, das zur Finanzierung von Investitionen ausgeliehen wird, ist für die ersten fünf Jahre von der Steuer befreit, sofern die Investitionen als „förderungswürdig" eingestuft worden sind.

Über die Vorteile der Off-shore-Aktivitäten auf Zypern informieren drei Broschüren „Cyprus-Offshore Activities" und „ Cyprus: A Place for Offshore-Activities" und „Cyprus-Legal Status of Offshore Companies". Sie sind bei der Handelsmission von Zypern in Köln (Pipinstraße 16) zu beziehen. US

ZYPERN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Beiruts Not, Limassols Wohlstand

Wenn in Beirut geschossen wird, reibt man sich im Hafen von Limassol auf Zypern zufrieden die Hände. Seit Beginn des libanesischen Bürgerkriegs in den Jahren 1975/1976 hat Zypern deutlicher als jedes andere Land im östlichen Mittelmeer vom Ausfall des Hafens von Beirut profitiert.

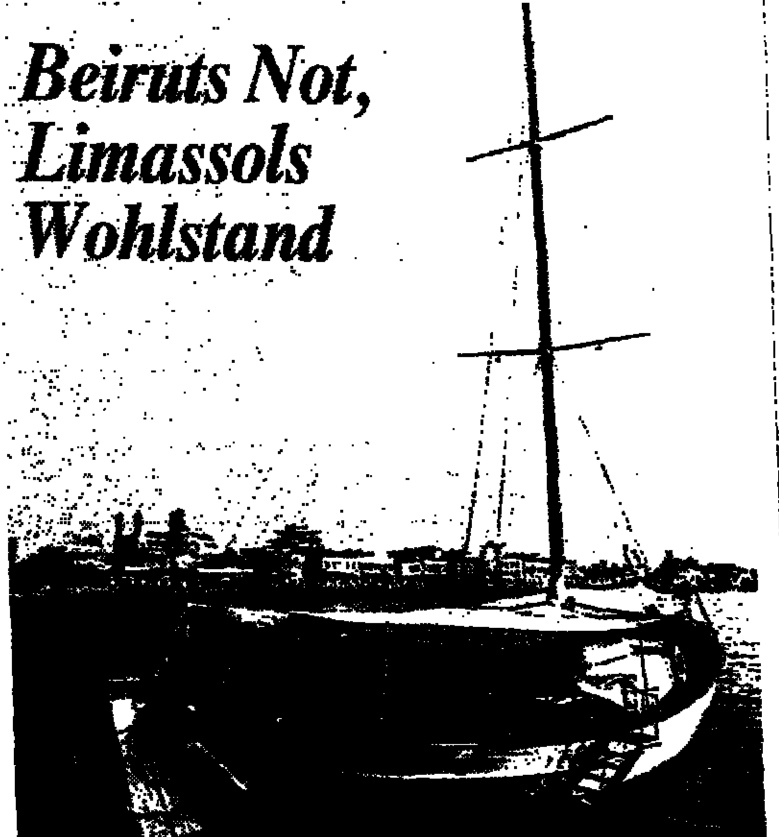
Wegen der systematischen Zerstörung von Beirut ist es Zypern gelungen, zu einem wichtigen Niederlassungsort für Off-shore-Firmen aus aller Welt zu avancieren. Erhebliche Vorteile entstanden auch für Limassol und Larnaka, die zwei wichtigsten Häfen der Insel seit der türkischen Invasion in 1974. Der größte Teil der Waren, die für Libanon bestimmt waren, wurden jahrelang über diese beiden Hafenstädte abgewickelt, wo sich die Vertretungen und Agenturen vieler Reedereien niedergelassen hatten. Zypern diente praktisch als ein Transit-Land, wo die Waren auf kleinere Schiffe verladen und nach Libanon befördert wurden.

Einen wahren Boom erlebten die beiden Hafenstädte, die bis 1974 unter dem Schatten der seither zum türkischen Inselsektor gehörenden Stadt Famagusta standen, vor allem in den Jahren 1983 und 1984. Durch die Modernisierung seiner Hafenanlagen und die Beschaffung von leistungsstarken Portalkränen avancierte in erster Linie Limassol zu einer wichtigen Operationsbasis und einem bedeutenden Umschlageplatz für zahlreiche Reedereien aus dem Ostblock und Fernost.

Waren 1983 in Limassol knapp 100 000 Container-Einheiten abgewickelt worden, so erhöhte sich ihre Zahl im darauffolgenden Jahr auf über 170 000 Einheiten. Ähnliche Steigerungsraten wurden auch in Larnaka registriert.

Dieser Boom war allerdings, wie die Entwicklungen zeigten, nicht von Dauer. Die Zahlen gingen in der ersten Jahreshälfte von 1985 drastisch zurück: Die staatliche zyprische Hafenbehörde, die sämtliche Hafenanlagen beaufsichtigt und verwaltet, sagte für dieses Jahr voraus, daß die 100 000-Marke nicht überschritten werden kann.

Für den erheblichen Rückgang der Geschäfte gibt es vor allem einen Grund, der ausschlaggebend ist: Seit einigen Monaten ist der Hafen von Beirut wieder in Betrieb und wird von vielen Importeuren erneut bevorzugt, weil durch den Verzicht auf den teuren Transport der Waren von Zypern nach Libanon erhebliche Zusatzkosten eingespart werden. „Vielen Reedereien erscheint die Situation in Libanon relativ stabil. Daher haben sie keine Bedenken mehr, daß ihre Schiffe Beirut oder andere kleinere Häfen in Libanon anlaufen", erklärte ein Schiffsagent in Limassol.



Auch Touristen nutzen die zentrale Lage Limassols FOTO: DIE WELT

Aber es gibt auch einen anderen Grund, wieso zahlreiche Reedereien, die bis vor kurzem ihre Schiffe gerne nach Zypern schickten, nunmehr einen großen Bogen um die zyprischen Häfen machen: Mit Zustimmung der Inselregierung hat die Hafenbehörde, die wegen der teuren Investitionen der letzten Jahre mit einem Jahresminus von etwa neun Millionen Mark operiert, die Hafengebühren um etwa 25 Prozent erhöht.

Doch damit nicht genug. Geplant werden auch weitere Erhöhungen aller möglichen Gebühren, die jedes Schiff belasten sollen. Gesucht wird zur Zeit nach vorliegenden Informationen nur noch nach einer geeigneten Formel, die angewandt werden soll. Erwogen wird unter anderem die Anhebung der Gebühren für die Benutzung der Hafenanlagen und insbesondere der leistungsfähigen Kräne, deren Kapazitäten mittlerweile nur zum Teil ausgelastet werden.

Die in Zypern ansässigen Agenten widersetzen sich vor allem der angeblich geplanten Einführung einer Pauschalgrundgebühr von umgerechnet 2400 Mark für eine obligatorische zweistündige Benutzung der Portalkräne. Bisher ist es üblich gewesen, daß ein Stückpreis von etwa 40 Mark pro Container angerechnet wurde. Weil der Transitwarenverkehr erheblich zurückgegangen ist, so die Experten, braucht ein Schiff die Dienste eines Krans nur noch für zwei volle Stunden.

E. ANTONAROS

TOURISMUS

Reisen zum Anreizen

Unternehmen, die ihren Mitarbeitern etwas ganz Besonderes bieten wollen, haben Zypern für ihre „Incentive"-Programme entdeckt. Ohne Zweifel ist die Insel für diese Kombination aus Arbeit und Erholung geeignet wie kaum eine andere. Ob es eine Tagung für 50 oder 150 Teilnehmer auszurichten gilt, Konferenzräume mit allen technischen Schikanen sind überall vorhanden.

Paphos, der rund um das Jahr vollkommen ausgebuchte Ferienort an der Westküste der Insel, hat seine Bettenkapaziät in jüngster Zeit mit zwei erst in diesem Jahr eröffneten Hotels der Spitzenklasse drastisch erhöht, um so dem touristischen Ansturm gewachsen zu sein.

Auch Limassol wartet mit einem Angebot für „Incentive"-Urlauber auf. Die älteren Hotels haben längst ihre Konferenzsäle auf den letzten Stand gebracht und Freizeiteinrichtungen geschaffen, die ihresgleichen suchen, etwa ein tägliches Schwimmtraining im beheizten Pool mit Unterwassermusik.

Zu einem richtigen Aufenthalt auf Zypern gehört auch die Besichtigung einer der großen Kellereien, wo den Besuchern gezeigt wird, wie der ihnen als Aperitif gereichte Ouzo entsteht. Gut gelaunt und in neuen Maßanzügen fliegen viele Geschäftsleute nach Hause. Schneider und Schuhmacher, die ihre Produkte noch von Hand fertigen, arbeiten auf Zypern zu erschwinglichen Preisen.

Da die silberweißen Strände Ayia Napas auch außerhalb der Saison gern besucht werden, schließen verschiedene Hotels auch im Winter nicht. Während die Einheimischen bei 19 Grad nicht mehr im offenen Meer baden, empfinden abgehärtete Nordländer die Temperatur noch als erträglich.

Freudiges Erstaunen ruft immer wieder die Gastfreundschaft der Zyprioten hervor. Sie bieten Fremden nicht nur einen Platz in ihrem Auto an, sondern laden diese noch zu einem opulenten Mahl in ihrem Haus ein. „Kopiaste – komm iß und trink mit uns!" So begrüßte man seine Gäste in der Antike, und so ist es auch heute noch Brauch. hr.

LANDWIRTSCHAFT

Neu: Kiwis, Avocados und Mangos

Kartoffeln, Weintrauben, Grapefruits und Zitronen werden jährlich von deutschen Lebensmittelketten in Millionen Tonnen aus Zypern nach Deutschland gebracht.

Zwei Drittel der traditionellen Anbaufläche für Zitrusfrüchte liegen heute im türkischen Teil und haben kaum noch Bedeutung für den deutschen Markt.

Die Regierung hat diesen Verlust durch ein schnelles Aufbauprogramm in anderen Landesteilen kompensiert. Als Ausgleich entstand im Südwesten im Rahmen eines umfangreichen Erschließungs- und Bewässerungsprogramms eine zusätzliche Anbaufläche für Zitrusfrüchte. Insgesamt wurden 45 000 Hektar für die landwirtschaftliche Produktion neu gewonnen. Die Agrarproduktion hat inzwischen auf der nur noch (verkleinerten) griechischen Fläche die Erntemenge von ganz Zypern zur Zeit vor der Teilung erreicht.

Klimatisch ist Zypern mit Israel, einem der größten Konkurrenten auf dem europäischen Markt, vergleichbar. Vom Sortiment und von der Qualität her gibt es ebenfalls erhebliche Parallelen. Gegenüber Griechenland hat Zypern wiederum einige Vorteile: Die Erntezeit bei Zitrusfrüchten liegt etwa einen Monat früher.

In der Sortimentspolitik haben die zyprischen Genossenschaftsbauern verstärkt auf leicht schälbare Sorten bei den Zitrusfrüchten gesetzt sowie auf frühe Zitronen. Anders bei den Grapefruits. Hier setzen die Bauern auf späte Ware zum Beispiel im April und Mai. Kiwis und Avocados werden zunehmend angebaut, nachdem die Deutschen diese Früchte immer mehr essen. Auch die Mango-Frucht findet auf der Insel gute Wachstumsbedingungen.

Um genügend Wasser für die Agroindustrie zur Verfügung zu haben, wurden mit deutscher Hilfe im Technik- und Finanzbereich Bewässerungsanlagen gebaut. Deutsche Hilfe war auch entscheidend in der Wiederaufforstung tätig. Da die Landwirtschaft immer noch mit einem Drittel am Bruttosozialprodukt beteiligt ist, kommt es der Regierung entscheidend darauf an, die Exporte in diesem Sektor zu steigern. US

Neue Klangregionen für ein altes Instrument: Orgelbau und moderne Orgelmusik

Der Jalousieschweller hat ausgedient

Soviel steht fest: Im Wettkampf mit den elektronischen Tonerzeugern ist der traditionellen Pfeifenorgel nicht die Puste ausgegangen. Im Gegenteil: Orgelbauer gehören zu den vielbeschäftigten Mangelberufen – sie haben inzwischen nicht mehr nur in Mitteleuropa zu tun, sondern vornehmlich auch in Japan oder Rußland, in den Epizentren der abendländischen Kultur, wo die Königin der Instrumente immer neue Liebhaber findet.

Ihre musikgeschichtliche Entwicklung, differenziert übrigens in ein südlich weicheres und ein nördlich strengeres Stilideal, erscheint dynamischer als die jedes anderen Instruments. Tanzende Engelchen auf den Prospekten prachtvoller Barockorgeln, waagerecht ragende Trompetenregister in Spanien gehören zu den Spielarten; im 19. Jahrhundert wollten Tremulant und Jalousieschweller ihren Klang beseelen. Die nächste Generation fand das unnütz und wollte zurück zur mechanisch spielbaren, mit Tasten, Pedalen und Registern ein bißchen knackenden Orgel der Bachzeit. Dies alles immer in wacher Abhängigkeit vom jeweils herrschenden musikalischen Stilideal, und inzwischen hat die Neue Musik längst von ihr Besitz ergriffen.

Es gibt einen Begriff der „Neuen Orgelmusik" – Ulrich Schmiedeke hat darüber, an Werken von Bengt Hambraeus, Mauricio Kagel und György Ligeti, eine Dissertation geschrieben –, der bereits über die Schöpfungen eines Olivier Messiaen hinausgeht und sich auf das sonoristische Experiment gründet, den Vorstoß in neue Klangregionen. Etwa: Wenn man den Orgelmotor ausschaltet und die Tasten gedrückt läßt, kippen beim nachlassenden Winddruck die Töne in phantastische Obertongebilde um – der jetzt in Essen wirkende Organist Gerd Zache hat dieses Stilmittel eindrucksvoll zu einem System gebracht.

Die Orgel – ZDF, 19.30 Uhr

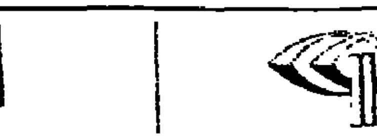
Die Raumvorstellungen der Neuen Musik führten zu neuen Registerkombinationen. Das Ergebnis, schreibt Reimund Böhmig in den nun regelmäßig erscheinenden Sammelbänden der Walcker-Stiftung zu Fragen neuen Orgelbaus und neuer Orgelmusik über die Walcker-Orgel im rheinischen Sinzig, sei ein „unerschöpflicher Farbenreichtum, unerhörte Klarheit, Transparenz und Penetranz des Orgelklanges".

Dieses Werk erwuchs aus der 25jährigen Tätigkeit des Organisten Peter Bares; sie wird als eine der modernsten Orgeln Europas gerühmt. Seit zehn Jahren ist sie Mittelpunkt eines kleinen Donaueschingen der Musica sacra: Die „Internationale Studienwoche Vokal- und Orgelmusik nach 1970" zog Organisten bis aus Amerika, Australien und Japan sowie Chöre immerhin aus Schweden und Polen nach Sinzig, um hier die neuesten Schöpfungen der geistlichen Musik zu interpretieren. Freilich droht der Veranstaltung wie auch dem Orgelwerk selbst im elften Jahr der Kahlschlag: Aus „pastoralen Gründen" abgesetzt, trug sie dem Organisten nach harten Wortwechseln die Kündigung ein, die nun in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht in Mainz verhandelt wird. Juristen müssen absurderweise darüber befinden, was aus einer der wichtigsten Veranstaltungen zeitgenössischer geistlicher Musik wird. Neue Musik, man täusche sich nicht, bleibt ein Stein des Anstoßes. Ein Organist lebt um so gefährlicher, je ernster er seinen Beruf nimmt, denn dann bringt ihn die Anerkennung als Künstler in der Verdacht, kein rechter Diener des Wortes mehr zu sein.

Ein alter Konflikt, schon Bach erlebte ihn – rund 250 Rundfunkaufnahmen und schöne Worte in schönen Denkschriften ändern nichts daran, daß Musik auch im 20. Jahrhundert eine Machtfrage darstellt, und wenn der Orgelmusik die Puste ausgeht, liegt das nicht unbedingt an der Konkurrenz der bösen Technik.

DETLEF GOJOWY

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.05 Die Schwarzwaldklinik
10.50 Lina Braake
12.20 Weltspiegel
Mit Peter Krebs
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.20 Ein kleines Lied auf allen Wegen
Melodien von Willy Berking
14.20 Das Ende einer Odyssee
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Lorne Greene, Kent McCord u. a.
16.00 Tagesschau
16.10 Schöne Aussichten
17.20 Kater Mikesch
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Marktplatz der Sensationen
4. Folge: Es spukt in der Villa Bertramka
21.15 Oh! Africa
Busbahnhof Accra-Mitte
Afrika-Korrespondent Luc Leysen filmte dreißig Minuten am Busbahnhof der ghanaischen Hauptstadt Accra den Alltag der Menschen, die ihm dort über den Weg liefen.
21.45 Alles bella
Eine komische Heimfahrt
Satire von und mit Claudia Schlenger, Hanns Meilhamer, Mario Pascalino und Günter Knoll
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Nostalghia
Italienischer Spielfilm (1983)
Mit Oleg Jankovskij, Domiziana Giordano, Erland Josephson u. a.
Regie: Andrej Tarkowskij
1.00 Tagesschau
1.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

13.20 Theo Lingen präsentiert:
Lachen Sie mit Stan und Ollie
14.10 Elvis Presley:
Ein Sommer in Florida
Amerikanischer Spielfilm (1961)
16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Dr. Gertrud Höhler
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Erwachsen mit 10
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Silas
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Die Orgel
Ein weihnachtliches Fernsehspiel
Mit Hans-Christian Blech, Katharina Roth, Jane Tilden u. a.
20.45 Manege frei
21.15 WISO
Die Deutsche Bank und ihr Werbeträger Boris Becker / Mit Zigarrenmachern fing es an ... – 120 Jahre alt: Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten / Krankenversicherung: (Noch) Mehr Selbstbeteiligung / WISO-Tip: Autoversicherung – Rabatt nicht verschenken
21.45 heute-journal
22.05 Es war ein bißchen laut ...
Zum 50. Todestag von Kurt Tucholsky
23.20 Eine Geschichte von Liebe und Ehre
Tschechoslowak. Spielfilm (1977)
1.00 heute

III.

WEST / NORD
Nur für West:
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Kleine Panne? – Keine Panik! (8)
19.15 Schauplatz
Café Keese
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (3)
20.45 Ach, ich fühl's!
Der Bariton Josef Metternich
21.45 Puzzle
22.30 Glenn Gould – Ekstase und Intellekt (2)
23.25 Literatur im Kreienhoop
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
20.00 Bocksprünge
20.45 Hinter verschlossenen Türen
21.30 Drei aktuell
21.45 Weihnachten in Hessen Drei
21.55 Halleluja Broadway (1)
22.25 Owen Marshall – Strafverteidiger

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Vom Auf und Ab durch dick und dünn
21.00 Die Otto-Show (4)
21.45 Herr Zeegerle gibt nicht auf
22.40 Jazz
Das Modern Jazz Quartett (1)
23.10 Nachrichten

BAYERN
19.00 Schneeweiß
20.30 Geschichten aus dem Bayerischen Wald
21.30 Rundschau
21.45 Merlusse
22.40 Z. E. N.
22.45 Meine Lieblingsgeschichte
22.55 Der Spion (4)
23.40 Rundschau

SAT 1

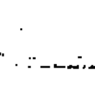
17.00 Ufo
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 5 Girls 5
19.30 Hardcastle & McCormick
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Thema der Woche: Spielzeugmarkt – Renaissance des Schaukelpferdes / Porträt: Firma Lauer – Mit Schmuckdesign an die Spitze
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick
22.15 Camelot
Amerikanischer Spielfilm (1967)
1.00 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Es ist nicht leicht, ein Pinguin zu sein
19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Hafen im Nebel
Französischer Spielfilm (1938)
Regie: Marcel Carné
23.15 Ab nach Nazareth
23.40 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der mörderische Professor
22.00 RTL-Spiel
22.10 Ein Komet namens Halley
22.40 Wetter / Horoskop / Betthupferl



Pankraz, Royalty und die große Kleinfamilie

Sinnigerweise zur Weihnachtszeit strahlt der NDR seine neue Serie „Royalty" aus, eine respektvolle, mit Liebe gemachte Reportagenfolge über das englische Königshaus. Der „Alltag" der Königsfamilie soll gezeigt werden, die vielen Verpflichtungen und Verrichtungen, denen ihre einzelnen Mitglieder ausgesetzt sind, der ganze „hart arbeitende Familienbetrieb" also, wie die Programmhefte formulieren.

Die Betonung liegt dabei freilich immer noch auf „Familie", nicht auf „Betrieb". Das konstitutionelle Königtum legitimiert sich mehr durch Sein als durch Tun. Während sich beispielsweise der deutsche Bundespräsident eine Menge „Aktivitäten" einfallen lassen muß, um vor der Öffentlichkeit zu bestehen, genügt es für die Mitglieder des Königshauses, wenn sie eine gute Figur machen, hübsche Kleider und Uniformen spazieren tragen, Erzogenheit und „common sense" demonstrieren, niedliche Kinder kriegen, prachtvolle Hochzeiten abhalten.

Wer erinnerte sich nicht an die Hochzeit von Prinz Charles und Lady Di, an die farbenfrohen, fröhlich-feierlichen, wahrhaft unvergeßlichen Fernsehbilder von diesem Ereignis! Die Pluspunkte, die Großbritannien damals in aller Welt einsammelte, kann kein republikanischer Präsident je wettmachen. So mancher gelernte Republikaner in der Bundesrepublik (von den Republikanerinnen ganz zu schweigen) mag sich im Inneren neidvoll gesagt haben: Solche feinen Prinzessinnen, solche schneidigen kleinen Prinzen und uralt-unmittelbaren, herzergreifenden Zeremonien könnten wir auch haben, wenn wir nicht 1918 die Monarchie in die Wüste geschickt hätten, statt sie konstitutionell einzugrenzen.

Tatsächlich haben außer den Deutschen alle germanischen Völker ihre Monarchie in die moderne Zeit herübergerettet, und es ist ihnen nicht schlecht bekommen. Und für Deutschland darf man vermuten, daß ihm beispielsweise die Katastrophe des Nationalsozialismus erspart geblieben wäre, wenn die Monarchie das Ende des Ersten Weltkriegs überdauert hätte. Die damals noch starken konservativen Kräfte in der Gesellschaft und nicht zuletzt die Reichswehr hätten ihr Loyalitätszentrum behalten und wären nicht in Scharen zum Pöbel übergelaufen.

„Royalty", Königtum, leistet auf spontane, anschauliche, natürliche Weise das, was die blanke Demokratie immer nur (und im Grunde vergeblich) mit Dekreten anstrebt: die Verknüpfung menschlicher Macht und Staatsordnung mit dem Numinosen, mit einer transzendenten Sittlichkeit, von der allein Machtbegrenzung, Demut der Herrschenden und Menschenrecht ausgehen können. Während die berühmte „volonté generale" eine Schimäre bleibt, die sich allenfalls einmal in Gestalt tobender Massen materialisiert, bildet sich in der Königsfamilie das Allgemeine und Richtunggebende beinahe wie von selbst ab; notwendig sind dazu, wie gesagt, nur ein bißchen Anstand, ein paar schöne Kleider und ein paar wohlgeratene Babys.

Das Abbild wirkt deshalb so beweiskräftig, weil wir uns das Göttliche ja ebenfalls nur in Gestalt der Familie vorstellen können, sei es nun die Kleinfamilie im Stall von Bethlehem, seien es die Großfamilien indischer, griechischer oder sonstiger Mythologien. Das höchste Prinzip wird nicht als parlamentarisch kontrollierte Exekutive imaginiert, sondern als Vater oder Urmutter, der Himmel ist keine demokratisch gewählte Nationalversammlung, sondern ein patriarchalisch oder matriarchalisch geleiteter „Familienbetrieb" (um noch einmal die weihnachtlichen Programmhefte zu zitieren), eine Ansammlung von Söhnen und Töchtern, Onkeln, Tanten und Kindeskindern.

Bezeichnenderweise wird dabei das Wesen der Familie zwar stets als gegeben vorausgesetzt, aber nie sonderlich hervorgehoben oder gar mit kitschigem Goldrand versehen. Auf dem antiken Olymp geht es nur in den seltensten Fällen einträchtig und ruhig zu, die Götter, obwohl sie allesamt von Vater Zeus abstammen, verfolgen durchaus ihre eigenen Interessen, sind eifersüchtig und ränkevoll, und oft genug müssen das die Menschen mit Krieg oder sonstiger Verheerung ausbaden. Unser Schicksal wird da ganz entscheidend von olympischen Familienstreitigkeiten bestimmt.

Und was Jesus Christus betrifft, so war dessen Verhältnis zu seiner irdischen Familie, soweit wir es uns aus der Bibel erschließen können, von Anfang an heikel und spannungsvoll. Schon als Junge lief er seiner Mutter davon, um sich mit den Schriftgelehrten im Tempel zu streiten, und als er später dem Volk predigte, siehe, da standen seine Mutter und seine Brüder draußen, die wollten mit ihm reden. „Er aber sprach zu dem, der es ihm sagte: 'Wer ist meine Mutter, und wer sind meine Brüder?' Und er reckte die Hand aus über seine Jünger und sprach: 'Siehe, *das* ist meine Mutter, und *das* sind meine Brüder'" (Math. 13,55).

Die Gemeinschaft der Jünger, die einzig und allein durch das Wort zusammengehaltene Volksversammlung rückt hier mit scharfer Deutlichkeit an die Stelle der Familie. Aber unser Vergnügen an den weihnachtlichen Krippenbildern wird dadurch nicht getrübt, zeigen uns diese Bilder doch das Erlösungswunder am Ursprung, im Aufgang, da – genau betrachtet – alles schon getan ist, obwohl mit dem Kämpfen noch gar nicht angefangen wurde. Die christlichen Ursprungsbilder führen uns eine göttlich-irdische Kleinfamilie von konstitutioneller Zurückhaltung vor, die über niemand herrschen will, die niemand überzeugen will, es sei denn durch die Kraft und den Frieden ihres bloßen Daseins – und die gerade dadurch zum Inbegriff unseres Weltverständnisses werden konnte.

Kein Wunder also, daß auch die Bilder rein irdischer konstitutioneller Königsfamilien beim Publikum einen so hohen Stellenwert haben und daß niemand etwas dabei findet, daß der NDR „Royalty" ausgerechnet zu Weihnachten sendet.

Pankraz

Berlin: E. Schleefs „Berlin ein Meer des Friedens"

Wenn die Glotze ausfällt

Der Titel von Einar Schleefs Stück „Berlin ein Meer des Friedens" ist natürlich blutiger Hohn. Berlin ist auch nicht der deutliche Spielort. Diese anderthalbstündige, pausenlose Beschäftigung mit des Menschen Erbärmlichkeit, Dummheit, seiner katastrophalen Lieblosigkeit und hoffnungslosen Verlorenheit wirkt leer. Zwei Menschen sitzen sich, aneinander gewöhnt und gekettet, nur immer an der Gurgel.

Einar Schleef hat diese böse Bühnenskizze geschrieben, als er noch in Ost-Berlin lebte und dort als Bühnenbildner und Dramaturg beim „Berliner Ensemble" tätig war. Vor zehn Jahren kam er in die Bundesrepublik. Hier ist er mit mehreren Büchern, Romanen, Erzählungen und Bildbänden hervorgetreten. Vor zwei Jahren wurde sein böses Stück in Heidelberg uraufgeführt, nun ist es in Berlin zu sehen.

Er zeigt zwei östlich beheimatete Figuren, Mann und Frau, die in dumpfer Stube beisammen sind. Sie leben leer und böse miteinander in einer vergleichsweise anerkannten Existenz. Aber sie sind fernsehsüchtig.

Sobald die Glotze aussetzt und keine Bilder mehr spielt, „Bonanza" erlischt, „Ein Kessel Buntes" nicht flimmert, Johannes Heesters vom Schirm verschwindet, dann fetzen sie sich Lieblosigkeiten an den Kopf, zerfetzen sich gegenseitig, gehen sie sich, sozusagen in liebevoller Lieblosigkeit nur noch einander ausgesetzt, bissig an den Hals. Die Welt bricht zusammen. Die Bühne steht im Wasser, wie nach einer Sintflut. Sie sind Verlorene.

Der Einfall will radikal böse sein. Das Stück signalisiert totale menschliche Leere. Es ist gründlich humorlos und bedient sich der Sprache der Verlorenen. Am Ende steht die Szene unter Wasser. Zwei hilflose Personen bleiben ohne Rettung.

Das nun wird in der Werkstatt des Schiller-Theaters unter der Regie von Ingrid Ernst, sozusagen im gnadenlosen Mitgefühl, exekutiert.

Klaus Jepsen spielt den Mann in Hosenträgern mit kapitaler Wortlosigkeit, dauernd böse Wortkaskaden speiend. Uta Hallat, künstlich aufgeplustert wie eine überfette Weihnachtsgans, ist seine dauernd nörgelnde, arglistig verletzende, im Grunde doch wohl auch verletzte Gattin. Strindberg in eine neue, böse, proletarische Potenz gehoben! Was das aber bewirken soll, bleibt für neunzig Minuten unklar.

Soll nur erwähnt werden, wie unser Leben partout nur zum gegenseitigen Kotzen sei? Will bewiesen werden, wie leer wir alle leben, wenn nur noch Gewöhnung, Arglist und Dummheit aus dritter Hand unsere Tage regieren?

Der Zuschauer, oft vorsätzlich angewidert, streckenweise von der ständigen Woge aus Gift und Galle dann aber doch eher gelangweilt, bleibt ohne Antwort. Trost oder Mitleid mit solchen Extremfiguren menschlicher Bosnickelhaftigkeit bleiben ohnehin aus.

Ein Meer des Unfriedens. Die Aufnahme dieser grundnihilistischen Weltschau klang am Ende lau und deutlich achselzuckend. Ein Schlag ins trübe Wasser.

FRIEDRICH LUFT

„Schmuck aus 5000 Jahren": Kölns Kunstgewerbemuseum verabschiedet sich vom Overstolzenhaus

Als Eisen würdiger als Gold erschien



Von Martin Schongauers Kupferstich abgeschaut: Anhänger aus Limoges mit „Johannes auf Patmos" in Maleremail (um 1540) FOTO: KATALOG

Schmuck ist ein vertracktes Sammelgebiet. Für die Museen, weil es wissenschaftlich so viele ungeklärte Fragen parat hat; Gewißheiten über die Herkunft oder die Herstellungszeit der einzelnen Stücke sind in der Regel nur schwer zu erlangen, da Schmuck selten datiert und signiert ist. Und für den Betrachter, weil es Begehrlichkeiten weckt. Vieles beispielsweise, was jetzt im Kölner Kunstgewerbemuseum in der Ausstellung „Schmuck aus 5000 Jahren" zu sehen ist, könnte man ohne weiteres noch heute tragen.

Gezeigt wird eine Übersicht über die reichhaltige – aber nicht reiche – Sammlung des Hauses. Man besitzt keinen Fürstenschmuck, wie ihn kirchliche oder weltliche Schatzkammern bewahren, auch keine Juwelen, die eher in einem Tresor verborgen als öffentlich getragen werden. Die Kölner Sammlung prunkt nicht mit Gold und großen edlen Steinen, sie ist eher gutbürgerlich. Das hängt ganz wesentlich mit der Entstehung dieser Abteilung zusammen.

In der Eingangshalle empfängt den Besucher eine Auswahl volkstümlichen Schmucks aus sehr unterschiedlichen Ländern Europas. Erworben wurden diese Ketten, Ohrringe, Anhänger, Spangen und Knöpfe – meist aus Silber, seltener aus Gold, oft mit Filigran ornamentiert und halbedlen Steinen verziert – in den Jahren nach der Gründung des Museums 1888 bis 1894. Da sich das neue Haus zeitgemäß als eine Mustersammlung zur Bewahrung alter Traditionen und zur Beförderung der handwerklichen Kunstfertigkeit als Gegenpol zu der ästhetischen Verflachung durch die Manufaktur- und Maschinenware verstand, wollte man Beispiele aus vergangenen Zeiten als Vorbild parat haben.

Im Zentrum des Museumsinteresses stand diese Schmuck-Sammlung allerdings nicht. Deshalb wurde sie auch nicht kontinuierlich fortgeführt. Eher ist sie das Werk großzügiger Stiftungen denn einer konsequenten Erwerbspolitik. So stiftete nach dem Ersten Weltkrieg der Maler Wilhelm Clemens seine bedeutende Kunstgewerbesammlung, darunter allein 300 Schmuckstücke. 1977 entschloß sich die Goldschmiedin Elisabeth Treskow, ihre Sammlung – überwiegend antike Stücke und geschnittene Steine, die von ihr neu gefaßt wurden – dem Museum zu übergeben. Wenig später gewann das Haus Schmuck von Rosy Petrine Sieversen, meist Arbeiten des 19. und 20. Jahrhunderts, die nicht als Sammlung, sondern tatsächlich als Schmuck erworben worden waren. Dasselbe gilt für die Stiftung Funke-Kaiser, zu der neben etwa tausend Keramiken und fast einem halben Tausend Gläsern Schmuckstücke aus den dreißiger und den fünfziger Jahren gehören, die damals gekauft wurden, um sie zu tragen. Ergänzt durch kleinere Übereignungen und gezielte Ankäufe besitzt das Kölner Kunstgewerbemuseum nun rund 900 Schmuckstücke.

Sie wurden jetzt in einem zweibändigen Bestandskatalog erfaßt, mit allen Details und vielen Hinweisen auf Vergleichsstücke beschrieben und abgebildet. Der erste Band stellt mit 555 Nummern den Hals-, Ohren-, Arm- und Gewandschmuck sowie Garnituren und Accessoires vor, während der zweite den 353 Ringen vorbehalten bleibt (ergänzt durch eine Sammlungsgeschichte, Markentafeln, Künstlerbiographien und eine umfangreiche Bibliographie).

Den Augenschein können diese Kataloge allerdings nicht ersetzen. Deswegen wurde zu ihrem Erscheinen die Ausstellung arrangiert, die zugleich vor dem im kommenden Jahr bevorstehenden Umzug in das Gebäude des jetzigen Wallraf-Richartz-Museums den Abschied vom zwanzigjährigen Nachkriegsprovisorium im Overstolzenhaus bildet.

Bei der Einrichtung der Schmuckausstellung wurde eine Phantasie der Präsentation entwickelt, die das Betrachten zum doppelten Vergnügen macht. Die Ketten, Anhänger usw. sind in gut ausgeleuchteten Vitrinen in Augenhöhe auf einem neutral grauen Hintergrund montiert. Die Ringe stehen in Tischvitrinen, auf denen jeweils zwei Vegrößerungsgläser bereitliegen, damit man sich auch in die Details vertiefen kann.

Bei den antiken Gemmen sind auf diese Weise herrliche kleine Szenen zu entdecken: ägyptische Hieroglyphen auf der Rückseite von Skarabäen, ein persischer Jäger mit Beutetieren, Götterfiguren, Köpfe, geflügelte Wesen, ein Kaiserpaar und vieles andere mehr. Da liegen Ringe aus Kupfer und Bronze mit Knotenornamenten, den Besitzernamen, Geheimschriften oder – aus frühchristlicher Zeit – mit dem Christus-Monogramm. Der Bogen spannt sich bis in die Gegenwart, zu Arbeiten von Elisabeth Treskow, Fritz Deutsch und den einfallsreich technischen Stücken von Friedrich Becker.

Bei den Anhängern fallen zahlreiche, nur wenige Zentimeter hohe Heiligenfiguren aus vergoldetem Silber (meist zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts), aber auch Perlmuttscheiben mit gravierten oder geschnittenen biblischen Szenen auf. Daneben hängen Amulette aus Korallen, mit Eberzähnen oder Bergkristallen. Und natürlich besitzt das Museum auch einen der eigenartigen Renaissance-Anhänger, bei dem eine sogenannte Barockperle den Körper eines Rehs bildet, während Läufe und der Kopf aus Gold geformt wurden.

Zu den Eigenartigkeiten des 19. Jahrhunderts gehören Beispiele des Eisenkunstgusses, der aus zwei Gründen populär wurde: In den Befreiungskriegen spendete man den Schmuck aus edlem Metall für die Kriegskasse („Gold gab ich für Eisen"). Zur selben Zeit entwickelten die preußischen Gießereien ein Verfahren, das auch filigrane Ausformungen erlaubte. Und da die Bürger und selbst der Adel durch die napoleonischen Kriegen verarmt waren, blieb dieser verhältnismäßig billige Schmuck auch in biedermeierlicher Zeit populär.

Dieser Spaziergang durch fünf Jahrtausende Schmuckgeschichte ist eigenartigerweise den Inventionen des Historismus und des Jugendstils nicht günstig. Deren Stücke wirken im Vergleich zu den Beispielen vorhergehender Jahrhunderte, vor allem aber der Antike, zu gekünstelt. Das mag ein subjektiver Eindruck sein, der einer Vorliebe für die einfacheren und scheinbar unbefangener gestalteten Formen des Mittelalters oder die Manieriertheiten der Renaissance entspringt.

Aber gleichgültig, welchen Stil man bevorzugt, die Ausstellung ist allemal sehenswert. Denn weil diese Sammlung eher zufällig zustandekam, beschränkt sie sich nicht nur auf ausgefallene Pretiosen, sondern zeigt auch einfacheren Schmuck, der wirklich getragen, mit dem also nicht nur repräsentiert wurde. (Bis 12. Januar; Katalog, 2 Bd., 55 Mark)

PETER DITTMAR

Hamburg: „Feuervogel" / „Daphnis und Chloe"

Rettet die Zimmerlinde

Der Feuervogel reißt sich aus Dankbarkeit keine Feder aus, um Iwan mit ihr zu belohnen. Er kann es auch gar nicht. Er sieht schon von Anfang an aus wie gerupft, und tatsächlich: Er hat viele Federn lassen müssen in John Neumeiers Aufbereitung des Strawinsky-Balletts, das von der Hamburgischen Staatsoper zusammen mit Ravels „Daphnis und Chloe" gezeigt wird.

Zwei der großen Diaghilew-Ballette Fokins, noch vor dem Ersten Weltkrieg entstanden, Auftragswerke der „Ballets Russes", in Paris uraufgeführt, Stücke, die das Jahrhundert veränderten durch die Farbexplosionen von Léon Bakst, durch ihre musikalische Vision.

Sie sind zu einem Programm des Erinnerns zusammengetreten. Aber sonderbarerweise nutzt Neumeier, der erfindungsreiche Traditionalist, der Konservative mit dem Spürsinn fürs Neue, gerade im „Feuervogel" die Überlieferung kaum. Er stellt nicht das wuchernd Zukunftsträchtige vor, er begnügt sich mit der Botschaft aus der aktuellen Politpostille. Dem Baumfrevel der Umweltzerstörer antwortet von der Bühne herab so etwas wie die Zimmerlinde der Ministerialsekretärin.

Gigi Hyatt hütet den Topf mit sorgsamen Händen. Mag sie auch beinahe den Lederschergen des furchtbaren Kastschej, dem auf Kothurnen einherschwankenden Großen Elektrifizierten, dem es mächtig in der Brust flimmert, zum Opfer fallen, am Ende ist doch wenigstens das Bäumchen gerettet.

Der Feuervogel, gut Freund und Förderer der Zimmerlinde auch er, hat sie mit sorgendem Flügel beiseite gestellt. Nun kann sie Wurzeln schlagen, und siehe: Es grünt so grün, daß nun sogar der Herr Bundesinnenminister zu der einzigartigen Apotheose Strawinskis nach vorn treten könnte, Iwan, dem Mädchen und natürlich dem Feuervogel eine Verdienstmedaille an die Ballettbrust zu heften. Der Tanz hat noch einmal über alles Unheil der Welt gesiegt.

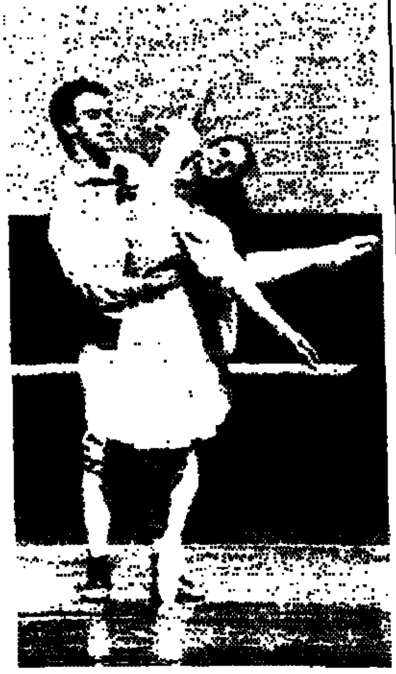
Märchenhaft war Strawinskis „Feuervogel" immer, sentimental nie. Neumeier läuft diesmal choreographisch Gefahr, der eigenen Rührung auf den Leim zu gehen. Plötzlich hat der „Feuervogel" überdies nur noch eine einzige dankbare Rolle (von der Zimmerlinde einmal ganz abgesehen), und die fällt Ivan Liška zu, dem aufmüpfigen braven Soldaten im Dienste des Ungeheuers: Ein Revoluzzer der Liebe, vernünftigerweise doch wohl eher an Mädchen als an deren Topfpflanzen interessiert. Er tanzt schmuck und geradlinig über die Gemeinplätzigkeit der Neumeierschen Ideen hinweg.

Hans Zender und das Philharmonische Staatsorchester spielten massiv dazu auf, sorgfältig wohl, aufmerksam und hingebungsvoll, doch ohne die schimmernde Eleganz, das Opalisierende der Partituren Strawinskys wie auch Ravels.

Liebenswürdig dagegen, auf zarte Art schmunzelreich Neumeiers „Daphnis und Chloe", angesiedelt um 1912 in einem Griechenland beinahe noch ohne Touristen, nach dem finsteren, ein hellfarbenes Traumspiel der Liebe. „Her mit den kleinen Engländerinnen" aber hieß damals (und ausgerechnet auf Lesbos) wohl doch schon die Parole. Die Matrosen wenigstens tollten noch tanzend umher, mit Gamal Gouda an der Spitze, der inzwischen wie ein junger Richard Cragun aufzuglänzen versteht.

Ein Wunder an tänzerischer Delikatesse und liebenswürdiger Ironie: Colleen Scott, eine Tänzerin, der jetzt die hinreißenden Damenrollen gebühren. Wo bleiben sie? Die Scott steht inzwischen weltweit ziemlich allein mit ihrer einzigartigen, sehr persönlichen Kunst. Bettina Beckmann und Jeffrey Kirk, die jungen Liebenden, können dagegen kaum an, doch versuchen sie's auf sympathische und sehr erfolgreiche Weise. Den Auftritt Kirks freilich, zum Götterjüngling entkleidet, hätte der scharfzüngige Serge Lifar amüsiert glucksend sicherlich pas de cul genannt.

KLAUS GEITEL



Die jungen Liebenden: Bettina Beckmann (Chloe) und Jeffrey Kirk (Daphnis) FOTO: P. PEITSCH

Berlin und Köln: Zweimal „Zar und Zimmermann"

Des Basses Grundgewalt

Das Publikum packte der süße Rappel. Es genoß seinen Lortzing Zug um Zug. „Zar und Zimmermann" in der Deutschen Oper Berlin erschien auf der Bühne mit jener bestechenden Akkuratesse und Schönheit, wie man sie im heiteren Bereich sonst meist nur Rossini zuteil werden läßt. Ein Haupttrumpf der Aufführung war von Anfang an das Orchester. Christof Prick, der neue Staatskapellmeister des Hauses, der sich für seine erste Premiere in Berlin in scharfem Gegensatz zu den meisten Kollegen ausgerechnet Lortzing annahm, machte sofort deutlich, warum.

Er ließ das Uhrwerk dieser Musik, liebevoll aufgezogen, bezaubernd tikken. Er sorgte für die geschmeidigste Artikulation, den beherztesten Vortrag bei äußerster musikalischer Genauigkeit. Dabei war das Orchester durchgehend angehalten, mit ausgefeilter Schönheit zu spielen. Lortzing klang auf diese Weise wie von instrumentalen Engelszungen fröhlich dahergepredigt.

Zweiter Trumpf: Winfried Bauernfeinds Regie wahrt leuchtend Sitte und Anstand der Fröhlichkeit. Sie macht sich über Lortzing und seine liebenswerten Figuren nicht lustig. Sie ist auf gelassene Art heiter, im wahrsten Sinne des Wortes bildschön dank der Ausstattung durch Martin Rupprecht. Immer wieder bricht der Beifall los beim Anblick der Bühne mit ihrem Schiffsrumpf im Bau, in dem es sich lebhaft herumzimmern, in dem es sich aber auch aufs vergnüglichste essen und trinken und tanzen läßt. Und wie Bauernfeind den glänzenden Chor über die Bühne führt (Hellwart Mattiessen hat ihn einstudiert) ist von einer Vergnüglichkeit, wie sie sich in den Opern leider immer mehr rar macht.

Den Zaren singt Wolfgang Brendel auf wahrhaft prächtige Weise, jungmännlich intelligent, fern aller Sentimentalität. Wenn doch alle Zimmerleute so wären – von den Kaisern zu schweigen. Peter Seiffert darf als Marquis seinen hohen Tenorinoton lustvoll verbreiten. Peter Maus ist ein delikater Darsteller der stimmlich oft schmählich behandelten Buffo-Rolle des anderen Peter. Er singt sie formschön aus und ist lustig zugleich.

Manfred Röhrl hält die Absahnepartie des lieben törichten Bürgermeisters erfreulich trocken, leider allerdings mitunter auch stimmlich. Gudrun Sieber gibt sich niedlich als unter die Soprane verschlagene Kichererbse. Referenz vor Lisa Otto: Auch im Witwenstand der Frau Browe und im Parlieren eine Engelsstimme der Fröhlichkeit.

gtl

Lortzings „Zar und Zimmermann" auch an der Kölner Oper als vorweihnachtliche Premiere. Die Zimmerleute in den Theaterwerkstätten müssen Hochbetrieb durchgestanden haben, denn für Wolfgang Gußmanns Ausstattung hatten sie nicht nur ein fast komplettes Schiff beizubringen, auch sonst ist auf Witwe Browes Werft jeder Steg und jeder Tritt geschreinert. Die Chorsänger sind mit Meßlatte und Winkeleisen bei der Arbeit, kriegen zum Richtfest auch einen Klaren serviert, aber ein bißchen künstlich bleibt so munteres Volks- und Handwerkstreiben in Willy Dekkers Regie doch – bis im dritten Akt das Hochzeitsfest mit Holzschuhtanz (von Heide Tegeder den Chorsängern eingetrichtert) ins Balzen und Rollen kommt, ganz so, wie man es sich nach Bildern Pieter Breughels vorstellen möchte.

Daß Lortzing an den großen Opernbühnen ein immer seltenerer Gast wird, hat nicht nur mit der Internationalisierung der Spielpläne zu tun (demnächst inszeniert man wohl tatsächlich Donizettis „Borgo mastro di Saardam" statt Lortzing), sondern auch damit, daß der dem deutschen Publikum einst so liebenswerte Komponist eben doch kein ganz Großer seiner Zunft war. Zumindest ist das Qualitätsgefälle innerhalb eines Werkes erstaunlich.

Da gibt es in „Zar und Zimmermann" so vorzüglich komponierte Stücke wie die Chorprobe und dann wieder Ungeschicklichkeiten, die auch nicht mit musikalischem Biedermeier zu entschuldigen sind. Ähnlich geht es Lortzing mit seinen melodischen Einfällen: Manche sind ja wunderschön und werden auch gut ausgeführt, andere bleiben ganz vordergründig im Strophenlied hängen, und dann gibt es Nummern, die ohne wirklichen melodischen Einfall auskommen sollen.

Für den Zaren als Zimmermann hat die Kölner Oper Hermann Prey gewonnen: Der mag ein Publikumsmagnet sein, aber die Stimme ist nun doch zu hohl und höhenschwach geworden für diese Partie. Seine große Arie hat er gestrichen, und auch sonst steht er mehr neben der Partie als drin. Auch die Tenöre, Martin Finke als Peter Iwanow und Josef Protschka als Chateauneuf, haben ihre Höhenprobleme. Marianne Hirsti müßte als Marie ein bißchen mehr lyrischen Sopranglanz verbreiten.

Da bleibt als Fixpunkt der Aufführung nur Alfred Kuhn als Bürgermeister van Bett, bei dem zwar die stimmliche Baßgewalt Grenzen hat, die Zahl der komödiantischen Register aber offenbar nicht.

bth.

JOURNAL

Europäische Kooperation beim Film umstritten

dpa. Brüssel

Die Förderung einer europäischen Zusammenarbeit in der Film- und Fernsehbranche als Antwort auf die Überflutung aus anderen Ländern ist in der Europäischen Gemeinschaft weiterhin umstritten. Im EG-Ministerrat für kulturelle Fragen machten die Deutschen, Briten und Dänen in Brüssel deutlich, daß sie gegen einen Förderungsfonds der EG für Film- und Fernseh-Koproduktionen sind, wie ihn die EG-Kommission vorgeschlagen und die griechische Kulturministerin Melina Mercouri energisch verteidigt hatte. Die Deutschen sind außerdem strikt gegen Hilfen für Fernseh-Anstalten, die ein eigenes Produktions- und Vertriebsnetz haben, würden jedoch eine Unterstützung von Synchronisationen befürworten. Außerdem halten sie eine Förderung von Koproduktionen innerhalb der EG für besser.

Preis für die Junge Deutsche Philharmonie

dpa. Berlin

Mit dem französischen Preis für den „wichtigsten Beitrag" ausländischer Künstler zum Europäischen Jahr der Musik ist die Junge Deutsche Philharmonie ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit umgerechnet etwa 10 000 Mark dotiert. Die Junge Deutsche Philharmonie hatte das Festival „Musica 85" in Straßburg mit Maurice Kagels „Sankt Bach-Passion" eröffnet.

„Galerie Colbert" ergänzt Pariser Nationalbibliothek

dpa, Paris

Die für umgerechnet 55 Millionen Mark restaurierte „Galerie Colbert" ergänzt künftig die unter chronischem Platzmangel leidende Nationalbibliothek. Außer der Datenverarbeitung sind in der „Galerie" die Abteilungen für Graphik und Photographie sowie ein Theater-Museum und Verkaufs-Schauräume untergebracht. Im Untergeschoß wurden ein Auditorium für Film- und Musikdarbietungen sowie ein Aufnahmestudio eingerichtet. Ab März gibt es auch ein Phonogramm-Museum.

Lepramuseum in Münster-Kinderhaus

dpa, Münster

Am 29. Januar wird in Münster-Kinderhaus ein Lepramuseum eröffnet. In einem alten Fachwerkhaus sollen Urkunden, Bilder und Dokumente ausgestellt werden. Ein Lepra-Freilichtmuseum erinnert an das einstige Leben der Kranken, die aus dem normalen Leben verbannt, jedoch als „arme Seelen" oder „arme Kinder Gottes" versorgt wurden. Seinen Namen hat dieser Stadtteil von dem großen Leprosenzentrum an der Kreuzung zweier alter Heerstraßen nördlich von Münster.

Lebermoose aus Rheinland-Pfalz

D. B. Mainz

Einer der führenden Bryologen Deutschlands, Prof. Düll aus Duisburg, hat dem Naturhistorischen Museum in Mainz eine Sammlung von 320 rheinland-pfälzischen Lebermoos-Proben, die etwa 80 verschiedene Arten enthält, als Dauerleihgabe überlassen. Von den rund tausend verschiedenen Moos-Arten in Deutschland gedeihen etwa 700 in Rheinland-Pfalz. Zwei Drittel davon sind bereits im Herbar des Naturhistorischen Museums erfaßt. Das Museum besitzt damit die umfangreichste Sammlung rheinland-pfälzischer Moose.

Kunst-Förderpreis 1985 der Sparkasse Karlsruhe

DW. Karlsruhe

Beim 11. Kunstwettbewerb der Sparkasse Karlsruhe – unter dem Thema „Bildwelt der Figur" – erhielt der in London wohnende Maler Ken Howard den Preis der Jury, der Publikumspreis entfiel auf den Wiesbadener Künstler Andreas Orosz. Beide Kunst-Förderpreise sind mit je 7500 Mark dotiert. Insgesamt wurden 668 Werke eingereicht. Für 1986 heißt das Thema „Suche nach eigener Identität".

Wilhelm Unger †

dpa. Köln

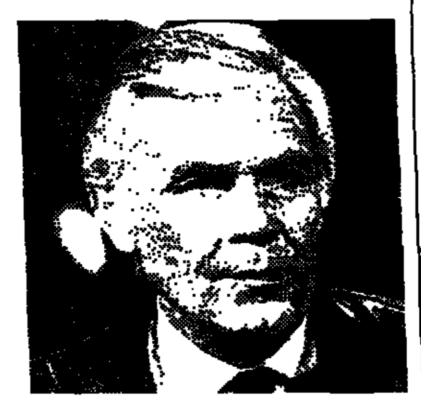
Der Kölner Journalist und Schriftsteller Wilhelm Unger ist im Alter von 81 Jahren in Köln gestorben. Unger, der 1904 als Sohn eines jüdischen Arztes in Bad Hohensalza geboren wurde, lebte während des Zweiten Weltkriegs als Emigrant in London. Dort arbeitete er als Dozent und Sekretär des Pen, außerdem gründete er dort die Deutsche Bibliothek, deren erster Direktor er wurde. 1957 kehrte Unger aus der Emigration zurück. Er zog nach Köln, wo er schon seine Jugend verbracht hatte und während der nationalsozialistischen Herrschaft bis 1938 untergetaucht war. Mit Heinrich Böll und Paul Schallück schuf er in Köln die Voraussetzungen für die Bibliothek „Germania Judaica".

Fuchsberger und die Denkpause

dpa, Ludwigshafen

Angesichts teilweise scharfer Kritik in den Medien und sinkender Einschaltquoten hat Joachim („Blacky“) Fuchsberger sich selbst eine längere „Denkpause“ als Showmaster der Quizsendung „Auf los geht's los“ verordnet. In einer mehrminütigen persönlichen Erklärung, wie sie bislang wohl noch kein deutscher Entertainer im Fernsehen abgegeben hat, sagte Fuchsberger am Samstag abend am Ende seiner 58. Sendung vor Millionen TV-Zuschauern, die Belastung durch „ständigen Beschuß“ sei so groß geworden, daß er nicht mehr unbelastet vor eine Kamera treten könne. Die „Schadenfreude einiger, die auf meinen Absturz warten“, sei für ihn nicht länger erträglich. Fuchsberger teilte – sichtlich um Fassung bemüht – mit, daß die 60. Folge von „Auf los geht's los“ am 15. März 1986 vorerst die letzte sein werde.

Schon zu Beginn des Abends in der Ludwigshafener Friedrich-Ebert-Halle hatte der 58jährige, vom Publikum frenetisch begrüßt, seinen geplanten Rückzug angedeutet: „Macht's mir nicht am Anfang schon so schwer ...“ Den Abend bezeichnete Fuchsberger als „unsere letzte Sendung ...“ – lange Pause – „in diesem Jahr.“ Erstmals begrüßte er auch seine „Freunde von der Presse, die heute sehr zahlreich erschienen sind“. Schließlich, nachdem das Quiz entschieden und der österreichische Kandidat gewonnen hatte, wandte sich Fuchsberger im verdunkelten



Geht: Joachim Fuchsberger

FOTO: DPA

Saal und selber im Scheinwerferlicht an die Zuschauer: „Mein schwerster Augenblick in dieser Sendung ...“

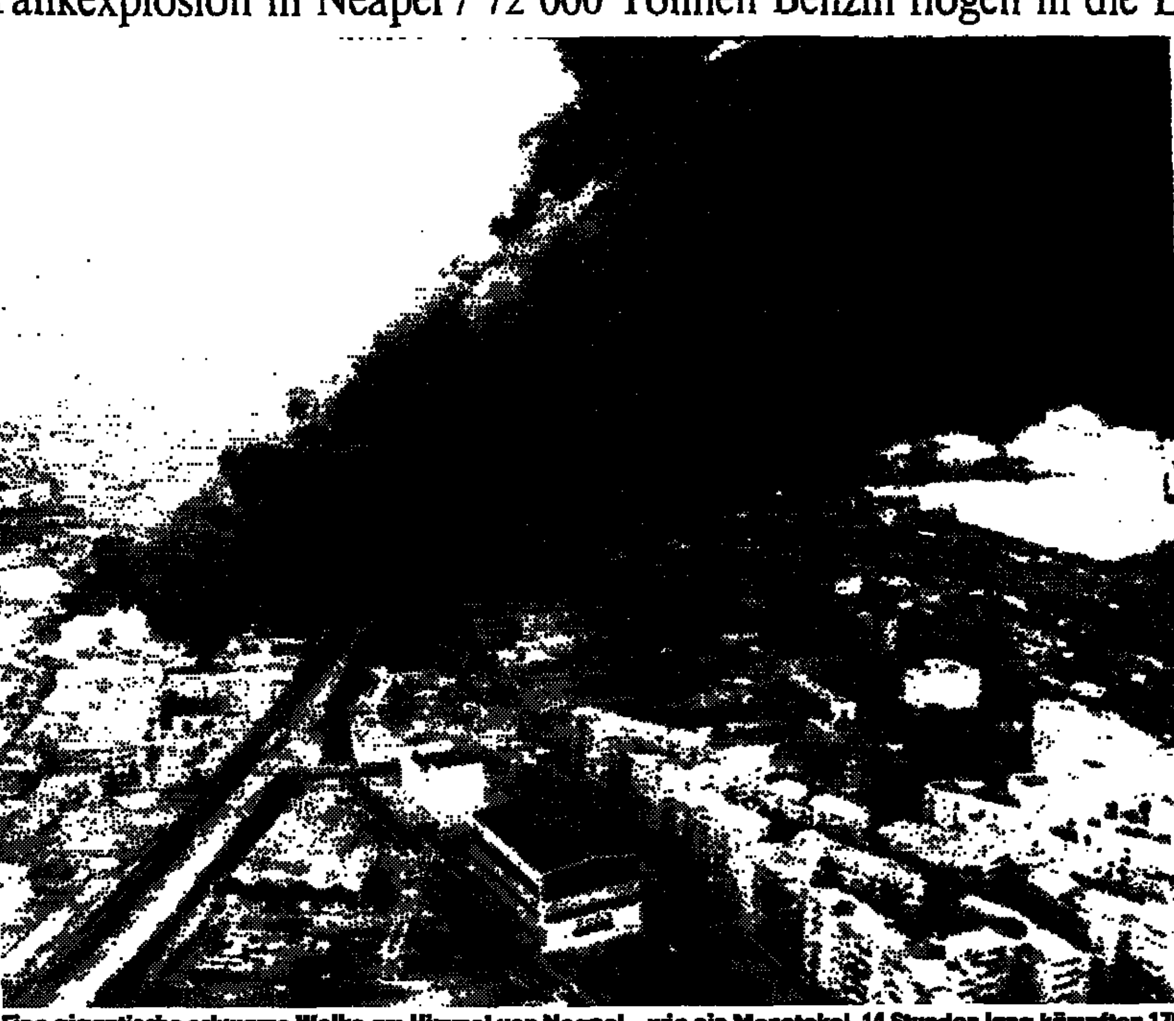
In einer Pressekonferenz direkt nach der Live-Sendung bestätigte der Leiter der Abteilung Fernseh-Unterhaltung im Südwestfunk (SWF), Hans Hirschmann, daß man sich in beiderseitigem Einvernehmen vorläufig getrennt habe. SWF und WDR dächten jedoch nicht an ein Ende der 1977 gestarteten Sendung. Beide Sender produzierten bislang jedes Jahr sieben Folgen „Auf los geht's los“ gemeinsam mit dem schweizerischen und österreichischen Fernsehen. Für die gemeinsam mit Fuchsberger vereinbarte „Denkpause“, so Hirschmann, rechne man mit etwa „eineinhalb Jahren“.

Am Samstag abend sahen trotz der lautgewordenen Gerüchte um Fuchsbergers Rücktritt nur 35 Prozent der Haushalte oder rund 14,5 Millionen Zuschauer die Show. „Die Schwarzwaldklinik“ brachte es dagegen auf 24,5 Millionen Zuschauer und die direkte Konkurrenz-Sendung im ZDF „Wenn der weiße Flieder wieder blüht“ auf 15,4 Millionen.

Fuchsberger bekräftigte auf der Pressekonferenz mit deutlich beleidigtem Unterton seinen Entschluß, „unter ständigem Beschuß“ nicht weitermachen zu können.

Er werde jedoch nicht „das Handtuch schmeißen“. Die 25 Folgen seiner Talkshow wolle er weitermachen.

Tankexplosion in Neapel / 72 000 Tonnen Benzin flogen in die Luft / Vier Opfer / Terrorakt ausgeschlossen





Eine gigantische schwarze Wolke am Himmel von Neapel – wie ein Menetekel. 14 Stunden lang kämpften 1700 Feuerwehrleute, ehe sie den Brand unter Kontrolle hatten. Mindestens vier Menschen fanden den Tod.

FOTOS: DPA

Einen Moment glaubte Neapel an Ausbruch des Vesuv

KLAUS RÜHLE, Neapel

Wie im vergangenen Jahr erlebt Italien auch jetzt wieder eine Katastrophe in der Weihnachtszeit. Vor zwölf Monaten war es ein Sprengstoffattentat auf den Schnellzug Neapel–Mailand. Ein Terrorakt, der bis heute noch nicht restlos aufgeklärt ist. Diesmal brachte die Explosion von 26 riesigen Treibstoffdepots am Stadtrand von Neapel Tod und Vernichtung über die Bewohner der Industriezone San Giovanni a Teduccio.

72 000 Tonnen Benzin und Naphta gingen in Flammen auf und hüllten halb Neapel in eine schwarze Erdölwolke ein. Das Feuer, das auf einem Gebiet von 400 mal 350 Metern wütete, konnte erst nach einem 14stündigen Einsatz unter Kontrolle gebracht werden. 3000 Menschen sind am Vorabend des Weihnachtsfestes obdachlos geworden. Erst die Hälfte von ihnen ist bisher notdürftig untergebracht worden. Am Sonntag morgen wurden vier Tote gezählt, darunter eine 84jährige Frau und ihre 50jährige Tochter, die von den Trümmern ihres zusammengestürzten Hauses erschlagen wurden.

Viele der insgesamt 161 Verletzten schweben noch in Lebensgefahr, so daß mit einer noch höheren Zahl der Opfer gerechnet werden muß. Rund 700 Feuerwehrleute und 1000 Helfer kämpften stundenlang verzweifelt gegen das Flammenmeer und die infernalische Hitze an. Dabei mußte Wasser für die Löscharbeiten von weither herangeschafft werden, weil die meisten Wasserleitungen der Zone zerstört wurden.

Explosionen und Brände auf der Großanlage des Staatsbetriebs Agip weckten die Bewohner von San Giovanni am Samstag morgen gegen fünf Uhr und alarmierten die Golfmetropole. Viele Neapolitaner glaubten im ersten Augenblick, daß der Vesuv ausgebrochen sei.

Die Katastrophe ereignete sich während des Entladungsmanövers eines Tankschiffs am Ende der Pipeline, die den Hafen der Stadt mit den riesigen Treibstoffspeichern im Hinterland verbindet. Unter den Verletzten befinden sich Dutzende von Passagieren des Vorortzugs, der kurz nach den ersten Explosionen am Unglücksort vorbeikam. Glücklicherweise fuhr der Zug sehr langsam, so daß die meisten Reisenden mit dem Schrecken davonkamen. Da die Gleisanlagen nach dem Norden in der Nähe der Industriezone verlaufen, mußte der Eisenbahnverkehr zwischen Rom und Neapel zeitweise unterbrochen beziehungsweise umgeleitet werden. Kopfzerbrechen macht auch die Vergiftung des Meerwassers an der Küste durch die mit Benzin und Naphta verschmutzten Abwässerkanäle.

Über die Ursachen des Unglücks wird noch gerätselt. Vermutlich passierte ein technischer Fehler bei der Überführung des Erdöls durch die Pipeline in die Zisternen der Agip. Ein Terror-Akt gilt als ausgeschlossen. In den Pressekommentaren wird als eigentlicher Grund der Umweltkatastrophe die mangelnde Umsicht der Behörden angegeben, die es zugelassen hätten, daß die gefährlichen Benzin- und Naphtadepots in einer dicht besiedelten Wohngegend Aufstellung fanden.

Ähnliche Situationen gibt es in vielen Teilen des Landes. Insgesamt werden auf der Apenninenhalbinsel 391 sogenannte „Industrieanlagen mit hohem Risiko“ gezählt. In der öffentlichen Meinung Italiens wird bitter beklagt, daß in zahlreichen Städten des Landes wahre Bombenlager in Wohnzonen liegen, die jederzeit explodieren könnten.

Erdbeben in Westböhmen – Keine Schäden

AP, Prag/Berlin

Im westlichen Grenzgebiet zwischen der „DDR“ und der Tschechoslowakei ereignete sich am Samstag vormittag um 10.16 Uhr ein Erdbeben von der Stärke 4,9. Es richtete jedoch keine Schäden an. Die Erschütterungen waren auch noch in Bayern und in Ober- und Niederösterreich zu spüren. Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK berichtete, daß die Erdstöße am stärksten im Kreis Eger westlich des Erzgebirges zu spüren gewesen seien. Schon Anfang Dezember setzte nach 75 Jahren Pause in Westböhmen eine Serie leichter Beben mit Stärken um 3,8 auf der Richter-Skala ein, berichtete die Wiener Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. Da sich die tektonischen Bewegungen im Jahre 1910 über Monate hingezogen hätten, könnten weitere Beben in den kommenden Wochen nicht ausgeschlossen werden. Die Beben in Nordost-Bayern erreichten die Stärke 5,1 und waren in Hof an der Saale besonders deutlich zu spüren.

120 Millionen Einwohner

AP, Tokio

Die Bevölkerungszahl Japans hat erstmals die 120-Millionen-Marke überschritten. Japanische Zeitungen berichteten gestern, daß die im Oktober vorgenommene jüngste Volkszählung in dem ostasiatischen Inselstaat seit 1980 3,98 Millionen mehr Einwohner registrierte und damit auf eine Zahl von 120 047 061 kam. 11 828 262 Menschen leben in Tokio, rund 210 000 mehr als vor fünf Jahren, und 8 668 114 in der zweitgrößten Stadt, Osaka.

Boeing 737 notgelandet

AP, Richmond

Wegen eines plötzlichen Druckabfalls in der Fluggastkabine in rund 10 000 Meter Höhe mußte am Samstag eine zu den Bahamas fliegende Chartermaschine vom Typ Boeing 737 mit 130 Menschen an Bord auf dem Flughafen von Richmond (US-Bundesstaat Virginia) notlanden. Der Pilot war nach dem Druckabfall sofort auf 5000 Meter heruntergegangen, damit den Passagieren das Atmen wieder leichter wurde. Er konnte dann ohne Schwierigkeiten Richmond anfliegen.

Brandstiftung

SAD, Paris

Die Brandkatastrophe in dem weltberühmten Pariser Feinkostgeschäft Fauchon am Freitagnachmittag ist das Werk eines Brandstifters. Die Polizei vermutet, daß der noch Unbekannte auch drei weitere Brände legte, die am gleichen Tag in der Nähe des Place de la Madeleine ausbrachen. Der Brand bei Fauchon forderte zwei Todesoper.

Störung im Stellwerk

dpa, Stuttgart

Der Weihnachtsverkehr der Bundesbahn geriet am Samstag abend in und um Stuttgart erheblich durcheinander. Im Zentralstellwerk Zuffenhausen fiel ein sogenannter Schnellschalter aus und legte die gesamte Signaltechnik für mehr als drei Stunden lahm. Es gab Verspätungen bis zu 104 Minuten. Allein im Fernverkehr waren zehn Züge mit etwa 5000 bis 8000 Reisenden betroffen.

Von Krokodil verschlungen

dpa, Cairns

Eine 43 Jahre alte Frau ist vermutlich im Daintree-Fluß, etwa 100 Kilometer nördlich der Stadt Cairns (Queensland in Australien) am Samstag abend von einem Krokodil verschlungen worden. Sie wollte sich wegen der Sommerhitze in dem an dieser Stelle weniger als ein Meter tiefen Fluß abkühlen. Freunde berichteten, daß es plötzlich einen heftigen Wasserwirbel gab. Als sie sich umblickten, war die Frau verschwunden. An der gleichen Stelle wurde ein zwei bis drei Meter großes Krokodil gesichtet.

28 Millimeter hohes Cello

AFP, Cordes

Nur 27,8 Millimeter „groß“ ist das kleinste Cello der Welt, das der südfranzösische Geigenbauer Christian Urbita (33) selbst anfertigte und seiner Frau, einer Cellistin, zu Weihnachten schenken will. Für den Bau des Miniatur-Instruments, das bespielbar ist, brauchte Urbita rund 200 Stunden Arbeitszeit.

Besser als ihr Ruf

AP, Tübingen

Schwiegermütter sind besser als ihr Ruf. Das hat eine am Samstag veröffentlichte Umfrage der Tübinger Wickert-Institute ergeben. Danach haben 69 Prozent eine gute Meinung von ihrer Schwiegermutter. Nur 14 Prozent der 3033 Befragten erklärten, sie dächten nicht so gut über ihre Schwiegermutter. 17 Prozent wollten sich nicht äußern. Noch 1975 erreichte die vielgeschmähte Frau nur 57 Prozent Zustimmung.

„Sehr gut funktioniert“

Weitere Kunstherz-Übertragungen unter Auflagen empfohlen

dpa, Washington

Der amerikanische Chirurg William DeVries soll die Erlaubnis erhalten, unter bestimmten Auflagen mit der Übertragung des in Fachkreisen umstrittenen Kunstherzens Jarvik-7 fortzufahren. Dies will ein Ausschuß der amerikanischen Arzneimittelbehörde der Regierung in Washington empfehlen. Dem Beschluß war in Washington ein Experten-Hearing vorangegangen. Der Entwickler dieses künstlichen Organs, Robert Jarvik, meinte, trotz aller Komplikationen habe die Pumpe bislang „sehr gut funktioniert“.

Von den fünf Patienten, denen ein Jarvik-7-Herz eingepflanzt worden ist, leben noch zwei – William Schroeder seit gut einem Jahr und Murray Haydon. Beide haben jedoch schon mehrere Schlaganfälle erlitten.

Auch die Witwe des ersten Kunstherz-Empfängers, Una Loy Clark, sprach sich für die Fortsetzung dieser Transplantationen aus. Der Zahnarzt Barney Clark hatte 112 Tage mit seinem künstlichen Herz gelebt.

Vor dem Ausschuß wurde jedoch auch Kritik laut. George Annas, Professor für Gesundheitsrecht an der Universität von Boston, bezeichnete die Kunstherz-Verpflanzungen als „Ausnutzung“ der Todesangst des Patienten, der in seinem Zustand jedem Eingriff zustimme. Der Leiter einer staatlichen Organisation für die Gesundheitsforschung, Sidney Wolfe, bezeichnete die Transplantationen als „unmoralisch und nicht ethisch“.

Als einziger Arzt, der derzeit die Genehmigung der US-Behörden zur dauerhaften Übertragung von Jarvik-7-Herzen hat, soll DeVries nach Empfehlungen des Ausschusses die Auflage erhalten, künftig jeden einzelnen Fall zur Überprüfung vorzulegen. Dies gilt nicht für Operationen, bei denen das Kunstherz nur übertragen wird, um einen Patienten am Leben zu erhalten, bis ein natürliches Organ zur Verfügung steht.

In Frankreich diskutiert man zur Zeit eine neue Variante der Herzverpflanzungen. Einem 56jährigen Patienten wurde jetzt das Herz eines unbekannten Ganoven eingepflanzt, der bei einem Raubüberfall erschossen worden war. Hatte der Arzt das Recht, einem Unbekannten das Herz ohne Einwilligung seiner Familie zu entnehmen? fragen sich Juristen.

LEUTE HEUTE

Generationenkonflikt

Unglaublich, aber wahr: Dem New Yorker Gangsterboß **Philip Rastelli** (67), Chef der Bonanno-Familie, sind zwei Polizisten als Leibwächter zugeordnet worden. Die Behörden vermuten innerhalb der Mafia eine Revolte der jungen Generation gegen die alten Bosse. So könnte der jüngst ermordete Paul Castellano (73), „Pate“ der Gambino-Familie, das erste Opfer dieses Aufstands gewesen sein. Auch **Anthony Corallo** (71), Oberhaupt der Lucchese-Familie, gilt als gefährdet.

Rollenwechsel

Nur wenige Tage nach dem tödlichen Schlaganfall von „Hotel“-Star Anne Baxter ist bei der 64jährigen **Donna Reed** Krebs an der Bauchspeicheldrüse festgestellt worden. Donna Reed erhielt 1953 für ihre Leistung in dem Filmklassiker „Verdammt in alle Ewigkeit“ einen Oscar. In der „Dallas“-Seifenoper spielt sie die neue „Miss Ellie“, nachdem **Barbara Bel Geddes** (62) erkrankte. Mittlerweile hat die „echte“ Miss Ellie ihre alte Rolle wieder übernommen.

Heineken hilft sich selbst

Der Bierbrauer beschattet seine mutmaßlichen Entführer

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Alfred Heineken, der holländische Bierbrauer und Multimillionär, mischt sich auf seine Art in ein juristisches Gerangel zwischen Frankreich und Holland ein. Er läßt seine kürzlich in Paris freigelassenen mutmaßlichen Entführer von einigen seiner Männer aus der persönlichen Leibwache beschatten, die sich Heineken 1983 nach der glimpflich verlaufenen Entführung zulegte.

Als Den Haag das Auslieferungsgesuch für die in Paris einsitzenden verdächtigten Kidnapper Cor van Hout (29) und Willem Holleeder (28) zurückzog, wurden die beiden Anfang Dezember freigelassen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß sie lediglich auf der Grundlage eines aus dem Jahre 1895 datierten und noch immer gültigen Auslieferungsvertrags überstellt werden könnten und in Holland dann möglicherweise bald frei wären. Denn dieses Abkommen kennt kein Delikt „Entführung“. Das holländische Strafmaß müßte eventuell so gering ausfallen, daß es durch die zweijährige Pariser Auslieferungshaft abgegolten sein könnte (WELT v. 10. Dezember). Und so bekundeten die beiden öffentlich, daß sie gerne und sofort nach Holland zurückkehren wollen.

Alfred Heineken hatte sicher viele Gründe für sein Vorgehen. Zum einen will er offenbar nicht zulassen, daß die beiden Männer untertauchen könnten, sollte das juristische Hickhack aus irgendwelchen Gründen im Sande verlaufen. Zum anderen fehlen von den damals gezahlten etwa 35 Millionen Gulden Lösegeld nach wie vor 9 Millionen Gulden. Und die, so mutmaßt der Bierbrauer wohl, würden van Hout und Holleeder bestimmt gerne ausgeben.

Ob sie dazu aber Gelegenheit haben werden, steht immer noch nicht fest. Inzwischen nämlich plant die Pariser Regierung, den europäischen Auslieferungsvertrag zu ratifizieren. Der würde dann das Abkommen aus dem Jahre 1895 aufheben. Die jetzt noch günstigen Strafaussichten für van Hout und Holleeder wären somit höchstwahrscheinlich hinfällig. Vorausgesetzt, die mit allen juristischen Wassern gewaschenen Anwälte der beiden finden nicht schon wieder eine Gesetzeslücke, durch die ihre Mandanten davonschlüpfen könnten.

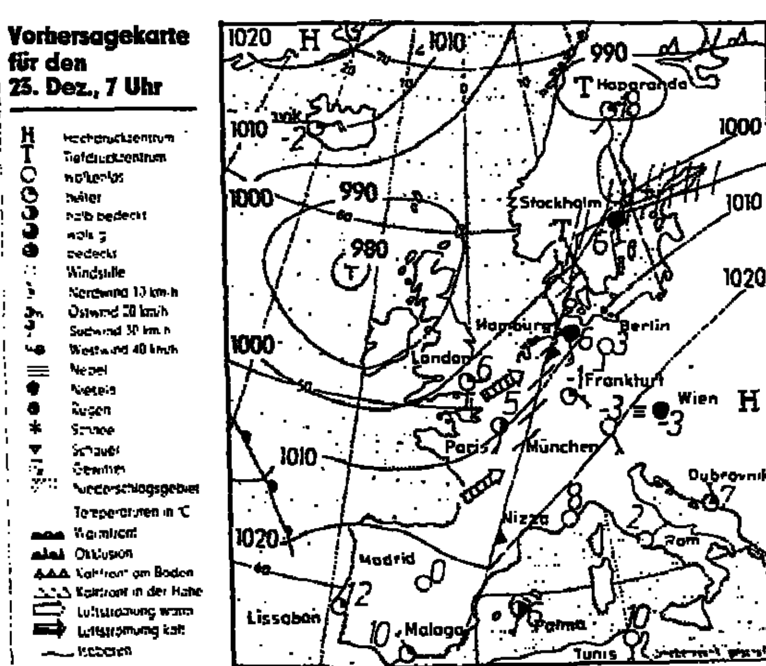
WETTER: Mild, zeitweise Regen

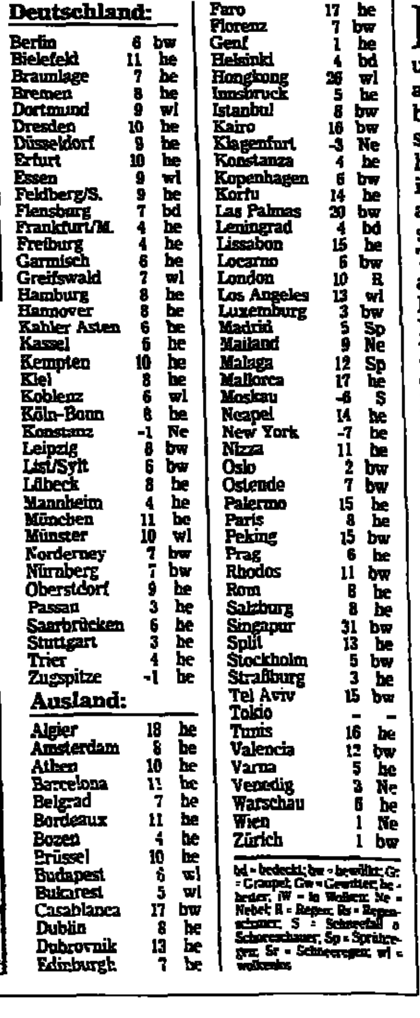
Lage: Schwache Tiefausläufer überqueren Deutschland von West nach Osten. Sie führen milde Meeresluft heran.

Vorhersage für Montag: Im Süden und Osten zunächst noch sonnig und trocken. Höchsttemperaturen 5 bis 9 Grad, am Alpenrand teilweise über 10 Grad. Nachts gebietsweise auflockernde Bewölkung und kaum noch Niederschlag. Tiefsttemperaturen im Süden nahe null, sonst um 4 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden zeitweise auffrischender Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Nach kurzer Wetterberuhigung von Westen her erneut Eintrübung und nachfolgend Regen. Weiterhin mild.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.26 Uhr*, Untergang: 16.17 Uhr; **Mondaufgang:** 14.04 Uhr, Untergang: 5.49 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).





Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	6	bw
Bielefeld	11	he
Braunlage	7	he
Bremen	8	he
Dortmund	9	wl
Dresden	10	he
Düsseldorf	9	he
Erfurt	10	he
Essen	9	wl
Feldberg/S.	9	he
Flensburg	7	bd
Frankfurt/M.	4	he
Freiburg	4	he
Garmisch	6	he
Greifswald	7	wl
Hamburg	8	he
Hannover	8	he
Kahler Asten	6	he
Kassel	6	he
Kempten	10	he
Kiel	8	he
Koblenz	6	wl
Köln-Bonn	8	he
Konstanz	-1	Ne
Leipzig	8	bw
List/Sylt	6	bw
Lübeck	8	he
Mannheim	4	he
München	11	he
Münster	10	wl
Norderney	7	bw
Nürnberg	7	bw
Oberstdorf	9	he
Passau	3	he
Saarbrücken	6	he
Stuttgart	3	he
Trier	4	he
Zugspitze	-1	he
Ausland:		
Algier	18	he
Amsterdam	8	he
Athen	10	he
Barcelona	11	he
Belgrad	7	he
Bordeaux	11	he
Bozen	4	he
Brüssel	10	he
Budapest	6	wl
Bukarest	5	wl
Casablanca	17	bw
Dublin	8	he
Dubrovnik	13	he
Edinburgh	7	he
Faro	17	he
Florenz	7	bw
Genf	1	he
Helsinki	4	bd
Hongkong	26	wl
Innsbruck	5	he
Istanbul	8	bw
Kairo	16	bw
Klagenfurt	-3	Ne
Konstanza	4	he
Kopenhagen	6	bw
Korfu	14	he
Las Palmas	20	bw
Leningrad	4	bd
Lissabon	15	he
Locarno	6	bw
London	10	R
Los Angeles	13	wl
Luxemburg	3	bw
Madrid	5	Sp
Mailand	9	Ne
Malaga	12	Sp
Mallorca	17	he
Moskau	-6	S
Neapel	14	he
New York	-7	he
Nizza	11	he
Oslo	2	bw
Ostende	7	bw
Palermo	15	he
Paris	8	he
Peking	15	bw
Prag	6	he
Rhodos	11	bw
Rom	8	he
Salzburg	8	he
Singapur	31	bw
Split	13	he
Stockholm	5	bw
Straßburg	3	he
Tel Aviv	15	bw
Tokio	–	–
Tunis	16	he
Valencia	12	bw
Varna	5	he
Venedig	3	Ne
Warschau	6	he
Wien	1	Ne
Zürich	1	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Rotglühender Strom ins Meer

Es ist vor allem nachts ein schaurig-schöner Anblick: In einem ungefähr 20 Meter breiten Band fließt aus den Kratern des Vulkans Stromboli – im Tyrrhenischen Meer zwischen Vesuv und Ätna gelegen – glühende Lava über die „Aschenbahn“ ins Meer. Der Stromboli, von Vulkanologen als einer der berechenbarsten Vulkane bezeichnet, hat dieser Tage wieder einmal gezeigt, daß er auch drohen kann. Dieser Vulkan ist laufend aktiv: Tag für Tag speit er Fontänen glühenden Gesteins in den Himmel. Dann aber brodelt wieder die Lava aus. Er macht es offensichtlich in einem Zehn-Jahres-Rythmus. 1975 war das zuletzt so. Da tat sich plötzlich unterhalb der Krater ein Spalt auf, und die feurige Lava lief ins Meer. Fast auf den Tag genau zehn Jahre später tut der Vulkan dies wieder. 1975 hatte es die mehr als 300 Einwohner in Panik versetzt. Heute sind sie gelassener – obwohl der Vulkan in diesen Tagen bedrohlicher wirkt. Die Lava kommt jetzt aus dem Krater, und eine schwarze Rauchwolke hängt über dem Berg. Trotzdem scheinen die Einwohner in den beiden Dörfern Stromboli und Ginostra nicht gefährdet zu sein; der Lavastrom bündelt sich in einer Schneise, die durch Felsvorsprünge die beiden Dörfer abschirmt. Es hat keine Flucht gegeben. Im Gegenteil: Der goldglänzende Lavastrom ist zur Touristenattraktion geworden.

sks.

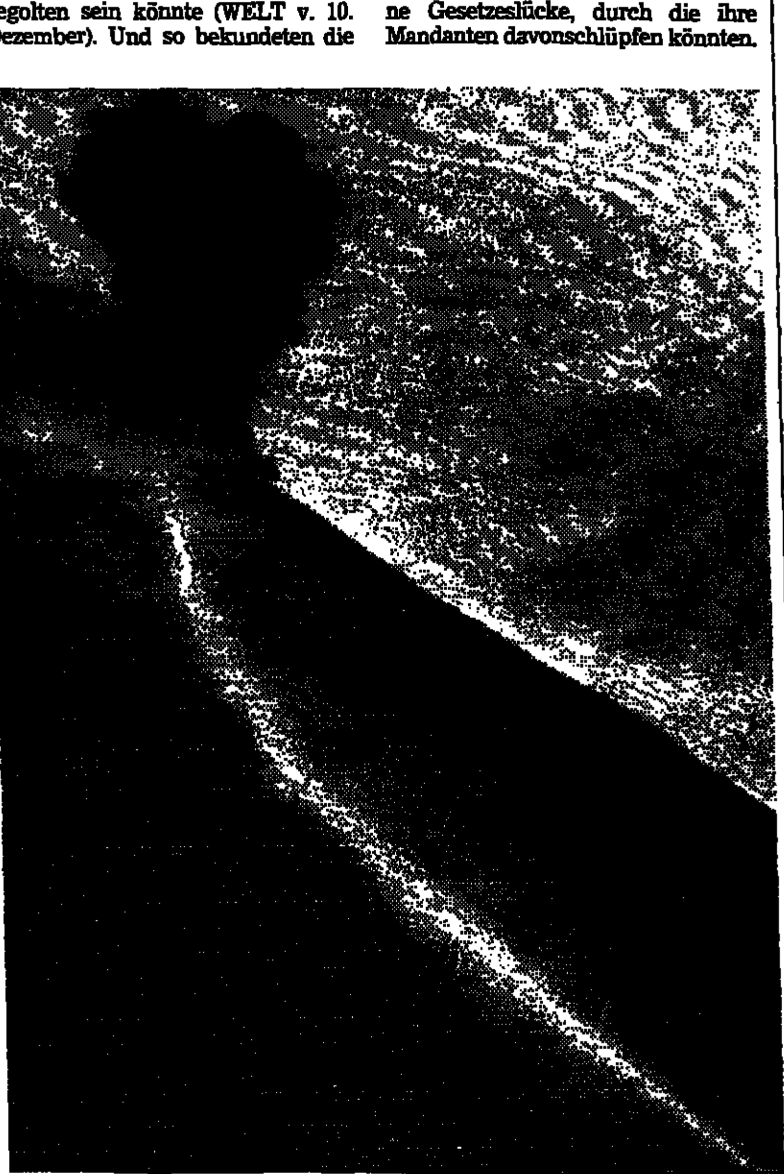


FOTO: DPA

ZU GUTER LETZT

Die Insel Mauritius im Indischen Ozean ortete die „Mainpost“ aus Würzburg exakt, nämlich: „hinter Madagaskar links“.

